



SACHSEN-ANHALT

Der Landesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten

Dem Landtag von Sachsen-Anhalt und der Landesregierung
am 31.03.2012 vorgelegt gemäß Artikel 1 § 6 Abs. 1 AG StUG LSA

I. Vorwort

Schön, dass Sie ihn zur Hand genommen haben, den 18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. Er umfasst den Zeitraum vom 01.04.2011 bis zum 31.03.2012. Nehmen Sie sich etwas Zeit und lesen Sie etwas über die Schwerpunkte unserer Arbeit in dem zurückliegenden Jahr.

Geprägt war die Arbeit am Anfang des Jahres von dem Großereignis Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

In jedem Jahr findet der Kongress in einem anderen neuen Bundesland statt. Der oder die jeweilige Landesbeauftragte trägt die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung in dem jeweiligen Land. Nach 2001 und 2006, war 2011 der Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt wieder zuständig.

Die Vorbereitungen laufen über ein Jahr, neben der üblichen Arbeit und umfasst sowohl die Logistik vor Ort mit Organisation der Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten, den Tagungsräumen und Begleitveranstaltungen. Nach Halle (Saale) in 2001 und Königslutter (gemeinsam mit Niedersachsen), war 2011 die Wahl auf die kreisfreie Stadt Dessau-Rosslau gefallen.

Es bedeutete eine ziemlich große Anstrengung für uns vier Mitarbeiter und die FSJlerin in den letzten Monaten vor dem Kongress, die Anmeldungen zu koordinieren, die Logistik abzustimmen und zu verfeinern, Programmdebatten zu beenden und Druck von Faltblättern zur Einladung und als Programmführer zu drucken. Lesen Sie dazu mehr an der entsprechenden Stelle und warum ein Rockkonzert (Metal-Festival), beinahe den Empfang mit dem Ministerpräsidenten übertönt hätte.

Im Mittelpunkt unserer ganzen Arbeit steht weiterhin der Ratsuchende, der Betroffene, der in der DDR-Diktatur Verfolgte, eben der einzelne Mensch. Diesem Bürger, der einen gesetzlichen Anspruch auf unsere Beratung hat, haben wir die anderen Aufgaben und Verpflichtungen, die sich für uns als Behörde gesetzlich ergeben und die erforderlich sind um den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten, untergeordnet.

Menschen kommen mit ihren Problemen zu den Sprechzeiten, außerhalb der Sprechzeiten und nach vorher vereinbarten Terminen. Sie offenbaren ihren Lebenslauf, bitten um Hilfe bei der Antragstellung und um Begleitung bei dem Umgang mit den Behörden. Wir helfen gern und schicken auch keinen weg, der unangemeldet außerhalb der Sprechzeit kommt. Das erschwert die kontinuierliche Arbeit aber dient letztlich dem Klienten und das ist für uns unser Hauptanliegen.

Für Menschen, die außerhalb von Magdeburg oder Halle wohnen, und die nur mit erheblichen Mühen ihren Beratungsanspruch durchsetzen können, organisiert Dr. Laßleben örtliche Beratungstage, die von der Bundesstiftung Aufarbeitung finanziell unterstützt werden. Mitarbeiter der Caritas und des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unterstützen das Anliegen und stehen vor Ort als Team, den Ratsuchenden zur Verfügung. Lesen Sie an der entsprechenden Stelle ausführlicher und sehen Sie sich die Zahlen der Auswertung an.

Immer wieder sind unter den Ratsuchenden Menschen, denen man nach einem längeren Gespräch anmerkt, dass sie in irgendeiner Form mit den Ereignissen aus der DDR-Vergangenheit ganz schwer zu recht kommen. Verhaftungen, Verhöre, Ge-

fängnisaufenthalte, Zersetzungsmaßnahmen des MfS haben zu Verwerfungen geführt, unter denen diese Bürger psychisch leiden. Traumatisierungen sind unnatürliche, heftige Einwirkungen auf die Psyche, die die Schutzhülle der Seele durchstoßen und zu dauerhaften psychischen Belastungen, den posttraumatischen Belastungen führen. Vertrauliche Gespräche über die traumatisierenden Ereignisse helfen und lindern, der Kontakt zu Menschen mit gleichen oder ähnlichen Erlebnissen in der Gruppe hilft und heilt.

Im Berichtszeitraum erlebten wir den Abschluss des Modellprojektes „niederschwellige Langzeitberatung“, weil die Mittel nur für ein Jahr (2010) bewilligt waren und den Übergang in die Zeit nach dem Modellprojekt. Das Modell-Projekt fand mit der Universität Otto-von-Guericke, vertreten durch den ausgewiesenen Traumaspezialisten und ausgezeichneten Experten der psychischen Auswirkungen der DDR-Diktatur Prof. Dr. Frommer, mit dem Berliner Psychologen Dr. Freihart Regner gemeinsam statt. Ziel war es, Menschen die in der Erstberatung einen intensiveren Beratungsbedarf erkennen ließen, in der niederschweligen Beratung auf eine mögliche Therapie vorzubereiten, wenn diese von den Fachleuten beurteilt, angezeigt ist. Unsere Erfahrungen vor dem Modellprojekt waren die, dass wenn wir Ratsuchenden empfohlen haben sich in Therapie zu begeben, bekamen wir die brüske Ablehnung „Ich bin doch nicht verrückt“ und meistens wurde das vertrauensvoll begonnene Gespräch abrupt abgebrochen und die Behörde von dem Klienten für eine Zeit nicht mehr aufgesucht.

Stellt sich die Frage, was ist mit der im Gesetz festgeschriebenen psychosozialen Erstberatung gemeint? Es ist ja nicht nur die Beratung, bis der Ratsuchende sein Anliegen vorgetragen hat und ihm der Rat gegeben wurde, wie er sich zu verhalten hat; die Begleitung bei der Antragstellung nach den Unrechtsbereinigungsgesetzen, zur strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, erfordern oftmals mehrere Gespräche, weil Antragsunterlagen ergänzt werden müssen, nachdem die eine oder andere Behörde reagiert hat. Da sind von Gerichten gesetzte Fristen einzuhalten, das verlangt nach Priorität. Gespräche mit Klienten, die aus ihrem für sie belastenden Leben erzählen, sind oftmals sehr aufgewühlt, so dass es angezeigt ist eine Pause einzulegen und einen neuen Termin zu vereinbaren. Manche solcher Gesprächskontakte zur Beratung zur Antragstellung ziehen sich über Jahre hin. Das sind dann doch auch immer noch keine „psychosozialen“ Erstberatungen „nach Abschl[us]s der Verfahren nach § 12 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes“, weil die Antragsverfahren selbst noch keinen befriedigenden Abschluss für den Ratsuchenden erreicht haben. Da setzte die „niederschwellige Langzeitberatung“ an und bot parallel zu den sich jahrelang hinziehenden Antragsverfahren mehr Qualität durch mehr Professionalität und mehr Intensität durch eine Konzentration auf die Beratung und nicht eine Beratung neben dem Büroalltag. Die Praxis hat das Gesetz eingeholt und im Interesse der Klienten, Ratsuchenden und Betroffenen, sollte man überlegen, im Gesetz der Praxis folgend, den Beratungsbegriff zu erweitern.

Die Lehrerfortbildung mit dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung und der Landeszentrale für politische Bildung im Oktober 2011 war sehr erfolgreich. DDR-Jugendmusik im Unterricht, ob Punk, Blues oder Rock, die DDR hatte ihre eigenen Musiker und eigenen Rezepte. Zu Gast war die Blueslegende der DDR Jürgen Kerth mit seinem Sohn aus Erfurt, ein Genuss für die Ohren und die Seele. Seinen Darbietungen zu lauschen und in den Gruppen über Musik in der DDR zu diskutieren und über Konzepte für die Vermittlung an Schüler, die DDR nicht mehr erlebt haben, zu reden, war gewinnbringend für alle Teilnehmer.

Die Gymnasiumsinitiative hat sich als Bereicherung für den Unterricht bewährt. Die Idee dazu stammte von Ministerpräsident a. D. Wolfgang Böhmer der in seiner Amtszeit gefordert hat, dass mehr politische Bildung in den Schulen und vor allem zur DDR-Geschichte stattfinden müsse. Herr Tautz und seine Frau waren auch in 2011 in zahlreichen Gymnasien des Landes unterwegs, um in Projekttagen den Schülern DDR-Geschichte zu veranschaulichen und zu vermitteln. Lesen Sie dazu seinen Bericht.

Der Medienkoffer steht in 5 Exemplaren zur Erprobung in Schulen bereit. Eine erfolgreiche Erprobung hat in einem Halberstädter Gymnasium stattgefunden. Die anderen sind geplant. So kommt zu der Zertifizierung für die Erstellung nun auch die Zertifizierung für die Erprobung durch die Universität dazu. Eine dieser Erprobungen soll filmisch festgehalten werden und dieser Trailer soll dann an alle Schulen versandt werden, mit einer Empfehlung den Medienkoffer zur DDR-Geschichte für die Schulen anzuschaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die gesetzliche Aufgabe der Erforschung und Veröffentlichung der Strukturen und Arbeitsweisen des ehemaligen MfS.

Derzeit laufen 30 Projekte, einige davon schon mehrere Jahre. Die Zeit ist bei den Projekten eher ein nicht kalkulierbarer Bereich. Es sind vorwiegend Studenten und Studentinnen, die die Projekte neben ihrem Studium bearbeiten, das führt automatisch zu längeren Bearbeitungszeiten. In einigen Projekten sind Akteneinsichten beantragt. Auf Grund des Personalmangels liegen die Wartezeiten zwischen Antragstellung und erster Akteneinsicht in der Regel bei einem Jahr. Wobei für uns nicht die Kürze der Zeit, sondern die wissenschaftlich hochwertige Arbeit im Vordergrund steht. Eine Liste der Forschungsprojekte lesen Sie bitte weiter hinten.

Wie wir mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, mit der Gedenkstättenstiftung und anderen Partnern aus dem Land Sachsen-Anhalt auch in dem Jahr 2011 zusammengearbeitet haben, lesen auf den nächsten Seiten,

Sollten sich während des Lesens Fragen für Sie aus dem Text ergeben, stehen wir Ihnen als Team gern zur Beantwortung zur Verfügung.

Christoph Koch
Stellvertreter des Landesbeauftragten

I. Vorwort	1
II. Ausstattung der Behörde	6
1. Personalausstattung	6
FSJ	6
Praktikanten	6
2. Finanzielle Ausstattung der Behörde	6
3. Sächliche Ausstattung der Behörde	7
III. Tätigkeit der Behörde des Landesbeauftragten	8
1. Bürgerberatung	8
1.1. Beratung von Betroffenen	9
1.2. Beratung durch Kooperationspartner in Sachsen-Anhalt	11
1.3. Rehabilitierungsrechtliche Vorschriften	15
1.4. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2011)	17
1.5. 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	20
1.6. Beratungstage der Behörde in Landkreisen und Gemeinden in Sachsen-Anhalt	21
1.7. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	23
1.8. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation	24
1.9. Beratung von Mitarbeitern des MfS	25
2. Zusammenarbeit und Unterstützung	25
2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes – Einrichtung einer Informationsstelle für ehemalige Heimkinder auf Anfrage des Ministeriums für Arbeit und Soziales	25
2.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitation und Folgeanträgen	25
2.3. Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR Neufassung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes nach dem 8. ÄnderungsG	26
2.4. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen	31
2.5. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten und der Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt	31
2.6. Die Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten, dem Bundesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung	34
2.7. Die Zusammenarbeit mit den Außenstellen des BStU in Magdeburg und Halle	35
2.8. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung und der Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt	38

3.	Forschung zur Aufarbeitung in anderen Archiven	39
3.1.	Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt	40
3.2.	„Der Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe in der DDR“	40
3.3.	Eigene Forschungsvorhaben	41
4.	Öffentlichkeitsarbeit	44
4.1.	Broschüren und Info-Blätter	44
4.2.	Gymnasiumsinitiative unter dem Thema: 50 Jahre Mauerbau – 20 Projekte „DDR-Geschichte in der Schule“	44
4.3.	15. Bundeskongress „Der lange Schatten der Mauer“ in Dessau-Roßlau	47
4.4.	Weitere Veranstaltungen	50
4.5.	Rundbrief	51
4.6.	Bibliothek	52
4.7.	Internet	52
5.	Zuwendungen der Behörde des Landesbeauftragten	53
6.	Informationen zum Stand der Rechtsprechung	66
6.1.	Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt	66
6.2.	Stand der Rechtsprechung zur Rehabilitierung, zum Persönlichkeits- recht und zum Vermögensrecht (in Sachsen-Anhalt und bundesweit)	66
6.3.	Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität	80

Hinweis: Zitate sind *kursiv* gesetzt.

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Dem Landesbeauftragten stehen laut Stellenplan 5 Mitarbeiter zur Verfügung. Davon sind seit 1.1.2008 nur vier Stellen besetzt, wobei sich nach Qualifizierungen in 2 Fällen Höhergruppierungen ergeben haben. Die Stelle des Landesbeauftragten ist seit 2010 weiterhin vakant.

FSJ

Die Behörde ist anerkannte Einsatzstelle für das Freiwillige Soziale Jahr im Bereich Politik, das bisher nur in Sachsen-Anhalt und in Sachsen durchgeführt wird. Im Berichtszeitraum wechselte die Mitarbeiterin im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Frau Blaszyk, deren Einsatzzeit am 31.08.2011 endete und es begann die FSJlerin Frau Günther am 01.09.2011 ihre Tätigkeit bei uns. Ihre Einsatzzeit endet vorfristig Ende Februar 2012, weil sie einen Ausbildungsplatz gefunden hat, dessen Ausbildung am 01.03.2012 beginnt.

Die FSJler- und FSJlerinnen nehmen vollständig an den Arbeitsabläufen der Behörde teil, besuchen regelmäßig die Weiterbildungen des Landesverbandes Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) Sachsen-Anhalt und gestalten eigene Projekte innerhalb der Behörde mit.

Praktikanten

Im Berichtszeitraum waren in einem Praktikum bei dem Landesbeauftragten:

Frau Sophie Conrad (OvG Uni Magdeburg)

Frau Julia Pohl (OvG Uni Magdeburg)

Frau Anja Tröstrum (OvG Uni Magdeburg)

Die Praktikantinnen nahmen an dem Arbeitsalltag der Behörde teil, besuchten die Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt und arbeiteten unter Anleitung an einem eigenen Forschungsprojekt.

2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Jahr 2012 im Einzelplan 11 Ministerium der Justiz im Kapitel 1114 dem Landesbeauftragten folgende finanziellen Mittel zu: (Die Tabelle zeigt den Vergleich zum Jahr 2011.)

Titel	Zweckbestimmung	Zuweisung 2011	Zuweisung 2012
511 01	Geschäftsbedarf	14.600 €	12.300 €
	Bücher und Zeitschriften		
	Post- und Fernmeldegebühren		
	Unterhaltung von Geräten und Ausstattung		
	Ersatz und Ergänzung der Geräte		
514 02	Betreuungskosten bei der Beratung	1.000 €	0 €
525 01	Aus- und Fortbildung (Fachtagung)	25.000 €	4.200 €
526 01	Sachverständigen- / Gerichtskosten	0 €	0 €

527 01	Reisekosten	4.500 €	4.500 €
531 01	Veröffentlichungen	16.000 €	12.500 €
532 01	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	14.500 €	13.500 €
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	10.300 €	10.300 €
534 30	Landesbetr. f. Beschäftig. v. Gefangenen	1.000 €	0 €
546 59	Vermischte Verwaltungsaufgaben	0 €	0 €
684 01	Mittel der Bundesstiftung Aufarbeitung – Beratungsoffensive (durchlaufende Bundesmittel)	16.227,56 €	25.000 €
685 11	Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung	18.400 €	16.100 €
685 51	Sonstige Zuschüsse	18.400 €	23.400 €

Sachsen-Anhalt ist mit der Ausrichtung des Bundeskongresses für die Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen im Jahre 2011 an der Reihe gewesen. Aus diesem Grund wurde ein Landesanteil von 25.000 € beantragt und für das laufende Jahr zugewiesen. Mit den Beteiligungen aus den anderen Bundesländern und den Teilnehmerbeträgen konnte der Kongress mit einem Gesamtvolumen von 43.184,40 € sehr gut durchgeführt und trotzdem sparsam finanziert werden. Lesen Sie den Bericht an anderer Stelle. Für die Haushaltsjahre 2012/2013 wurden die Mittel im Haushalt des Landesbeauftragten um 11.100 € gekürzt. Das bedeutet in den einzelnen Titel einschneidende Veränderungen. Die in 685 51 eingestellten zusätzlichen 5.000 € werden über eine Zuwendung den Opferverbänden für die dringend benötigte begleitende psycho-soziale Beratung zur Verfügung gestellt.

3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Ergänzungen erfolgen in Anpassung an den laufenden Geschäftsbetrieb mit Regalen für Akten und Bücher in der Bibliothek. Die Renovierung der zweiten Behördenhälfte bei laufendem Geschäftsbetrieb ist abgeschlossen und die Wiederinbetriebnahme der Räume nähert sich ihrem Abschluss.

III. Tätigkeit der Behörde

1. Bürgerberatung

Eine besonders bedeutende und zugleich die zeitaufwändigste Aufgabe der Behörde ist die Bürgerberatung. Zu den öffentlich angekündigten Sprechstunden in Halle und Magdeburg erscheinen zahlreiche Bürger mit den unterschiedlichsten Anliegen, wobei der Akteneinsichtsanspruch als Grund überwiegt. In Magdeburg kommen auch außerhalb der Sprechzeiten Bürger mit ihrem Anliegen, die natürlich **nicht** mit dem Hinweis weggeschickt werden, es sei keine Sprechzeit, sondern beraten werden, wenn sie erscheinen und Rat suchen. In den meisten Fällen kann eine qualifizierte Beratung den Ratsuchenden Wege aufzeigen, damit sie ihr Problem selbst lösen können. Manche brauchen längere Begleitung bei dem Antrag auf Rehabilitierung und den Folgeanträgen. Daneben kommen Menschen regelmäßig in die Sprechstunden, bei denen eine psychische Erkrankung zu vermuten ist. Hier wird aus dem Beratungsgespräch leicht ein seelsorgerisches Gespräch mit Folgeterminen. Bei einem Hinweis an den Betroffenen, er möge zum Schutz seiner eigenen Gesundheit einen Therapeuten aufsuchen, erfolgt die schroffe Antwort, er sei doch nicht verrückt und es folgt meist der Abbruch des Gesprächs. Im schlimmsten Fall liest man dann in der Presse, dass sich ein Bürger nicht richtig beraten fühlt. Das bedeutete dann einen Image-Schaden für die Behörde. Die gesetzlich vorgeschriebene Erstberatung endet also nicht automatisch nach einem solchen oder ähnlichen Gespräch, sondern dann, wenn für den Ratsuchenden eine befriedigende Lösung gefunden wurde, bzw. eine Abgabe an eine andere Institution möglich geworden ist.

Bei diesen über längere Zeit andauernden Gesprächen kommen die Berater an ihre Grenzen. Hier fehlt ein niederschwelliges Angebot. Der Testlauf eines solchen Projektes 2010 hat gezeigt, wie notwendig solch eine sozial-psychologische Unterstützung ist. Die Verhandlungen zur Wiederauflage des Projektes laufen zurzeit noch direkt zwischen den Vertretern der Opferverbände, der Otto von Guericke Universität und dem Ministerpräsidenten. Die Menschen haben einen Anspruch auf die Beratung und nehmen das Recht auf diesen Anspruch auch sehr selbstbewusst wahr.

Auf hohem Niveau stabil ist auch die Zahl der telefonischen Anfragen (ca. 2.000 pro Jahr). Dabei sind diese Telefongespräche sehr unterschiedlich, zwischen kurzen Anfragen zur Art und Weise der Antragstellung bei Akteneinsichten bis hin zu sehr ausführlichen Schilderungen der Lebensumstände in der DDR, besonders bei Verhaftungen und Gefängnisaufenthalten. Da kann ein Gespräch schon mal eine Stunde dauern. Hier ist es wichtig, sich die Zeit zu nehmen, nicht die Geduld zu verlieren und auf den Ratsuchenden einzugehen. Oftmals haben die Anrufer schon mehrere Institutionen vergeblich angefragt, oder haben sich nach Jahren der Zweifel jetzt entschieden zu reden, da braucht es Fingerspitzengefühl und die volle Aufmerksamkeit des Zuhörers.

Auf der anderen Seite war auch die Nachfrage bei den Beratungstagen im Rahmen der Beratungsoffensive 2011 erneut sehr hoch, wenn auch die Besucherzahlen der Jahre 2007 (Einführung der sogenannten Opferpension) und 2009 (20 Jahre Friedliche Revolution) nicht erreicht wurden. Wie in den Vorjahren handelt es sich in der weit überwiegenden Zahl um Erstbesucher, die nach langem Warten und mit dem mittlerweile erreichten deutlichen zeitlichen Abstand dem anhaltenden Gefühl der Unsicherheit und des Misstrauens aus der Zeit der DDR nachgehen wollen.

Einen Beitrag zur Sensibilisierung der lokalen Öffentlichkeit leistet die Behörde des Landesbeauftragten durch Ausstellungen im Vorfeld der Beratungstage, über die auch in den örtlichen Medien berichtet wird.

1.1. Beratung von Betroffenen

In den Gesprächen mit Beratung Suchenden wird zunächst der Lebenslauf daraufhin untersucht, ob eventuell eine für eine Rehabilitierung relevante Verfolgung durch das SED-Regime festzustellen ist. Bei einem seit Jahren gleich bleibenden Prozentsatz von ca. 15 % der Ratsuchenden liegen Menschenrechtsverletzungen vor, die einer näheren Prüfung unterzogen werden müssen. So kam es auch im Jahre 2011 zu einer Bearbeitung von über 250 Rehabilitierungsfällen, die ohne die Beratungsinitiative der Behörde ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung nicht erkannt hätten.

In vielen Fällen müssen weiterhin Beratungen zu nicht zu rehabilitierendem DDR-Unrecht durchgeführt werden. Eine staatliche Diskriminierung durch die „Organe“ der DDR führt nur dann zu einer Rehabilitierung, wenn damit ein politischer Strafprozess, eine politische Verfolgungszeit, gesundheitliche Folgeschäden, ein abgebrochener Ausbildungsgang oder eine berufliche Schlechterstellung verbunden war. In allen diesen Fällen ist die dokumentarische Nachweisführung aus den verschiedenen Akten oder die Beibringung von Zeugen Voraussetzung für ein erfolgreiches Reha-Verfahren.

An dieser Stelle muss erneut auf zwei wesentliche Grundsätze des Rehabilitierungsrechtes hingewiesen werden, die immer wieder zu Fragestellungen bei der Beratung führen:

- Der immense Umfang von Diskriminierung und Repression in allen Bereichen der DDR-Gesellschaft und die damit verbundenen gesteuerten Benachteiligungen sowie Verhinderungen beruflicher Besserstellung (durch Verweigerung von Ausbildungsgängen oder Anstellungen) wird nicht rehabilitiert. Der Gesetzgeber geht damit davon aus, dass es schier unmöglich ist, verhinderte Lebensläufe und berufliche Karrieren zu rehabilitieren. Dies gilt auch für den neu in den Fokus der Aufmerksamkeit gekommenen Bereich der Heimeinweisungen in Kinderheime (einschl. Jugendwerkhöfe) in der DDR.
- DDR-Urteile zu Vergehen, die auch in einer demokratischen Grundordnung geahndet werden, unterliegen ebenfalls nicht der Rehabilitierung durch die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Voraussetzung für eine Rehabilitierung nach diesen Gesetzen ist immer die politische Verfolgung wegen Widerstand gegen das SED-Regime. NS-Kriegsverbrechen, kriminelle und zivilrechtliche Tatbestände, auch wenn sie auf der Basis ideologisch-politischer DDR-Rechtsnormen geahndet wurden, unterliegen damit nicht der Reha-Gesetzgebung. Dies gilt ebenfalls für die insbesondere seit der 2010 in Kraft getretenen Änderung des StrRehaG nach dem 4. Gesetz zur Verbesserung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze häufig von den Gerichten zu beurteilenden Einweisungsbeschlüsse der Jugendhilfe der DDR.

Für die seltenen Fälle, dass auch inoffizielle Mitarbeiter des MfS (IM) oder Verantwortungsträger der Diktatur materiellen Wiedergutmachungsleistungen beanspruchen können, weil sie strafrechtlich oder beruflich verfolgt wurden, gelten folgende Kriterien:

- War das Handeln geeignet, andere Bürger zu schädigen?
Eine Bejahung dieser Frage führt unabhängig von den tatsächlichen Auswirkungen des Handelns zur Aberkennung materieller Wiedergutmachungsleistungen.
- War das Handeln von einer Zwangslage diktiert?
Die Bejahung dieser Frage durch die Rehabilitierungsbehörde kann trotz erwiesener Staatsnähe zur Zahlung materieller Wiedergutmachungsleistungen führen.

Voraussetzung ist allerdings der Nachweis des bedrohlichen Ausmaßes der Zwangssituation, z.B. die Androhung physischer Gewalt gegenüber Familienmitgliedern (Zwangsadoptionen, Verhaftungen) oder die Androhung besonderer physischer Strafmaßnahmen.

In diesen Fällen, die in enger Abstimmung mit der Rehabilitierungsbehörde im Landesverwaltungsamt begutachtet werden, geht es meist um verweigernde Wiedergutmachungsleistungen aufgrund der vorliegenden Staatsnähe oder als Mitarbeiter des MfS. Wenn auch für Mitarbeiter des MfS oder andere staatsnahe berufliche Positionen berufliches oder verwaltungsrechtliches Unrecht juristisch rehabilitiert wird, so ist doch jede materielle Wiedergutmachung an die Prüfung auf Staatsnähe und Verantwortung für SED- und MfS-Unrecht gebunden (ca. 1,1 % der Fälle, s.u. 1.4.).

Organisation der Beratung: durchgeführt werden

- Beratungstage im ganzen Land Sachsen-Anhalt (Im Berichtszeitraum war es möglich, die Beratungsinitiative mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fortzusetzen.)
- Sprechstunden durch Behördenmitarbeiter in Magdeburg und Halle
- Sprechstunden zur Rehabilitierung durch Kooperationspartner in Dessau-Roßlau und einem halbjährlich wechselnden weiteren Ort (bislang: 2010 Weißenfels, Hansestadt Salzwedel; 2011 Wernigerode, Stendal)
- Telefonische Beratung
- Beratungs-Lehrgänge für andere Landesbehörden
- Hilfe und Unterstützung durch Dritte und für Dritte (Verbände, Vereine)

Niedersachsen

Weiterhin steht im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ein Sachgebiet für die Beratung im Zusammenhang mit politischer Verfolgung durch die DDR zur Verfügung:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat 45
Karin Nitsch
Clemensstr. 17
30159 Hannover
Tel. 05 11 - 1 20 46 64
Fax 05 11 - 1 20 99 46 64

Im Mai 2011 fanden vier gemeinsame Beratungstage statt: in Hannover, Braunschweig, Oldenburg (Old.) und Lüneburg. Für Mai bzw. September 2012 sind erneut zwei gemeinsame Beratungstage geplant.

DDR-Heimkinder

Der Landesbeauftragte ist auf Anfrage des Ministeriums für Arbeit und Soziales auch Informationsstelle für Betroffene von Heimerziehung in der DDR mit Zuständigkeit für das Land Sachsen-Anhalt. Bis zur formalen Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle können sich ehemalige (ostdeutsche) Heimkinder an die Mitarbeiter des Landesbeauftragten wenden. Dies findet vorläufig in den „normalen“ Sprechstunden in Magdeburg und an den Beratungstagen in den Städten und Gemeinden des Landes statt, wobei hier ein Schwerpunkt der Beratung die Frage nach der Anwendbarkeit des StrRehaG ist.

1.2. Beratung durch Kooperationspartner in Sachsen-Anhalt

Ein auch im Bereich der psycho-sozialen Beratung geschulter Mitarbeiter der Caritas stand wie schon in den Vorjahren über die Beratungstage des Landesbeauftragten hinaus auch für Einzelgespräche zur Verfügung. Darüber hinaus werden Betroffene in Absprache an erfahrene niedergelassene Psychologen weiter verwiesen.

Die Anerkennung von gesundheitlichen Folgen politischer Repression durch die zuständigen Behörden bleibt ein Problem, welches weiterhin nur durch eine Veränderung der gesetzlichen Grundlagen gelöst werden kann.

Zudem reißt die immer wieder geführte Debatte um den Begriff „Unrechtsstaat“ alte seelische Wunden wieder auf. Hierzu eine fachliche Stellungnahme des im Zeitraum 2010 in einem Projekt der Universitätsklinik Magdeburg tätigen Psychologen Dr. Regner:

Unrechtsstaat DDR – eine gesellschaftspolitische Debatte, ihre psychosozialen Auswirkungen auf die SED-Verfolgten und Notwendigkeiten der Bearbeitung

Ein Beitrag zum Jahresbericht 2011 des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt von Freihart Regner, Januar 2012 [Auszug]

Einleitung

In der psychosozialen Beratung für SED-Verfolgte, die in Verbindung zwischen dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt und dem Universitätsklinikum Magdeburg, Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Leitung Prof. Dr. J. Frommer, durchgeführt wird, zeigt sich immer wieder, dass die Debatte um den Unrechtsstaat DDR und was sich mit ihr verbindet bei den SED-Verfolgten zu teils erheblichen psychosozialen Belastungen führt. Im Text wird diese Debatte von F. Regner in ihrer Kontroverse nachgezeichnet und über totalitarismustheoretische Überlegungen einer Positionierung zugeführt, wonach die DDR sachgerecht als Unrechtsstaat bezeichnet werden muss.

Die Debatte um den Unrechtsstaat DDR (F. Regner)

Schon früh nach dem Ende der DDR begann die gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Debatte darüber, ob die DDR passend als Unrechtsstaat bezeichnet werden kann oder nicht. Bereits im Einigungsvertrag war vom „SED-Unrechts-Regime“ die Rede, ebenso in manchen nachfolgenden auf die DDR bezogenen Gesetzestexten. Desgleichen vertrat der ehemalige Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes Horst Sander die Ansicht, die DDR sei „im Kern ein Unrechtsstaat“ gewesen, weil die Gesetze „nur Versatzstücke“ gewesen seien, die „bei Bedarf beiseitegeschoben werden“ konnten, wenn sie „der Staatsführung [...] oder sonstigen zur Entscheidung befugten Organen“ nicht passten. Demgegenüber meinte Ingo Müller, Autor des Buches „Furchtbare Juristen“ über die Verbrechen der deutschen Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus, dass es einen „Unrechtsstaat an sich“ nicht gebe, sondern die einzelnen stattgefundenen Unrechtsakte jeweils für sich bewertet werden müssten. Auch Volkmar Schöneburg, früher Mitglied der SED, heute als Mitglied der Linken Justizminister in Brandenburg, plädierte dafür, die Rechtsnormen sowohl im NS-Staat als auch in der DDR genau zu analysieren und nicht einfach durch die Kategorie „Unrechtsstaat“ zu ersetzen. Später bezeichnete er diesen Begriff als eine „unwissenschaftliche, moralisierende Verdrängungsvokabel“ und eine „Vulgärapostrophierung“. Demhingegen erklärte Bundespräsident Roman Herzog vor der Enquête-Kommission Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit: „Die DDR verweigerte ihren Bürgern die grundlegenden demokratischen Rechte, sie machte Oppositionelle mundtot und schreckte in Einzelfällen nicht einmal vor Mord und Verschleppung zurück. Sie war ein Unrechtsstaat! Den Versuch ihrer früheren politischen Elite, heute die DDR-Realität zum international Üblichen umzuinterpretieren, dürfen wir nicht zulassen!“ ...

Besonders aber verwahren sich Politiker/innen der Linkspartei gegen die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat: „Die DDR war ein Staat, der unverzeihliches Unrecht an seinen Bürgern begangen hat. Nach juristischer Definition war sie allerdings kein Unrechtsstaat“, meinte etwa Luc Jochimsen, ehemalige Kandidatin der Linken für das Amt der Bundespräsidentin. Ebenso hält Bodo Ramelow, heute Fraktionsvorsitzender der Linken im Thüringer Landtag, das Wort „Unrechtsstaat“ für politisch aufgeladen und „mit juristischen Definitionen nicht zu fassen“. Klar sei jedoch, dass die DDR kein Rechtsstaat gewesen sei. Deutlicher noch bezeichnet Gesine Löttsch, eine der beiden Vorsitzenden der Linkspartei, „Unrechtsstaat“ als einen propagandistischen Kampfbegriff, der brandmarken solle. ...

Die ideologie-geleitete, von einem extremen Freund/Feind-Schema geprägte Durchherrschaft sämtlicher gesellschaftlicher Sphären wäre demnach der Wesenskern der subtil-totalitären SED-Macht gewesen, einschließlich der Durchherrschaft der Sphäre des Rechts. Dabei sollte das Recht nicht nur als Justizsystem im engeren Sinne, sondern allgemeiner als Sphäre der pluralen gesellschaftlichen Vorstellungen über Recht und Gerechtigkeit aufgefasst werden. So betonte besonders der Jurist Martin Drath mit Blick auf die DDR die Funktion totalitärer Ideologie, ein radikal neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen. Wie oben schon eingeführt, werden überpositive natur- und menschenrechtliche Werte dabei ideologisch umgewertet: Unrecht wird zu „Recht“ erklärt („Es ist im Sinne unserer sozialistischen Friedensordnung, wenn Staatsfeinde, die den dritten Weltkrieg mit vorbereiten, seelisch zersetzt und somit unschädlich gemacht werden!“) und Recht zu Unrecht („Niemand hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern, wenn diese im Widerspruch zur unumstößlichen Wahrheit des Sozialismus steht!“). Im Sinne einer derartigen totalitär-ideologischen Umwertung der Rechtsidee muss die DDR schließlich als Unrechtsstaat bezeichnet werden.

Wir gelangen nach all dem zu folgender Positionierung: (1) Die DDR war ein subtil-totalitärer Unrechtsstaat. (2) Sie war dies auch dann, wenn die SED-Verbrechen mit den singulären Verbrechen des NS-Staates weder qualitativ noch quantitativ auch nur annähernd gleichgesetzt werden können und dürfen. (3) Wesentlich für einen Unrechtsstaat ist nicht der „unrechtmäßige Charakter“ der Staatsideologie (vgl. Claer), sondern deren (subtil-)totalitäre Umwertung und systematische Verletzung überpositiven Naturrechts und der Menschenrechte (vgl. Drath). (Davon abgesehen, dass Claers Argumentation keineswegs konsequent ist: Als Beispiele für „tendenzielle“ Unrechtsstaaten, „trotz Zweifeln hinsichtlich der Unrechts-Ideologie“, gibt er Kambodscha unter Pol Pot, China unter Mao und Nordkorea unter Kim Il Sung und Kim Jong Il an – allesamt extreme kommunistische Terrorregime.) (4) Es trifft nicht zu, dass der Begriff „Unrechtsstaat“ wissenschaftlich nicht fundiert wäre (Schöneburg, Ramelow, Jochimsen, Löttsch). Vielmehr gibt es eine ganze Reihe von direkter und indirekter Literatur dazu, die von Claer zusammenfassend referiert und in einer Definition gebündelt wurde, deren vierter Bestandteil vor dem Hintergrund der Totalitarismus-Forschung allerdings recht problematisch scheint. Außerdem werden in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung naturgemäß ständig Begriffe gebraucht, die wissenschaftlich nicht eindeutig definiert sind und einen weiteren Bedeutungshorizont haben, zum Beispiel „Kapitalismus“, „Neoliberalismus“, „Sozialismus“. (5) Es trifft nicht zu, dass mit dem Begriff „Unrechtsstaat“ ausgesagt wäre, dass in einem solchen Staat sämtliche Lebensbereiche (und sogar Rechtsbereiche) unrechtmäßig wären (Schwan, de Maizière, SELLERING, Schorlemmer), da dies noch nicht einmal für den prototypischen Unrechtsstaat schlechthin, den NS-Staat, gilt. Der Begriff zielt erkenntlich nicht auf die Ebene der (individuellen) Lebenswelt. Er zielt vielmehr auf die Ebene der unrechtmäßigen realen Verfasstheit (nicht: abstrakten Verfassung) eines Staates vor dem Hintergrund überpositiven Rechts und der Menschenrechte (vgl. Radbruchsche Formel). Wie erleben vor dem Hintergrund dieser abstrakten Positionierung nun die SED-Verfolgten selbst die Debatte um den Unrechtsstaat DDR, und welche Notwendigkeiten der gesellschaftspolitischen Bearbeitung werden gesehen?

Seit Februar 2010 durchgehend während des gesamten Berichtszeitraums fand die eine Sprechstunde, die sich durch die hohe Anzahl von Personen, die dort Unterstützung zu ihren Rehabilitierungsanträgen suchen, schwerpunktmäßig von einer psychosozialen zu einer Rehabilitierungs-Sprechstunde entwickelt hat, in Dessau-Roßlau (auch für die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld) statt, die zweite Sprechstunde wurde Januar bis Juni 2011 in Wernigerode (für den Landkreis Harz) und August bis Dezember 2011 (und weiter bis März 2012) in Stendal (für die Altmark) durchgeführt. Dieses Angebot muss im Laufe der kommenden Jahre weitergeführt und sogar ausgeweitet werden.

Auszug aus dem Jahresbericht des Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V., Beratungsstelle für homosexuelle Männer u. Frauen/AIDS-Beratung und DIKTATUR FOLGEN BERATUNG:

Projekt I: „LStU Beratungsoffensive“

Die Zusammenarbeit mit der Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (LStU) der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, den BStU Außenstellen und der Gedenkstätte Moritzplatz und Beratungsstelle für DIKTATUR FOLGEN BERATUNG - psychosoziale Beratung für Betroffene von Systemunrecht und Gewaltherrschaft in der SBZ/DDR des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e.V., konnte auch 2011 weiter kontinuierlich ausgebaut und fortgeführt werden.

Um die veranschlagten 40 gemeinsamen Beratungstage (+ 10 Tage für Veranstaltungen und Einzelberatung in besonderen Fällen) in Kooperation mit der LStU abdecken zu können, wurde neben dem Berater ein weiterer Mitarbeiter des Caritasverbandes zum Einsatz gebracht.

Bei den Beratungstagen der LStU, in unseren Bürosprechstunden und bei Hausbesuchen und wurden insgesamt 2.235 Klientenkontakte (ca. 150 mehr als 2010) erreicht.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Besucherzahl bei den öffentlichen Beratungstagen wieder angestiegen!

Projekt II: „Leistungen zur Unterstützung des LStU bei seinen Aufgaben insbesondere nach § 5 III AG StUG LSA“

Um dem erneut gestiegenen Beratungsbedarf betroffener Bürger gerecht zu werden, wurden in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle des Caritasverbandes f. d. Bistum Magdeburg e.V. und der Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für den Zeitraum 01.10.–31.12.11, folgende unterstützende Leistungen erbracht:

Im Rahmen dieses Projektes wurden feststehende monatliche Beratungstage in den Räumen des Caritasverbandes für das Dekanat Dessau, in Wernigerode und Stendal in den Räumen der Caritas durchgeführt. Hier kam es zu 37 Klientenkontakten. Das heißt pro zusätzlichen Beratungstag haben durchschnittlich 6 Personen dieses Angebot in Dessau und Stendal angenommen. Drei Klienten haben von der Möglichkeit gebrauch gemacht, das Büro der Beratungsstelle in Magdeburg aufzusuchen. Weitere 7 Klientenkontakte kamen bei Hausbesuchen in Wernigerode, Ilsenburg, Niegripp und Staßfurt zu stande. Dieser Personenkreis ist wegen andauernder gesundheitlicher Probleme nicht in der Lage, die Bürosprechstunden aufzusuchen.

Daneben gab es mit den Beratungen zusammenhängende 70 Telefonkontakte und die Teilnahme an den Treffen der Opferverbände und der LStU-Berater.

Insgesamt kam es nur in diesem Zeitraum zu 117 (!) Klientenkontakten.

Wobei auf Grund des begrenzten Zeitrahmens nicht allen Beratungswünschen (z.B. Hausbesuche) nachgekommen werden konnte.

Projekt III: „DIKTATUR FOLGEN BERATUNG“ [Finanzierung: Renovabis]

Im Projekt des Caritasverbandes „DIKTATUR FOLGEN BERATUNG - Psychosoziale Beratung für Betroffen von Systemunrecht und Gewaltherrschaft in der SBZ/DDR“ sind Klienten/-innen erfasst, die in der Beratung und Begleitung nicht den Projekten der LStU zugeordnet werden können. Dazu gehören z.B. Personen aus anderen Bundesländern (Westdeutschland, nicht im Zuständigkeitsbereich der LStU), Personen die auf Grund ihrer Verfolgungserfahrungen Behörden jeglicher Art abweisend gegenüber stehen und „nur“ von unserer Beratungsstelle begleitet werden möchten oder nicht die Kriterien für eine Begleitung im Rahmen des Projektes II der LStU erfüllen.

Seit Beginn der DIKTATUR FOLGEN BERATUNG (2002) wurden in unserer Einrichtung insgesamt 143 Personen begleitet (bis 2010 waren es 95 Personen). Dies bedeutet eine Steigerung um fast ein Drittel!

Die Ursache dafür begründet sich allerdings auch darin, dass das von der LStU in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle des Caritasverbandes und der Uniklinik Magdeburg 2010 angestoßene Pilotprojekt „Niedrigschwellige Langzeitberatung“ nicht weitergeführt werden konnte, da von Seiten des Landes die entsprechenden finanziellen Mittel für 2011 nicht mehr zur Verfügung gestellt wurden.

So waren wir gezwungen, wenigstens einen Teil der Klienten in der DIKTATUR FOLGEN BERATUNG aufzufangen.

Sollte es 2012 nicht zu einer Neuauflage des Projektes von Seiten des Landes kommen und darüber hinaus (wie bereits angekündigt) auch die Unterstützung durch das „Institut für DIKTATUR FOLGEN BERATUNG“ [Renovabis] wegfallen, wird diese Arbeit, trotz des hohen Bedarfs, künftig nicht mehr fortgeführt werden können.

Zusammenfassung

Für alle Projekte ergaben sich 2011 insgesamt 2.450 Klientenkontakte.

Davon waren Sprechstundenbesucher: 125, Hausbesuche: 26, Besucher an Beratungstagen/Veranstaltungen: 1.880, telefonische Kontakte (E-mail; Brief): 384

In diesem Jahr haben 83 Personen eine weiterführende Beratung in Anspruch genommen.

Davon waren 66 Klienten in der Kurzzeitberatung (1–3 Kontakte innerhalb von 6 Monaten) und 17 in der Langzeitberatung (mehr als 3 Kontakte in 6 Monaten und darüber hinaus). Damit hat sich die Anzahl der Personen, die eine weiterführende Beratung wünschten, im Vergleich zum letzten Jahr weiterhin gesteigert.

In 90% der Fälle handelt es sich dabei um Verfolgungserfahrungen in der SBZ/DDR in Form von politischer Haft, beruflicher Benachteiligung oder anderer sogenannter Zersetzungsmaßnahmen durch das MfS. Fast alle Betroffenen können Ansprüche nach dem Strafrechtlichen-, Beruflichen- oder Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzen zum DDR-Unrecht in Anspruch nehmen.

An dieser Stelle ist zu vermerken, dass der größte Teil dieser Personen an psychischen Störungen leidet (z.B. Angstzustände, Verfolgungsideen, psychosomatische Beschwerden). Sie bringen Psychotherapeuten /Psychiatern in der Regel ein großes Misstrauen entgegen, nehmen aber die Langzeitberatungsangebote dankbar an.

Die Beratungsangebote werden nach wie vor auch von Personen aus anderen Bundesländern („alte“ u. „neue“) in Anspruch genommen.

Weitere Informationen über die Teilnahme Fort- und Weiterbildungen, Fachtagungen und Durchführung von Veranstaltungen kann dem beigefügtem Anhang entnommen werden.

1.3. Rehabilitierungsrechtliche Vorschriften

Aufgrund des Vierten Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 2. Dezember 2010 (Bundesgesetzblatt 2010 Teil I, S. 1744), das am 9. Dezember 2010 in Kraft getreten ist, ist die Antragstellung bei Gericht bzw. bei der Rehabilitierungsbehörde nunmehr bis zum **31. Dezember 2019** möglich.

Die **Strafrechtliche Rehabilitierung** ist möglich nach einer politisch motivierten Verurteilung oder sonstigen Anordnung zur Freiheitsentziehung, sofern diese der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat. Zuständig ist das Landgericht am Sitz des ehemaligen Bezirks der DDR, in dem die Verurteilung ausgesprochen wurde, für Sachsen-Anhalt:

Landgericht Magdeburg – Rehabilitierungskammer –
Halberstädter Str. 8, 39112 Magdeburg
Tel. 03 91 - 6 06.0

bzw.

Landgericht Halle (Saale) – Rehabilitierungskammer –
(während der Bauarbeiten:) Straße der OdF 1, 06112 Halle (Saale),
Tel. 03 45 - 2 20.0

Jede strafrechtliche Rehabilitierung begründet für den Betroffenen Ansprüche auf **soziale Ausgleichsleistungen**, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt (306,78 € pro Haftmonat). Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vererblich. Eine Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung aufgrund der Erhöhung des Entschädigungsbetrags erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (der Erben).

Betroffene der Verfolgung in der ehemaligen DDR, die aus politischen Gründen mindestens (neu/klargestellt:) 180 Tage in Haft waren, erhalten auf Antrag ab dem Monat nach der Antragstellung eine monatliche Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro. Gemäß zweier aktuellen Entscheidungen des Bundesgerichtshofs vom 10. August 2010 (vgl. Abschnitte 6.1./6.2.) ist hierbei unerheblich, ob zum Zeitpunkt dieser Antragstellung die strafrechtliche Rehabilitierung bereits vorlag. Dabei wird die monatliche Zuwendung bei Überschreiten der Einkommensgrenze entsprechend dem dreifachen Eckregelsatz (bei verheirateten oder in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden: vierfacher Eckregelsatz; für jedes im Haushalt lebende kindergeldberechtigte Kind ebenfalls ein weiterer Eckregelsatz) für jeden Euro des Überschreitens um einen Euro gekürzt. Diese Werte betragen z. Zt. (seit 1. Januar 2011) 1.092 bzw. 1.456 Euro zzgl. je 364 Euro. Renten und seit 9. Dezember 2010 auch das Kindergeld werden bei dieser Einkommensberechnung nicht angerechnet. Berechnungsgrundlage ist das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.

Zuständige Stellen für die Bearbeitung der Anträge auf Kapitalentschädigung und auf monatliche Zuwendung für in Sachsen-Anhalt strafrechtlich Rehabilitierte sind das

Landesverwaltungsamt
Referat Versorgungsamt / SER
Maxim-Gorki-Straße 4–7, 06114 Halle (Saale)
Tel. 03 45 - 52 76.0

bzw. das

Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Magdeburg
Referat Versorgungsamt / SER
Olvenstedter Straße 1–2, 39108 Magdeburg
Tel. 03 91 - 5 67.24 70.

Zuständig bei Personen mit einer Bescheinigung nach § 10 Absatz 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) mit aktuellem Wohnsitz in Sachsen-Anhalt ist für die Bearbeitung der Anträge auf monatliche Zuwendung das

Landesverwaltungsamt
Referat Versorgungsamt / SER
Olvenstedter Straße 1–2, 39108 Magdeburg
Tel. 03 91 - 5 67.24 70,

für Anträge auf Kapitalentschädigung jedoch an das

Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau
Referat 210 (HHG-Behörde)
Kühnauer Straße 161, 06846 Dessau,
Tel. 03 40 / 65 06-3 30.

Gemeinsame Postanschrift aller Referate des Landesverwaltungsamts, insbesondere für die Übersendung der Anträge:

Landesverwaltungsamt
Referat Versorgungsamt / SER bzw. Referat 210
Postfach 20 02 56, 06003 Halle (Saale).

Im Zeitraum bis 2011 wurden in Sachsen-Anhalt **34.330** Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation und von den daraufhin Rehabilitierten **15.242** Anträge auf Kapitalentschädigung nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gestellt. Zu dieser Zahl kommen noch die Anträge auf Kapitalentschädigung der nach dem HHG anerkannten politischen Häftlinge, in Sachsen-Anhalt bislang insgesamt **1.973**, davon 4 Erstantragssteller im Jahr 2010.

Zusätzlich besteht sowohl für ehemalige Häftlinge als auch für sonst rechtsstaatswidrig in ihrer Berufstätigkeit Beeinträchtigte ein Anspruch auf **berufliche Rehabilitation** zum **Ausgleich** eventueller **Nachteile in der Rentenversicherung**.

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation zuständig ist die Behörde des Landes, in dessen Gebiet das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, in Sachsen-Anhalt:

Landesverwaltungsamt
Referat 210
Postfach 20 02 56, 06003 Halle (Saale).

Zuständige Stelle für die Bearbeitung der Anträge:

Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau
Referat 210
Kühnauer Straße 161, 06843 Dessau
Tel. 03 40 - 65 06.3 23.

Die Deutsche Rentenversicherung (vormals BfA und LVA) hat zwar zugesichert, bis 2007 alle Rentenverläufe – auch der noch Erwerbstätigen – auf Rehabilitierungsmöglichkeiten zu prüfen. Rentenverläufe können aber nicht ohne weiteres überprüft werden, solange nicht im Rahmen eines Kontenklärungsverfahrens eine Mitwirkung durch die Betroffenen erfolgt.

Wer sein Studium auch in fortgeschrittenem Alter jetzt noch abschließen will, musste dieses bis zum 1. Januar 2003 aufgenommen haben, um noch in den Genuss des nicht rückzahlbaren BAföG zu kommen (Vorlage der vorläufigen beruflichen Rehabilitierungsbescheinigung beim BAföG-Amt zur Befreiung von der Altersgrenze nötig). Die Förderung von Weiterbildung in einem bereits ausgeübten Beruf oder einer Umschulung ist nunmehr nach SGB III bis zum **31. Dezember 2020** zu beantragen.

Die Werte der monatlichen **Ausgleichsleistung nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz** (§ 8 Absatz 3) betragen seit 1.1.2003 bis zu 184 Euro bzw. für Rentner 123 Euro. Der Antrag ist weiterhin beim Sozialamt des örtlichen Landratsamts bzw. der kreisfreien Stadt zu stellen (neue Frist: **31.12.2020**). Die Einkommensgrenze wird regelmäßig neu festgesetzt und orientiert sich seit Jahresbeginn 2005 an den (doppelten) Sätzen für das ALG II.

1.4. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2010)

Den mit den Anträgen befassten Richtern und Mitarbeitern der Verwaltung sei an dieser Stelle ein Dank für die Bearbeitung der meist sehr komplexen und mit großen Schwierigkeiten verbundenen Vorgänge ausgesprochen.

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Die strafrechtliche Rehabilitierung wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem am 18.9.1990 noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt 33.854 Eingänge von 1990 bis 2010. Für die Jahre 2011 und 2010 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung, sowie darunter die Vergleichszahlen des LG Berlin (für den Ostteil):

LG Halle und Magdeburg	2011	2010		2011	2010
Eingänge	476	663	Erledigung durch Beschluss: Antrag war	609	860
Erledigungen	732	1.035	begründet	162	205
unerledigt	283	539	teilw. begründet	53	68
Erledigung durch Beschluss	609	860	nicht begründet	370	547
Erledigung durch Sonstiges	123	175	unzulässig	24	40

© Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), 2012

<i>Landgericht Berlin</i>	2011	2010		2011	2010
<i>Eingänge</i>	<i>1.126</i>	<i>1.260</i>	<i>Erledigung durch Beschluss: Antrag war</i>	<i>730</i>	<i>684</i>
<i>Erledigungen</i>	<i>1.456</i>	<i>1.616</i>	<i>begründet</i>	<i>311</i>	<i>440</i>
<i>unerledigt</i>	<i>952</i>	<i>1.282</i>	<i>teilw. begründet</i>	<i>28</i>	<i>36</i>
<i>Erledigung durch Beschluss</i>	<i>730</i>	<i>684</i>	<i>nicht begründet</i>	<i>356</i>	<i>154</i>
<i>Erledigung durch Sonstiges</i>	<i>443</i>	<i>930</i>	<i>unzulässig</i>	<i>35</i>	<i>54</i>

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2012

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen ein anderes Landgericht zuständig war. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug dabei 8 Monate.

Seit Mitte 2009 ist der Anteil der vor den Landgerichten angegriffenen Einweisungsbeschlüssen der DDR-Jugendhilfe auf ca. ein Drittel der Fälle nach dem StrRehaG angestiegen. Dies bedeutet für die Landgerichte Halle und Magdeburg mehrere hundert, für das LG Berlin über 1.000 Fälle in 2 ½ Jahren. In diesen Fällen ist jedoch die

Erfolgsquote deutlich niedriger als bei Verurteilungen in der DDR, und schwankt, je nach Landgericht, zwischen 1 und 25 % der Anträge. Wegen der zentralen Rolle des DDR-Volksbildungsministeriums bei der (als reine Disziplinierungsmaßnahme regelmäßig rechtsstaatswidrigen) Einweisung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau ist hier auch für Fälle aus Sachsen-Anhalt das Landgericht Berlin für diese Rehabilitierungen zuständig.

Folgeleistungen:

(aus der vom Minister für Arbeit und Soziales mit Schreiben vom 31.1.2012 übermittelten Tabelle – § 17 V regelt die Nachzahlungen)

	2011					2010				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	39	198	18	19	0	35	206	27	15	0
Bewilligungen	40	191	19	1	0	53	211	25	0	0
Ablehnungen	1	15	2	11	0	4	33	2	21	0
Sonstige Erledigungen	1	6	1	3	0	15	30	1	2	0
offene Fälle	21	69	5	12	0	24	83	9	8	0

Aus der übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Einzelübersicht zu den Vorjahren wird auf den 4. bis 16. Tätigkeitsbericht verwiesen.

	bis 2011 gesamt				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	8.158	15.242	9.368	1.176	168
Bewilligungen	7.789	12.467	8.516	249	12
Ablehnungen	227	1.023	43	614	103
Sonstige Erledigungen	121	1.683	804	301	53
offene Fälle	21	69	5	12	0

Sonstige Erledigungen sind meist Fälle, in denen ein anderes Bundesland zuständig war.

Statistik der Antragsbearbeitung – Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

§ 6 StrRehaG: 95,48 % (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen)

§ 17 I StrRehaG: 81,79 % (Kapitalentschädigung für Freiheitsentziehung)

§ 17 V StrRehaG: 90,91 % (Kapitalentschädigung, Nachzahlung)

Leistungen aufgrund verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden:

Wie bereits im 8. Tätigkeitsbericht erwähnt, wurden auf Anregung des Bundeskanzleramts alle abschlägig beschiedenen Anträge auf Versorgungsleistung erneut überprüft. In den Jahren bis 2009 wurden insgesamt 1.142 Anträge auf Beschädigtenversorgung und 168 Anträge auf Hinterbliebenenversorgung gestellt, von denen 245 bzw. 12 – einschließlich der in den letzten Jahren erneut überprüften Fälle – bewilligt wurden:

§ 21 StrRehaG: 21,17 % (Beschädigtenversorgung/Haftfolgeschäden)

§ 22 StrRehaG: 7,14 % (Hinterbliebenenversorgung)

Folgeleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz:

Auch für Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, wurde die Kapitalentschädigung 1999 erhöht. Zuständig ist das Landesverwaltungsamt, Referat 210. Von dort wurden 37 Neuerteilungen von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG, 4 Fälle der Erstantragsstellung zur Kapitalentschädigung (306,78 € pro Haftmonat; Vorjahr: 10) und 3 Fälle der Nachzahlung (Vorjahr: 7) gemeldet. Insgesamt ergibt dies folgendes Bild:

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2011	11	28.348,06 €	2.577,10 €
2010	17	73.758,43 €	4.338,73 €
2009	13	38.746,35 €	2.980,48 €
2008	13	33.714,59 €	2.593,43 €
2007	20	14.973,21 €	748,66 €
2006	48	31.408,58 €	654,35 €
2005	33	46.998,04 €	1.424,18 €
2004	19	53.329,01 €	2.806,79 €
2003	30	49.206,72 €	1.640,22 €
2002	151	165.762,64 €	1.097,77 €
2001	607	1.247.652,51 DM	2.055,44 DM
2000	1.160	3.953.813,13 DM	3.408,46 DM

Die Verbesserung der Leistungen für bestimmte Gruppen von Rehabilitierten – „Opferpension“ oder „Opferrente“

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2007 (Bundesgesetzblatt 2007 Teil I, S. 2118) erfolgte die Einführung einer besonderen monatlichen Zuwendung zu Gunsten bestimmter Gruppen von Rehabilitierten.

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 2. Dezember 2010 (Bundesgesetzblatt 2010 Teil I, S. 1744) erfolgte eine Klarstellung der Mindesthaftzeit (180 Tage), eine Neuregelung der Einkommensberechnung hinsichtlich kindergeldberechtigter Kinder und eine Härtefallregelung.

	Stand: 31.12.2011			Stand: 31.12.2010		
StrRehaG	§ 17a	§ 17a/HHG	gesamt	§ 17a	§ 17a/HHG	gesamt
Formblatt-Anträge			9.299			8.967
Bewilligungen	5.663	853	6.516	5.412	831	6.243
Ablehnungen	694	52	746	561	45	606
unter Mindesthaftzeit	335	11	346	317	11	328
keine Bedürftigkeit	141	16	157	118	13	131
sonstige Gründe	218	25	243	126	21	147
Sonstige Erledigungen	3.652	184	3.836	1.624	180	1.804
offene Fälle			201			314

Die Anträge können erst im Laufe des Verfahrens entweder dem StrRehaG oder dem HHG zugeteilt werden, so dass eine Zuordnung für die Zahl der gestellten Anträge und der offenen Fälle nicht möglich ist. Unter den Ablehnungen wegen „sonstiger Gründe“ sind 71 wegen § 16 Abs. 2 StrRehaG [IM-Tätigkeit usw.] und 5 wegen

§ 17a Abs. 7 StrRehaG [Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat]. „Sonstige Erledigungen“ umfasst 3.370 Abgaben wegen Unzuständigkeit.

Ausgaben für die Opferpension insgesamt (davon Anteil des Landes 35 Prozent):

Jahr	bewilligte Summe
2011	17.565.285,31 €
2010	16.936.218,31 €
2009	17.070.141,14 €
2008	17.998.607,51 €
2007	1.659.250,00 €

Zum Vierten Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften teilte das Ministerium (Schreiben vom 1.2.2011) mit:

Die Neuregelungen mit dem „Vierten Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ vom 02.12.2010 sind zu begrüßen. Die Änderungen dienen der Klarstellung und Verbesserung einzelner Vorschriften. Der Bedarf hatte sich beim Vollzug des Gesetzes ergeben. Das Landesverwaltungsamt hat zu den Neuregelungen ein Infoblatt erstellt und an die Berechtigten versandt. Erfahrungen mit der Umsetzung der Gesetzesänderungen bleiben abzuwarten.

1.5. 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Für die Zeit seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes im Jahr 1994 bis zum 31.12.2010 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung der Tätigkeit des Landesverwaltungsamts, Referat 505 (vormals 210; seit 1.12.2003 muss gegen einen ablehnenden Bescheid ohne Widerspruchsverfahren sofort geklagt werden; bislang hat sich die relative Zahl der Klagen nicht erhöht):

Stand: 31.12.2010 – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	5.280	Erled. d. Bescheid: Antrag war	4.147
Erledigungen	5.245	begründet	1.948
unerledigt	35	teilw. begründet	154
Erled. d. Bescheid	4.147	nicht begründet oder unzulässig	2.045
Erled. d. Sonstiges	1.098		

Stand: 31.12.2010 – Berufliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	16.989	Erled. d. Bescheid: Antrag war	12.654
Erledigungen	16.280	begründet	8.502
unerledigt	709	teilw. begründet	1.156
Erled. d. Bescheid	12.654	nicht begründet oder unzulässig	2.996
Erled. d. Sonstiges	3.626		

Hiervon lag bei über 60 % der Anträge eine strafrechtliche Rehabilitation zugrunde und bei rund 10 % der Anträge eine verwaltungsrechtliche Rehabilitation. In den übrigen Fällen war nur das Berufliche Rehabilitationsgesetz anzuwenden, davon in 686 Fällen die Regelung für verfolgte Schüler.

1.6. Beratungstage der Behörde in Landkreisen und Gemeinden in Sachsen-Anhalt

Durch die Behörde wurden von März bis Juli 2011 an 20 Kalendertagen in 20 Orten und von August bis November an 20 Kalendertagen in 19 Orten Beratungstage durchgeführt.

Die Anzahl der Beratungsgespräche an den durchgeführten Beratungstagen in den Städten Sachsen-Anhalts ergibt sich aus der obenstehenden Tabelle (Dabei haben sich die Besucherzahlen stabil gehalten, einige „Ausreißer“ nach oben auf Grund der intensiven Presseberichterstattung zum 20-jährigen Jahrestag der Friedlichen Revolution haben sich wieder normalisiert; vgl. die Spalte „Vorbesuch“ mit den Werten des jeweiligen Beratungstags zumeist aus dem Jahr 2009).

Ort	Zahl	Vorbesuch			
Bismark	84	(11)	Annaburg	40	(44)
Burg	57	(12)	Lutherstadt Wittenberg	161	(114)
Bitterfeld (NSt. LRA)	69	(171)	Roßlau	20	(51)
Zerbst (Rathaus)	47	(–)	Halle (S.)	32	(18)
Oschersleben (NSt. LRA)	7	(14)	Wernigerode	25	(47)
Bad Bibra	27	(15)	Halberstadt	19	(47)
Wolmirstedt (NSt. LRA)	107	(167)	Nienburg (Saale)	54	(14)
Schönebeck	35	(158)	Magdeburg-Nord	10	(9)
Schafstädt (Bad Lauchs.)	38	(36)	Hötensleben	54	(51)
Parey	118	(–)	Kalbe (Milde)	36	(48)
Lutherstadt Eisleben	21	(55)	Naumburg	76	(55)
Havelberg	37	(3)	Dessau-Roßlau	39	(56)
Beetzendorf	47	(–)	Zerbst (NSt. LRA)	12	(41)
Salzwedel	128	(94)	Bernburg	19	(82)
Weißenfels	46	(43)	Jerichow	22	(6)
Huy	30	(–)	Sangerhausen (LRA)	53	(47)
Stendal	45	(67)	Loburg (Möckern)	15	(23)
Haldensleben	35	(92)	Elbe-Havel-Land	41	(–)
Merseburg	55	(72)	Bad Schmiedeberg	27	(177)
Köthen	77	(127)	Magdeburg-Mitte	14	(23)
			(Zwischensu. 2. Halbjahr)	(770)	
(Zwischensu. 1. Halbjahr)	(1110)		Summe	1880	(2090)

Damit haben sich die durchschnittlichen Besucherzahlen wie folgt entwickelt: Jahr 2001 (35); 2002 (30); 2003 (34); 2004 (21); 2005 (25); 2006 (47); 2007 (85), davon 1. Halbjahr 2007 (64) und 2. Halbjahr 2007 (127); 2008 (59); 2009 (77), davon 1. Halbjahr 2009 (61) und 2. Halbjahr 2009 (100); 2010 (44); 2011 (47).

Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation, berufliche Rehabilitation und Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge – Stiftung des Öffentlichen Rechts – in

Bonn erforderten einen erheblichen Beratungsaufwand. Fast alle beratenen Personen stellten einen Stasi-Akten-Einsichts-Antrag.

Die Beratungsgespräche wurden durch einen oder zwei Berater aus der Behörde (38 Tage; in 8 Fällen: zwei) und einen oder zwei Berater (in 7 Fällen: zwei) des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e. V. (35 Tage – finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) durchgeführt, unterstützt von bis zu zwei Mitarbeitern des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), Außenstellen Magdeburg (6) bzw. Halle (8). Die Beratungstage dauerten durchschnittlich 8 Stunden (Fahrzeiten nicht eingerechnet). In diesem Jahr konnten in 38 Fällen Spätsprechstunden für Berufstätige nach 16 Uhr, in 3 Fällen sogar nach 17 Uhr angeboten werden.

In mehreren Fällen wurde eine weiterführende psychosoziale Beratung gewünscht. Dieses zusätzliche Angebot – ermöglicht durch den Einsatz des Beraters des Caritasverbandes auch über die Beratungstage hinaus – konnte im Jahr 2011 erneut nur in Form einer Erstberatung angeboten werden und wurde stark nachgesucht.

Für die Beratungstage ab 2012 sollte weiterhin Folgendes berücksichtigt werden:

- Spätsprechstunden für Berufstätige haben sich bewährt (Besucher nach 16 Uhr: ca. ein Achtel, also rund 220 Personen).
- die Ausstellungen in Burg (57 Besucher des Beratungstags), Salzwedel (128), Weißenfels (46), Köthen (77), Lutherstadt Wittenberg (161 und 40 Besucher in Annaburg) und Wernigerode (25 und 19 Besucher in Halberstadt) haben sich als Besuchermagnet bewährt.
- In Folge der Fristverlängerung vom 2.12.2010 (in Kraft seit dem 9.12.2010) bis zum 31.12.2019 ist mit konstanten Besucherzahlen zu rechnen; weiterhin steht für eine große Zahl von Betroffenen die Kontenklärung bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) noch aus, in deren Verlauf i.d.R. der Beratungsbedarf spätestens festgestellt wird.
- Es wird versucht, für alle Bewohner Sachsen-Anhalts mindestens alle zwei Jahre ein wohnortnahes Angebot (unter 20 km Fahrtweg) bereitzustellen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass längere Anfahrtswege kaum in Kauf genommen werden.
- Bei jedem Beratungstag überwiegt bei Weitem die Zahl der Erst- (und damit Einmal-)Besucher. Die Auseinandersetzung mit der eigenen, belastenden Vergangenheit findet nur in bestimmten Lebensabschnitten statt, namentlich nach Verlust des Arbeitsplatzes bzw. zum Renteneintritt.
- Antragsberechtigte auf Rehabilitierung benötigen häufig ein bestimmtes, geschütztes Umfeld, um über ihre Vergangenheit überhaupt reden zu können; dieses finden sie – gerade in der Fläche – nur im Rahmen der Beratungsoffensive vor. EFL- (Ehe-, Familien- und Lebens-)Beratungsstellen insbesondere der Caritas und der Diakonie zeigen häufig diese spezifische mit sehr speziellem Fachwissen kombinierte Sensibilität nicht; es wird allerdings versucht, dies zu verbessern.
- Bei dem Beratungsangebot in Niedersachsen, am Tag der Deutschen Einheit in Bonn und am Beispiel von Einzelfällen, in denen die Betroffenen aus ihren neuen Wohnsitzen im Früheren Bundesgebiet (FBG, also in den alten Bundesländern) zu den Beratungstagen angereist sind, wurde erneut deutlich, dass die heute in den alten Bundesländern wohnenden ehemaligen Häftlinge oft die Nachzahlung zur Kapitalentschädigung und die berufliche Rehabilitierung nicht beantragt haben – sie haben lediglich die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG und Leistungen der (damals in Berlin-Marienfelde sitzenden) Stiftung erhalten. Häufig war die Einführung der Besonderen Monatlichen Zuwendung Anlass dafür, sich nach der für den Wohnort zuständigen HHG-Behörde zu erkundigen, um mit dieser Kontakt aufzunehmen.

In Abhängigkeit davon, wann die künftigen Rentner die Kontenklärungen bei der DRV (früher BfA, LVA, ...) durchführen lassen, ist in den nächsten Jahren mit zumindest gleichbleibendem wenn nicht zunehmendem Beratungsbedarf zu rechnen.

Als Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der Beratungstage wurden im Berichtszeitraum Sprechstunden zur Rehabilitation im Auftrag des Landesbeauftragten durchgeführt (siehe oben unter 1.2.)

1.7. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, An der Marienkapelle 10, 53179 Bonn, hat die folgenden Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen).

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2011	457	854.050 €	1.868,82 €
2010	453	861.400 €	1.901,55 €
2009	454	933.700 €	2.056,60 €
2008	550	1.093.600 €	1.988,36 €
2007	746	1.468.650 €	1.968,70 €
2006	769	1.460.500 €	1.899,22 €
2005	658	1.256.750 €	1.909,95 €
2004	635	1.238.100 €	1.949,76 €
2003	659	1.346.750 €	2.043,63 €
2002	650	1.610.500 €	2.477,69 €
2001	507	2.544.400 DM	5.018,54 DM
2000	383	2.102.200 DM	5.488,77 DM
1999	255	1.252.800 DM	4.912,94 DM
1998	261	1.311.800 DM	5.026,05 DM
1997	131	611.450 DM	4.667,56 DM
1996	71	225.000 DM	3.169,01 DM
1995	58	203.100 DM	3.501,72 DM
1994	69	253.700 DM	3.676,81 DM
1993	74	284.900 DM	3.850,00 DM

Die Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG (bundesweit 2011: 3.435, Vorjahr 3.582); die Fälle nach dem HHG (bundesweit 2011: 4.194, Vorjahr 3.980 Bewilligungen) werden nicht nach Ländern erfasst. Bundesweit zahlte die Stiftung im Jahr 2011: 9.155.950 €) als Unterstützungsleistung (2010: 9.882.450 €) aus:

Leistungen der Stiftung an administrativ Inhaftierte:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erbringt ihre Leistungen auch an ehemals administrativ Inhaftierte oder deren Angehörige (Witwen und Waisen). Falls bis 1994 keine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG zugunsten des Inhaftierten beantragt wurde, besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass eine Behörde zur Klärung eines vermögensrechtlichen Anspruchs in Amtshilfe von der HHG-Behörde

eine entsprechende Bescheinigung anfordert. Eine entsprechende Behörde ist auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; deren Leistungen fallen ebenfalls unter die Regelung. In solchen Fällen ist der Stiftung bei der Antragsstellung auf Unterstützungsleistung Haftdauer (Beginn und Ende), Ort der Verhaftung, der Inhaftierung und der Freilassung sowie möglichst auch Haftgrund darzulegen und nachzuweisen. Hierfür kommen alle Urkunden (Entlassungsschein, Gefangenepost, Bescheinigung des DRK-Suchdienstes) oder Zeugenaussagen (schriftlich, mit z. B. vom Bürgermeister beglaubigter Unterschrift und Geburtsdatum) in Betracht.

1.8. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation

Ein Antrag auf Rehabilitation durch die Russische Föderation ist weiterhin möglich. Anträge liegen beim Landesbeauftragten bereit. Neben Betroffenen und Angehörigen sind auch Vereine antragsbefugt. Eine Akteneinsicht ist grundsätzlich nur nach zuvor erfolgter Rehabilitation möglich.

Rehabilitierungsanträge an die Russische Föderation nimmt entgegen und Fragen zur Akteneinsicht in Russland zur Sachaufklärung beantwortet die:

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Dokumentationsstelle
Ute Lange
Dülferstraße 1
01069 Dresden
Tel. 03 51 - 46 95 54.8

Ebenfalls möglich ist – für den Fall einer vermissten Person – ein Antrag an den DRK-Suchdienst.

DRK-Generalsekretariat
Suchdienst München
Chiemgaustr. 109
81549 München
Fax: +49 - (0)89 - 68 07 45 92
Tel.: +49 - (0)89 - 68 07 73.0

Das Auswärtige Amt hat bis Juli 2007 die Rehabilitation von rund 13.500 Deutschen registriert, die im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion zu Unrecht aus politischen Gründen verurteilt worden waren. Dazu gehören auch mehrere tausend Rehabilitierungen von Amts wegen, von denen die Betroffenen oder ihre Hinterbliebenen wegen fehlender aktueller Anschriften nicht in Kenntnis gesetzt werden können. Nach Schätzung der russischen Behörden liegt die Gesamtzahl der nach 1945 unter sowjetischer Besatzung verurteilten Deutschen zwischen 35.000 und 40.000, die Zahl der verurteilten Kriegsgefangenen bei etwa 25.000 bis 30.000. Eine Datenbank zu den so Rehabilitierten ist unter <http://www.dokst.de/node/1114/> abrufbar.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Mai 2008 mit dem Einverständnis der Militärhauptstaatsanwaltschaft Moskau dem Freistaat Sachsen die Wahrnehmung der im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes liegenden Aufgabe der Betreuung von Personen, die ihre oder die Rehabilitation Dritter ... anstreben, zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Wahrnehmung durch die Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten übertragen. Aus diesem Grund wenden Sie sich bitte mit weiteren Fragen an die Stiftung. (Mitteilung des Auswärtigen Amtes)

1.9. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Die Beratung von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS oder deren Kindern wurde auch im Berichtszeitraum fortgeführt. Dies bezieht sich auch auf Personen, die verdächtigt werden, für das MfS gearbeitet zu haben. Anlass ist häufig die Rückforderung bereits ausgezahlter Folgeleistungen nach dem strafrechtlichen oder beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes – Einrichtung einer Informationsstelle für ehemalige Heimkinder auf Anfrage des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Der Landesbeauftragte ist auf Anfrage des Ministeriums für Arbeit und Soziales auch Informationsstelle für Betroffene von Heimerziehung in der DDR, welche anlässlich der Umsetzung des „Fonds ‚Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975‘“ zum 01.01.2012 (im früheren Bundesgebiet) in den neuen Ländern eingerichtet wurden, mit Zuständigkeit für das Land Sachsen-Anhalt. Bis zur formalen Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle, wozu derzeit noch eine Grund legende Verwaltungsvereinbarung (d.h. für die neuen Länder) fehlt, können sich ehemalige (ostdeutsche) Heimkinder an die Mitarbeiter des Landesbeauftragten wenden.

Aktueller Stand: Heimerziehung in der DDR

Zur Einrichtung der Unterstützung von Betroffenen aus Säuglings-, Kinder- und Jugendheimen und Jugendwerkhöfen der ehemaligen DDR wurde eine Lenkungs- und eine Arbeitsgruppe aus Bund und aus ostdeutschen Ländern eingesetzt, die bis zum Frühjahr 2012 entsprechende Handlungsempfehlungen vorlegen werden. Im Bundestagsbeschluss vom Juli 2011 wurde gefordert, „dem Deutschen Bundestag in Abstimmung mit den betroffenen Ländern möglichst zeitgleich mit den Vorschlägen des Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren gleichwertige Hilfen vorzulegen“. Geplant ist, bis zum Sommer 2012 auch für diese Gruppe von Betroffenen entsprechende Regelungen und Grundlagen zu schaffen.

(Quelle: <http://www.fonds-heimerziehung.de/fonds/heimerziehung-in-der-ddr-geplant.html>)

Zur Vorbereitung der genannten Handlungsempfehlungen hat das Bundesinnenministerium drei Studien in Auftrag gegeben, die mittlerweile in einer Vorabfassung abrufbar sind:

- Expertise von Prof. Dr. Karsten Laudien und Dr. Christian Sachse „Erziehungsvorstellungen in der Heimerziehung der DDR“
- Expertise von PD Dr. med. Martin Sack und Ruth Ebbinghaus „Was hilft ehemaligen Heimkindern der DDR bei der Bewältigung ihrer komplexen Traumatisierung?“
- Gutachten von Dr. Friederike Wapler „Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR“

Abzurufen über: <http://www.fonds-heimerziehung.de/fonds/dokumente-berichte-und-studien.html>

2.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Behörde des Landesbeauftragten arbeitet eng mit der Rehabilitierungsbehörde im Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau, zusammen. In zahlreichen Fällen wurden Einzelfragen beraten.

- 2.3. Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
Neufassung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes nach dem 8. ÄnderungsG
(8. StUGÄndG)

Aufgabe des Landesbeauftragten ist es, Personal führende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte des Bundesbeauftragten zu beraten.

Weiterhin werden im öffentlichen Dienst des Landes im Rahmen der mit Wirkung vom 30.12.2011 neu geregelten §§ 20 und 21 StUG Überprüfungen beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beantragt. Neu geregelt wurde, dass nach der aktuellen Gesetzeslage die Überprüfungen im öffentlichen Dienst (mit erweitertem Personenkreis gegenüber der Zeit 2006–2001, aber gegenüber der Zeit bis 2006 immer noch eingeschränkt, sowie für Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes sowie leitende Angestellte des Deutschen Olympischen Sportbundes, seiner Spitzenverbände und der Olympiastützpunkte, Repräsentanten des deutschen Sports in internationalen Gremien sowie Trainer und verantwortliche Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften) noch bis 31.12 2019 zulässig sind. Die Zahl der Überprüfungen durch die erweiterten Möglichkeiten hat sich tatsächlich erhöht, in den ersten Monaten der Geltung der Gesetzesänderung wurde eine Steigerung um ca. 125 % festgestellt (MZ vom 12.3.2012, Seite 4); die Abfragen bei der Landesverwaltung beziehen sich jedoch jeweils auf den Stichtag 31.12.

Hier der Text in der Form der Neufassung (neue Passagen unterstrichen):

§ 20 Verwendung von Unterlagen, die keine personenbezogenen Informationen über Betroffene oder Dritte enthalten, durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen

(1) Unterlagen, soweit sie keine personenbezogenen Informationen über Betroffene oder Dritte enthalten, dürfen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen in dem erforderlichen Umfang für folgende Zwecke verwendet werden:

- 1. Rehabilitation von Betroffenen, Vermissten und Verstorbenen, Wiedergutmachung, Leistung nach dem Häftlingshilfegesetz,*
- 2. Schutz des Persönlichkeitsrechts,*
- 3. Aufklärung des Schicksals Vermisster und ungeklärter Todesfälle,*
- 4. Ruhen von Versorgungsleistungen nach dem Versorgungsruhengesetz sowie Kürzung oder Aberkennung oder Ruhen von Leistungen, auf die das Versorgungsruhengesetz entsprechende Anwendung findet,*
- 5. Aufklärung, Erfassung und Sicherung des Vermögens der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und der ehemaligen Rechtsträger mit Sitz in ihrem Gebiet sowie des Vermögens, das dem Bereich der Kommerziellen Koordinierung zugeordnet war,*
- 6. Überprüfung der folgenden Personen nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat:*
 - a) Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung sowie sonstige in einem öffentlichrechtlichen Amtsverhältnis stehende Personen,*

b) Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte sowie ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil,

c) Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, und Angestellte in entsprechender Funktion,

d) Beschäftigte öffentlicher Stellen auf mit der Besoldungsgruppe A 9, der Entgeltgruppe E 9 oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe bewerteten Dienstposten, die unbeschadet der in Nummer 7 genannten Fälle eine leitende Funktion ausüben, sowie von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder der Vertretungs- und Aufsichtsorgane in Einrichtungen, bei denen sich die absolute Mehrheit der Anteile oder die absolute Mehrheit der öffentlichen Stimmen in öffentlicher Hand befindet; darüber hinaus können alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüft werden, wenn Tatsachen den Verdacht einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik rechtfertigen,

e) Berufsrichter und ehrenamtliche Richter,

f) Soldaten auf mit der Besoldungsgruppe A 13 oder höher bewerteten Dienstposten, die eine leitende Funktion ausüben, sowie Stabsoffiziere, die auf Dienstposten mit erheblicher Außenwirkung im integrierten Bereich (In- oder Ausland), im Attachédienst oder bei sonstigen Dienststellen im Ausland eingesetzt sind,

g) Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes sowie leitende Angestellte des Deutschen Olympischen Sportbundes, seiner Spitzenverbände und der Olympiastützpunkte, Repräsentanten des deutschen Sports in internationalen Gremien sowie Trainer und verantwortliche Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften,

h) Personen, die sich in den Fällen der Buchstaben a bis g um das Amt, die Funktion oder die Einstellung bewerben; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen,

7. Überprüfung der folgenden Personen nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat:

a) Mitglieder des Beirats nach § 39 und des wissenschaftlichen Beratungsgremiums nach § 39a,

b) der Bundesbeauftragte und seine Beschäftigten,

c) die Landesbeauftragten nach § 38 und ihre Beschäftigten,

d) diejenigen Beschäftigten öffentlicher Stellen, die mit der Bearbeitung von Anträgen nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen oder Beruflichen Rehabilitierungsgesetz befasst sind,

e) Beschäftigte und ehrenamtliche Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder derjenigen sonstigen Einrichtungen, die [nicht notwendig überwiegend] mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone befasst sind,

f) Personen, die sich in den vorgenannten Fällen um das Amt, die Funktion oder die Einstellung bewerben; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen,

8. Verfahren zur Erteilung oder zum Entzug einer Erlaubnis nach dem Waffengesetz, dem Bundesjagdgesetz, dem Sprengstoffgesetz, dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz, soweit sich aus den Unterlagen Hinweise auf die persönliche Zuverlässigkeit ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ergeben,

9. Anerkennung von Beschäftigungszeiten, Zahlung und Überführung der Renten ehemaliger Angehöriger des Staatssicherheitsdienstes,

10. Ordensangelegenheiten,

11. Sicherheitsüberprüfungen von Personen mit ihrer Kenntnis gemäß den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes und der Länder zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen,

12. Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Personen mit ihrer Kenntnis gemäß § 7 des Luftsicherheitsgesetzes und § 12b Absatz 2 Satz 3 des Atomgesetzes sowie § 5 Absatz 1 Nummer 6, § 7 Absatz 3 Nummer 3 der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen.

(2) § 26 bleibt unberührt.

(3) Die Verwendung für die in Absatz 1 Nr. 6 genannten Zwecke ist nach dem 31. Dezember 2019 unzulässig. Unterlagen zu Auskünften und Mitteilungen, die im Zusammenhang mit früheren Überprüfungen bei den anfordernden Stellen angefallen sind, sind dem Bundesarchiv, dem zuständigen Landesarchiv oder kommunalen Archiv oder, bei Mitgliedern des Deutschen Bundestages, dem Archiv des Deutschen Bundestages anzubieten.

§ 21 Verwendung von Unterlagen, die personenbezogene Informationen über Betroffene oder Dritte enthalten, durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen

(1) Unterlagen, soweit sie personenbezogene Informationen über Betroffene oder Dritte enthalten, dürfen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen in dem erforderlichen Umfang für folgende Zwecke verwendet werden:

1. Rehabilitierung von Betroffenen, Vermissten und Verstorbenen, Wiedergutmachung, Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz,

2. Schutz des Persönlichkeitsrechts,

3. Aufklärung des Schicksals Vermisster und ungeklärter Todesfälle,

4. Ruhen von Versorgungsleistungen nach dem Versorgungsruhengesetz sowie Kürzung oder Aberkennung oder Ruhen von Leistungen, auf die das Versorgungsruhengesetz entsprechende Anwendung findet,

5. Aufklärung, Erfassung und Sicherung des Vermögens der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und der ehemaligen Rechtsträger mit Sitz in ihrem Gebiet sowie des Vermögens, das dem Bereich der Kommerziellen Koordinierung zugeordnet war,

6. Überprüfung der folgenden Personen nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit die Feststellung nicht mit den in § 20 genannten Unterlagen getroffen werden kann und es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat:

- a) Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung sowie sonstige in einem öffentlichrechtlichen Amtsverhältnis stehende Personen,
 - b) Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte so wie ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindefeil,
 - c) Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, und Angestellte in entsprechender Funktion,
 - d) Beschäftigte öffentlicher Stellen auf mit der Besoldungsgruppe A 9, der Entgeltgruppe E 9 oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe bewerteten Dienstposten, die unbeschadet der in Nummer 7 genannten Fälle eine leitende Funktion ausüben, sowie von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder der Vertretungs- und Aufsichtsorgane in Einrichtungen, bei denen sich die absolute Mehrheit der Anteile oder die absolute Mehrheit der öffentlichen Stimmen in öffentlicher Hand befindet; darüber hinaus können alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüft werden, wenn Tatsachen den Verdacht einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik rechtfertigen,
 - e) Berufsrichter und ehrenamtliche Richter,
 - f) Soldaten auf mit der Besoldungsgruppe A 13 oder höher bewerteten Dienstposten, die eine leitende Funktion ausüben, sowie Stabsoffiziere, die auf Dienstposten mit erheblicher Außenwirkung im integrierten Bereich (In- oder Ausland), im Attachédienst oder bei sonstigen Dienststellen im Ausland eingesetzt sind,
 - g) Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes sowie leitende Angestellte des Deutschen Olympischen Sportbundes, seiner Spitzenverbände und der Olympiastützpunkte, Repräsentanten des deutschen Sports in internationalen Gremien sowie Trainer und verantwortliche Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften,
 - h) Personen, die sich in den Fällen der Buchstaben a bis g um das Amt, die Funktion oder die Einstellung bewerben; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen,
7. Überprüfung der folgenden Personen nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit die Feststellung nicht mit den in § 20 genannten Unterlagen getroffen werden kann und es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat:
- a) Mitglieder des Beirats nach § 39 und des wissenschaftlichen Beratungsgremiums nach § 39a,
 - b) der Bundesbeauftragte und seine Beschäftigten,
 - c) die Landesbeauftragten nach § 38 und ihre Beschäftigten,
 - d) diejenigen Beschäftigten öffentlicher Stellen, die mit der Bearbeitung von Anträgen nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen oder Beruflichen Rehabilitierungsgesetz befasst sind,
 - e) Beschäftigte und ehrenamtliche Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder derjenigen sonstigen Einrichtungen, [nicht notwendig überwiegend] die mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone befasst sind,

f) Personen, die sich in den vorgenannten Fällen um das Amt, die Funktion oder die Einstellung bewerben; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen,

8. Sicherheitsüberprüfungen von Personen mit ihrer Kenntnis gemäß den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes und der Länder zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen,

9. Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Personen mit ihrer Kenntnis gemäß § 7 des Luftsicherheitsgesetzes und § 12b Absatz 2 Satz 3 des Atomgesetzes sowie § 5 Absatz 1 Nummer 6, § 7 Absatz 3 Nummer 3 der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen.

(2) Das besondere Verwendungsverbot nach § 5 Abs. 1 bleibt unberührt.

(3) Die Verwendung für die in Absatz 1 Nr. 6 genannten Zwecke ist nach dem 31. Dezember 2019 unzulässig. Unterlagen zu Auskünften und Mitteilungen, die im Zusammenhang mit früheren Überprüfungen bei den anfordernden Stellen angefallen sind, sind dem Bundesarchiv, dem zuständigen Landesarchiv oder kommunalen Archiv oder, bei Mitgliedern des Deutschen Bundestages, dem Archiv des Deutschen Bundestages anzubieten.

Ohne zeitliche Einschränkung können demnach weiterhin überprüft werden:

- Mitglieder des Beirats nach § 39 [StUG] und des wissenschaftlichen Beratungsgremiums nach § 39a,
- der Bundesbeauftragte und seine Beschäftigten,
- die Landesbeauftragten nach § 38 [StUG] und ihre Beschäftigten,
- diejenigen Beschäftigten öffentlicher Stellen, die mit der Bearbeitung von Anträgen nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen oder Beruflichen Rehabilitationsgesetz befasst sind,
- Beschäftigte und ehrenamtliche Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder derjenigen sonstigen Einrichtungen, [nicht notwendig überwiegend] die mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone befasst sind,
- Personen, die sich in den vorgenannten Fällen um das Amt, die Funktion oder die Einstellung bewerben.

Nunmehr soll die nur noch im Internet verfügbare „Handreichung für personalführende Stellen des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt zur Überprüfung von Beschäftigten und Bewerbern auf eine Tätigkeit für das MfS“ (Stand: 3. StUGÄndG) demnächst neu aufgelegt werden (in Abhängigkeit von den personellen Kapazitäten).

Bis zu dieser Neuauflage sei auf die „Handreichung zur Überprüfung von Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften und von kommunalen Wahlbeamten im Land Brandenburg auf hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit“ verwiesen – abrufbar unter www.aufarbeitung.brandenburg.de –, die speziell zum Stand des 7. StUGÄndG von 2006 erschienen ist.

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) [umfasst durch Fusion auch den ehem. Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. (BSV)]
- der Verband der Opfer des Stalinismus e. V. in Anhalt-Köthen
- die Interessengemeinschaft der Zwangsausgesiedelten (IGZwA)
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- das Bürgerbüro e. V. (über Neues Forum Halle (Saale))
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Zwischen diesen Vereinen und der Behörde des Landesbeauftragten gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit, die durch das gemeinsame Anliegen und das seit Jahren gewachsene, gegenseitige Vertrauen gekennzeichnet ist.

Regelmäßig stattfindende Verbändetreffen (19.01., 09.03., 18.05., 17.08., 16.11.2011) konnten auch im Jahre 2011 für einen regen Informations- und Meinungsaustausch sorgen, Probleme klären und auch Ideen zur weiteren gemeinsamen Aufarbeitung der Hinterlassenschaften der SED-Diktatur auf den Weg bringen.

Einer der Schwerpunkte der Treffen im Jahre 2011 war die Diskussion um die Einrichtung einer Informationsstelle für ehemalige Heimkinder in der DDR. Ebenso wurde diskutiert über das Projekt des Landesbeauftragten in Zusammenarbeit mit der Universität Magdeburg, Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie „Psychosoziale Beratung für SED-Verfolgte“, welches aufgrund fehlender Haushaltsmittel im Jahre 2011 nicht mehr fortgeführt werden konnte. Der Unmut über die Einstellung des Projektes wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht. Es war für die Teilnehmer der Psychosozialen Beratung für SED-Verfolgte eine sehr große Unterstützung mit den Spätfolgen der Traumatisierungen besser umzugehen.

Weiterhin wurde vielfach diskutiert über die Querelen um die Neubesetzung des Amtes des Landesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR in Sachsen-Anhalt, was bei den Opferverbänden ein tiefes Misstrauen und Unverständnis gegenüber der Politik in Sachsen-Anhalt hervorgerufen hat.

2.5. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten und der Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft 1945–1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Die Behörde des Landesbeauftragten arbeitet sehr eng mit allen drei Gedenkstätten zusammen. Die Gedenkstätten sind seit 1.1.2007 unter dem Dach der landeseigenen Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt zusammengefasst.

Infolge der Nichtbesetzung der Stelle des Landesbeauftragten sind sein Stellvertreter und dessen Vertreter als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied im konstitutiven Organ der Stiftung, dem Stiftungsrat, beteiligt.

Die Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt berichtet zum Jahr 2011:

Die Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt arbeitet eng mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt zusammen, die unter ihrem Dach derzeit sechs Gedenkstätten vereint.

Gesetzlicher Auftrag der Stiftung ist es, „durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weiter getragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.“

Drei der stiftungseigenen Gedenkstätten erinnern explizit an die Folgen kommunistischer Herrschaft. Am Beispiel der Geschichte der ehemaligen Untersuchungsanstalt Magdeburg-Neustadt dokumentiert die Gedenkstätte Moritzplatz die politische Verfolgung in der DDR durch Gerichte, Volkspolizei und Staatssicherheit. Am Standort der einst größten und wichtigsten DDR-Grenzübergangsstelle bezeugt die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zusammen mit dem Grenzdenkmal in Hötensleben auf eindrucksvolle Weise den menschenverachtenden Charakter des Grenzregimes, aber auch dessen gewaltlose Überwindung durch die Menschen in der DDR. Anhand der wechselvollen Geschichte als Strafvollzugsanstalt stellt die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) den politischen Missbrauch der Justiz sowohl für die Zeit 1933 bis 1945 als auch von 1945 bis 1989 dar.

Kooperationsbeziehungen der Behörde des Landesbeauftragten bestehen sowohl zur Leitungsebene der Stiftung als auch zu den drei genannten Gedenkstätten. So wirkt der Landesbeauftragte durch einen Beschluss des Landtages im Stiftungsrat, dem konstitutiven Organ der Stiftung, mit. In dieser Eigenschaft war er im Jahr 2011 u.a. an der Entscheidungsfindung zur Besetzung der Leiterstellen in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin beteiligt.

Zudem bestehen vielfältige institutionelle und persönliche Kontakte zwischen den Partnern. So sind einerseits mehrere der mit dem Landesbeauftragten kooperierenden Verbände ehemaliger politischer Verfolgter sowie Aufarbeitungsinitiativen im Beirat der Stiftung für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur vertreten. Andererseits wirken sowohl der Leiter als auch der Stellvertreter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg in dem vom Landesbeauftragten organisierten regelmäßigen Opferverbandstreffen für das Land Sachsen-Anhalt mit.

Schließlich arbeiten Vertreter der Behörde des Landesbeauftragten, der Gedenkstättenstiftung mit ihren Gedenkstätten gemeinsam mit den Vertretern weiterer Institutionen, Stiftungen und Vereinen im Arbeitskreis Aufarbeitung zusammen, der als gemeinsame Informations- und Diskussionsplattform dient. Die Federführung des Arbeitskreises lag 2011 in den Händen der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

Das Jahr 2011 stand u.a. im Zeichen des 20jährigen Bestehens der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und dem 50. Jahrestag des Mauerbaus in und um Berlin. Beide Jubiläen prägten den Veranstaltungskalender an den Gedenkstättenstandorten in Halle, Magdeburg und Marienborn. Besondere Höhepunkte waren u.a.:

- die Tagung „Trauma, Erinnerung und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen politischer Gewalt – 20 Jahre Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg“ (18.02.–19.02.2011);
- die Konferenz „Mauerbau, Grenze und Militarisierung der DDR“ der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und dem Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg in Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt (24.06.–26.06.2011);
- das Schülertreffen „Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen - 50 Jahre Mauerbau: Zeitzeugen berichten“ (Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz, der Gedenkstätte ROTER OCHSE, den Kultusministerien der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, 30.06.2011).

Daneben gab es weitere Veranstaltungen und Projekte, an denen der Landesbeauftragte und die Gedenkstättenstiftung bzw. einzelne Gedenkstätten als Kooperationspartner beteiligt waren:

- die Sonderausstellung: „Ästhetik und Politik – Deutsche Sportfotografie im Kalten Krieg“ (Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz, des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V., des LStU und des StadtSportbundes Magdeburg e.V., 15.02.–31.03.2011)
- die gemeinsame Präsentation der Stiftung und des LStU auf dem Sachsen-Anhalt Tag in der Hansestadt Gardelegen (24.–26.06.2011)
- die gemeinsame Unterstützung des Grenzdenkmalvereins Hötensleben e.V. bei der Ausrichtung des diesjährigen Workcamps vom 15.07.–05.08.2011
- die Vortragsveranstaltung „Der Hitler-Stalin-Pakt am 23. August 1939“ in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte mit dem LStU, 23.08.2011)
- das Halle-Forum 2011 zum Thema „War die DDR ein Unrechtsstaat? Diskursive Forschung versus ostalgische Verklärung“ (Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE, des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der Stiftung Rechtsstaat e.V., des LStU, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., 16.09.–17.09.2011)
- die Tagung in der Jugendwerkstatt Bauhof/Franckesche Stiftungen zu Halle: „Aufarbeitung versus Versöhnung? Das Verhältnis von Stasi und Kirche in der DDR unter Honecker und die offene Jugendarbeit in Halle“ (Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE, des LStU und des Vereins Zeitgeschichten e.V., 30.09.2011)

Darüber hinaus erfolgten erste Absprachen zur Einbindung des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Sachsen-Anhalt in die Arbeitsgemeinschaft zur Entwicklung der neuen Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die [am 9.3.] 2012 ihre Arbeit aufnimmt.

2.6. Die Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten, dem Bundesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert.

Im Juli 2009 hatte auch das Land Brandenburg ein Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (und zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften) erlassen, und am 18. Dezember 2009 wurde Frau Ulrike Poppe zur Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) des Landes Brandenburg gewählt und am 3. März 2010 vom Landtagspräsidenten zur Beamtin auf Zeit ernannt. Im Laufe der Jahre 2010–2011 wurde die LAKD auch mit Personal ausgestattet:

4 Mitarbeiter höherer Dienst, Aufgabenbereiche:

- politisch-historische Erwachsenenbildung (Tagungen, Diskussionsforen, Seminare, Ausstellungen); Konzeption und Umsetzung wissenschaftlicher Projekte
- Aufbaustab; Verwaltungsleiterin; Bildungswesen und politisch-historische Jugendbildung
- wissenschaftliche Forschungsprojekte; Forschungspläne für die LAKD-Behörde; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung und Auskunftserteilung für Betroffene und Institutionen, Bewertung von Unterlagen des MfS

2 gehobener Dienst (Bürgerberatung, auch bei Außenterminen; allg. Sachbearbeitung, Haushalt), 1 mittlerer Dienst (Sekretariat).

Hierzu ist Folgendes anzumerken: Eine Stelle für die Aufgabe der politisch-historischen Erwachsenenbildung war beim Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt nie vorgesehen, wäre aber sinnvoll und notwendig.

Zum Aufgabenbereich Bildungswesen/Schülerarbeit, für die neben der LAKD auch bei der TLStU eigene Stellen im höheren Dienst vorhanden sind, besteht beim Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt eine Kooperation mit „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e. V. (siehe unten 4.2.).

Die Behörden arbeiten eng zusammen und unterstützen sich bei Bedarf gegenseitig in der nach wie vor sehr wichtigen Arbeit.

Die vorhandenen nunmehr sechs Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme im Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitation Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit geworden. Durch ihre Beratungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sind sie zu einem wichtigen Faktor für die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung der jeweiligen Länder geworden. Sie sind darüber hinaus Ansprechpartner und Förderer von Vereinen und Institutionen, die sich mit der Bewältigung der zweiten deutschen Diktatur aber auch beider Diktaturen befassen. Durch die Neu-/Wiederwahlen der Landesbeauftragten in Berlin (November 2007), Mecklenburg-Vorpommern (Juli 2008) Thüringen (Oktober 2008), Brandenburg (Dezember 2009), Sachsen-Anhalt (November 2010; Ernennung hat aus anderen Gründen nicht stattgefunden) und Sachsen (März 2011) bekräftigten die Parlamente dieser Länder die Notwendigkeit der Weiterexistenz dieser Behörden.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich monatlich überwiegend in den Räumen des LStU Berlin gemeinsam mit einem Vertreter der Bundesstiftung Aufarbeitung. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen (Bundeskongress, Tag der deutschen Einheit, Buchprojekte) und der Diskussion spezieller Probleme der Zusammenarbeit. Im Jahre 2011 wurden insbesondere beraten:

- die 8. Novelle zum Stasi-Unterlagen-Gesetz
- die Organisation einer Weiterbildung für öffentliche Stellen zu Rehabilitierungsfragen
- Heimkinder aus der DDR
- Zusammenarbeit mit anderen Trägern von Diktatur-Folgen-Beratung

Einen besonderen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang die Abstimmung mit der Behörde des Bundesbeauftragten BStU ein. In regelmäßigen Abständen gab es zwischen der Behördenleiterin Herrn Roland Jahn (Amtszeit ab 15.3.2011) und den Landesbeauftragten einen Informationsaustausch. Besondere Diskussionspunkte waren in dem Zusammenhang die Problematik BStU versus Bundesarchiv, die strategische Ausrichtung des Außenstellennetzes des BStU und aktuelle Themen der Mediendiskussion. Durch die Wiederwahl eines Bundesbeauftragten im Januar 2011 hatte der Deutsche Bundestag die Notwendigkeit der eigenständigen Weiterexistenz dieser Behörde bekräftigt. Darüber hinaus gibt es aber auch auf der Mitarbeiterebene eine unkomplizierte Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Rechtsstandpunkten und der aktenbezogenen Bearbeitung von Problemen.

2.7. Die Zusammenarbeit mit den Außenstellen des BStU in Magdeburg und Halle

Es hat sich als großer Synergieeffekt erwiesen, die landesweite Beratungskampagne gemeinsam mit den Außenstellen Halle und Magdeburg des Bundesbeauftragten durchzuführen. Durch die logistische (Transportaufgaben), inhaltliche (Ausstellungen) und personelle Unterstützung der Außenstellen ist es möglich, mit jährlich ca. 30 bis 40 größeren Orten an alle Einwohner des Landes ein Beratungsangebot zu machen. Da die Bürgerinnen und Bürger mit dem Angebot eines schnellen Antragsverfahrens zur Einsicht in ihre Stasi-Akte mobilisiert werden ergibt sich für die Behörde des Landesbeauftragten die wichtige Möglichkeit, mit sehr vielen Bürgern des Landes in das Gespräch zu kommen. Dabei erfahren durch diese Beratungsgespräche eine große Zahl von Bürgern erstmals von ihren rechtlichen Möglichkeiten der Rehabilitierung und möglichen Wiedergutmachungsleistungen. Der Anteil dieser Bürger liegt erneut bei ca. 15 Prozent je Beratungstag, was auf das Jahr 2011 bezogen gut 280 Fälle ergibt.

Die durchschnittliche Anzahl der Erstanträge auf Akteneinsicht pro Monat betrug im Berichtszeitraum 858. Insgesamt 1.795 (Vorjahr: 1.594 Anträge/Erstanträge und Wiederholungsanträge) wurden bei den externen Beratungstagen des Landesbeauftragten entgegengenommen und in den Außenstellen des Bundesbeauftragten weiterbearbeitet. Hinzu kommen zahlreiche Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge), die im Büro der Behörde in Magdeburg entgegen genommen und ebenfalls weitergeleitet wurden. Das Interesse an der Einsicht in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch in Unterlagen anderer Staatsorgane der DDR ist ungebrochen. Im Allgemeinen konnten die durchschnittlichen Wartezeiten auf Einsicht in MfS-Unterlagen im Berichtszeitraum auf unter zwei Jahre gehalten werden.

Die damalige Einrichtung von den zwei Außenstellen mit den Archiven der ehemaligen Bezirksverwaltungen Halle und Magdeburg hat sich bewährt.

Der Landesbeauftragte hat bei beiden Außenstellen verschiedene Forschungsanträge in Bearbeitung. Die Ergebnisse der Recherchen fließen in die Schriftenreihe ein.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes von den Außenstellen Halle und Magdeburg mitgeteilt (Stand: 31.12.2011):

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Umfang des Aktenbestandes:	6.785 lfm* + 363 Behältnisse**	6.620 lfm* + 2.481 Behältnisse**
Davon vom MfS bereits archivierte Unterlagen:	2.400 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)	1.847 lfm (100 % personenbezogen zur Beauskunftung nutzbar)
Unterlagen der Dienststeinheiten einschl. Kreisdienststellen:	4.385 lfm	4.773 lfm
Davon erschlossen:	4.055 lfm	4.530 lfm
Vorvernichtetes Material (nicht erschlossen und auch einzelnen Dienst-einheiten derzeit nicht konkret zuordbar):	363 Behältnisse (ca. 349 lfm)	2.481 Behältnisse
Gesamtzahl der Bürger-anträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992:	151.401	201.880
- Anzahl der Anträge pro Jahr:		
1992	37.496	42.955
1993	4.981	5.262
1994	7.554	7.832
1995	10.807	12.489
1996	8.225	11.051
1997	7.853	13.755
1998	6.775	12.536
1999	8.341	11.282
2000	6.515	9.043
2001	5.858	8.401
2002	4.330	8.571
2003	3.560	6.049
2004	3.506	6.359
2005	3.581	5.692
2006	5.183	7.182
2007	5.565	8.428
2008	5.646	6.285
2009	6.390	7.293
2010	5.338	6.353
2011	4.238	6.059
- derzeit in Bearbeitung befindliche Aktenein-sichts-anträge:	Anträge von 2010/2011	Anträge von 2009/2011

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Erstanträge v. Bürgern auf Akteneinsicht 2011 pro Monat (durchschnittlich):	353	505
Besucher Museumsnacht	495	–
Besucher der monatlichen Führungen:	952	k. A.
Forschungsanträge (ges.):	402	320
Davon aus 2011:	12	26
Anträge öffentl. Stellen auf Rehabilitation, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren (ges.):	(einschl. Zuteilung 1.143 zentraler Eingang Opferrentenanträge) 22.835	(Zahl der in der Ast. Md registrierten Anträge; die Zahl der in Ast. bearbeit. Anträge ist höher:) 18.618
Davon 2011:	264	215

* lfm = laufende Meter Akten bzw. Dokumente

** Behältnisse vorvernichteten Materials

Am Sachsen-Anhalt-Tag in Gardelegen 24.–26.06.2011 wurden am gemeinsamen Stand des Landesbeauftragten mit den Außenstellen Halle und Magdeburg des Bundesbeauftragten, dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt und dem Opferverband VOS rund fünfhundert Besucher beraten und Anträge aufgenommen.

Zum Jahreswechsel wurde § 15 StUG modifiziert (Änderungen unterstrichen):

§ 15 Recht von nahen Angehörigen Vermisster oder Verstorbener auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe

(1) Nahen Angehörigen ist auf Antrag Auskunft zu erteilen

1. zur Rehabilitation Vermisster oder Verstorbener,
2. zum Schutze des Persönlichkeitsrechts Vermisster oder Verstorbener, insbesondere zur Klärung des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst,
3. zur Aufklärung des Schicksals Vermisster oder Verstorbener.

Nahen Angehörigen im Sinne des Absatzes 3 ist auf Antrag Auskunft zu erteilen, wenn und soweit sie sonstige berechnigte Interessen glaubhaft machen und keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen im Sinne von § 1 Absatz 1 Nummer 1 beeinträchtigt werden. In dem Antrag nach Satz 1 oder Satz 2 sind der Zweck, zu dem die Auskunft eingeholt wird, glaubhaft zu machen und das Verwandtschaftsverhältnis zu der vermissten oder verstorbenen Person nachzuweisen.

(2) § 13 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bis 6 gilt entsprechend.

(3) Nahe Angehörige sind Ehegatten, Kinder, Enkelkinder, Eltern und Geschwister. Als nahe Angehörige gelten hinsichtlich der leiblichen Eltern auch adoptierte Kinder sowie die leiblichen Eltern adoptierter Kinder, wenn nicht auszuschließen ist, dass der Staatssicherheitsdienst auf die Adoption oder auf das Schicksal der leiblichen Eltern Einfluss genommen hat.

(4) Als nahe Angehörige gelten auch Verwandte bis zum dritten Grad, wenn sie glaubhaft machen, dass keine nahen Angehörigen im Sinne von Absatz 3 vorhanden sind.

(5) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Vermisste oder Verstorbene eine andere Verfügung hinterlassen hat oder sein entgegenstehender Wille sich aus anderen Umständen eindeutig ergibt.

Nach der Änderung stieg die Zahl der Anträge nach § 15 StUG um ca. 80 % auf 1.135; das sind (weiterhin) nur 5 % der Anträge auf Akteneinsicht insgesamt, deren Zahlen Januar/Februar 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls um ca. 80% auf knapp 24.000 gestiegen sind (MZ vom 12.3.2012, Seite 4).

2.8. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung und der Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt

Im Jahr 1996 haben sich verschiedene Einrichtungen der politischen Bildung aus Sachsen-Anhalt zu einem Arbeitskreis „Aufarbeitung“ zusammengeschlossen. Hintergrund war eine dadurch bessere Möglichkeit der Abstimmung von gemeinsamen Veranstaltungen und die Vermeidung von Konkurrenzen bei besonderen historischen Jahrestagen. Auch waren so die Gedenkstätten von Sachsen-Anhalt mit anderen Trägern der Politischen Bildung besser vernetzt. Mit Gründung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt vereinfacht sich die Zusammenarbeit in dem Bereich, so dass Treffen weniger häufig nötig wurden.

Zum Arbeitskreis Aufarbeitung gehören inzwischen die Vertreter folgender Institutionen und Vereine:

- Landeszentrale für politische Bildung
- Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (mit den einzelnen Gedenkstätten)
- Kultusministerium
- BStU, Außenstelle Halle
- BStU, Außenstelle Magdeburg
- Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Konrad-Adenauer-Stiftung
- Edda Ahrberg, die ehemalige Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

In den letzten Jahren hat die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt die Geschäftsführung inne. In einer der letzten Beratungen wurde festgelegt, dass der Arbeitskreis einmal im Jahr, im Herbst zu einer Beratung eingeladen wird, um über die Vorhaben für das darauffolgende Jahr zu sprechen und Kooperationen zu vereinbaren. Daneben soll anlassbezogen eine Einladung erfolgen, wenn die Mitglieder des Arbeitskreises der Meinung sind, sich zu einem bestimmten Thema zu positionieren müssen. Letztes Beispiel dazu ist eine am 07.03.2012 anberaumte Beratung mit dem Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gleichstellung über den Umgang mit den von der Schließung betroffenen JVA's und wie an oder in den Gebäuden bei einer eventuellen Nachnutzung auf die politische Verfolgung in dem Gebäude hingewiesen werden kann. Ständige Themen sind die Vorbereitung des Gedenktages zum 23.08. und das Halle Forum, beides Veranstaltungen im Roten Ochsen in Halle (Saale)

3. Forschung zur Aufarbeitung in anderen Archiven

Durch das 8. StUGÄndG wurde die Position des Landesbeauftragten als Forschungseinrichtung i.S.d. Stasi-Unterlagen-Gesetzes festgeschrieben – Erfahrungen aus der Praxis hierzu liegen naturgemäß noch nicht vor (Änderungen unterstrichen):

§ 32 Verwendung von Unterlagen für die politische und historische Aufarbeitung

(1) Für die Forschung zum Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone sowie für Zwecke der politischen Bildung stellt der Bundesbeauftragte auf Antrag folgende Unterlagen zur Verfügung:

1. Unterlagen, die keine personenbezogenen Informationen enthalten,
2. Duplikate von Unterlagen, in denen die personenbezogenen Informationen anonymisiert worden sind, es sei denn, die Informationen sind offenkundig,
3. Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über
 - Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat, oder
 - Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes,
4. Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger, soweit es sich um Informationen handelt, die ihre zeitgeschichtliche Rolle, Funktions- oder Amtsausübung betreffen,
5. Unterlagen mit anderen personenbezogenen Informationen, wenn die schriftlichen Einwilligungen der betreffenden Personen vorgelegt werden; die Einwilligungen müssen den Antragsteller, das Vorhaben und die durchführenden Personen bezeichnen,
6. Unterlagen mit personenbezogenen Informationen zu Verstorbenen, deren Tod 30 Jahre zurückliegt; diese Schutzfrist kann auf zehn Jahre verkürzt werden, wenn die Benutzung für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Belange erforderlich ist und überwiegende schutzwürdige Belange nicht beeinträchtigt werden; ist das Todesjahr nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand festzustellen, endet die Schutzfrist 110 Jahre nach der Geburt; die Nummern 1 bis 5 bleiben unberührt,
7. Unterlagen mit personenbezogenen Informationen darüber hinaus, soweit
 - a) dies für die Durchführung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit an Hochschulen, an anderen Forschungseinrichtungen und bei den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik erforderlich ist,
 - b) eine Nutzung anonymisierter Informationen zu diesem Zweck nicht möglich oder die Anonymisierung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist und
 - c) der Empfänger der Informationen Amtsträger oder nach dem Verpflichtungsgesetz förmlich verpflichtet worden ist.

Unterlagen mit personenbezogenen Informationen nach Satz 1 Nr. 3, 4 und 7 dürfen nur zur Verfügung gestellt werden, soweit durch deren Verwendung keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der dort genannten Personen beeinträchtigt werden. Bei der Abwägung ist insbesondere zu berücksichtigen, ob die Informationserhebung erkennbar auf einer Menschenrechtsverletzung beruht.

(2) Unterlagen, die sich nach § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b bis d in besonderer Verwahrung befinden, dürfen nur mit Einwilligung des Bundesministers des Innern verwendet werden.

(3) Personenbezogene Informationen dürfen nur veröffentlicht werden, wenn

1. diese offenkundig sind,

2. es sich um Informationen handelt über

- Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, soweit diese nicht Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres betreffen, oder

- Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes,

3. es sich um Informationen handelt über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger, soweit diese ihre zeitgeschichtliche Rolle, Funktions- oder Amtsausübung betreffen, oder

4. die Personen, über die personenbezogene Informationen veröffentlicht werden sollen, eingewilligt haben,

5. es sich um Informationen über Verstorbene handelt, deren Tod 30 Jahre zurückliegt; diese Schutzfrist kann auf zehn Jahre verkürzt werden, wenn die Benutzung für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Belange erforderlich ist und überwiegende schutzwürdige Belange nicht beeinträchtigt werden; ist das Todesjahr nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand festzustellen, endet die Schutzfrist 110 Jahre nach der Geburt; die Nummern 1 bis 4 bleiben unberührt.

Durch die Veröffentlichung der in Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten personenbezogenen Informationen dürfen keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der genannten Personen beeinträchtigt werden. Bei der Abwägung ist insbesondere zu berücksichtigen, ob die Informationserhebung erkennbar auf einer Menschenrechtsverletzung beruht. Personenbezogene Informationen nach Satz 1 Nr. 5 dürfen nur veröffentlicht werden, soweit durch die Veröffentlichung keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen anderer Personen beeinträchtigt werden.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten sinngemäß auch für Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit.

3.1. Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt

Die Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt wurde in der JVA Halle I eingerichtet, um die Haftakten der einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes zusammen zu führen. Diese Unterlagen sind eine unverzichtbare Grundlage für die Rehabilitierung, für die Anerkennung gesundheitlicher Schädigungen im Zusammenhang mit Haft und für die persönliche Aufarbeitung. Im Jahr 2011 wurden 263 (Vorjahr: 295) Anfragen bearbeitet.

3.2. „Der Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe in der DDR“

Im Berichtszeitraum lief vom Landesbeauftragten beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen auch ein Forschungsprojekt zum Thema Kinderheime und Jugendhilfeausschüsse:

Im März 2009 wurde seitens des Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt eine Forschungsarbeit in Auftrag gegeben, die sich der Fragestellung zuwandte, ob bzw. inwieweit eine Zusammenarbeit des MfS mit den Jugendhilfeausschüssen in der DDR im Rahmen der Heimeinweisungspraxis nachweisbar sind. Das gesamte Projekt hatte insgesamt drei aufeinander aufbauende Bestandteile und Herangehensweisen:

- Teilnahme und Referat zum Workshop im Landtag in Erfurt 2009
- Forschungsbericht zur Praxis der strafrechtlichen Rehabilitierung von Heimkindern beim Landgericht
- Aktenrecherchen beim BStU

Im nun vorliegenden dritten Teil, dem Abschlussbericht, wurden MfS-Akten zur Thematik der Heimerziehung in der DDR, der Jugendwerkhöfe (JWH) sowie einschlägige Dienstanweisungen bzw. Anordnungen beim BStU eingesehen und ausgewertet. Personenbezogene Akten konnten aus Datenschutzgründen nicht mit herangezogen werden und lagen daher nicht vor. Dennoch konnten einige Fälle anhand der MfS-Akten nachgezeichnet werden, die bereits öffentlich wurden und im Kontext des MfS in Bezug zur Jugendhilfe in der DDR für diese Forschungsarbeit relevant wurden.

Ziel war es, in Akten historisch belegbare Fakten zur Arbeitsweise der Jugendhilfeausschüsse in Verbindung mit dem MfS im Rahmen der Heimeinweisungen systematisch zu recherchieren. Dabei galt es herauszufinden, ob und inwiefern Formen der Zusammenarbeit belegbar sind, die auf welchen Vorgaben und Richtlinien basierend, zwischen dem MfS und den Jugendhilfeausschüssen praktiziert wurden. Die Recherche in den Akten erfolgte anhand von Findbüchern im Landeshauptarchiv Magdeburg sowie in der zur Verfügung gestellten Vorauswahl der Aktenbestände beim BStU.

Eine lückenlose Rekonstruktion des Einflusses und der Zusammenarbeit zwischen MfS und Jugendhilfe in der DDR kann hier nur punktuell erfolgen, was dem vorliegenden Akten-Material geschuldet ist. In diesem Bericht werden daher die in den Akten nachweisbaren Beziehungen zwischen MfS und Jugendhilfe beispielhaft erwähnt, wobei auch auf Anordnungen und Dienstanweisungen fokussiert wird. Die Aktenrecherche kann jedoch nur eine Herangehensweise sein, dem Einfluss des MfS auf die Jugendhilfeausschüsse erkenntnisleitend näher zu kommen. Sachse weist diesbezüglich darauf hin, „sowohl die Gesetzeslage als auch die Praxis (der Heimeinweisung, K. D.) eröffneten eine Reihe von formellen und informellen Möglichkeiten, zwischen beiden Verfahren (formaler Akt der Jugendhilfe und Gerichtsurteil der Jugendgerichte, K. D.) zu wechseln, die sehr stark vom individuellen Ermessen der Akteure bestimmt waren. Insofern ist aus heutiger Sicht jeder Einzelfall zu untersuchen, um zu einem historisch gerechten Urteil zu gelangen.“ (Sachse 2010, 123f.)

Entsprechend diesem Fazit leistet die nun vorliegende Arbeit einen ersten Beitrag zur Erforschung einer Thematik, die bisher als Forschungsdesiderat gilt und in Akten selbst oft schwer nachweisbar ist.

(Dr. Kerstin Dietzel)

Der gutachterliche Abschlussbericht wurde dem Landesbeauftragten im Februar 2011 vorgelegt. Eine Veröffentlichung der Forschungsergebnisse wird angestrebt.

3.3. Eigene Forschungsvorhaben

In der Behörde des Landesbeauftragten wurden im Berichtszeitraum folgende Forschungsarbeiten weiter bearbeitet, unterstützt, oder neu beantragt:

- Das MfS und die Jugendhilfe und die Heimerziehung - Schwerpunkt Zwangsadoption
- MfS-Einfluss auf Zeugen Jehovas in Sachsen-Anhalt
- Zersetzungsmaßnahmen des MfS am Beispiel der Studentengemeinde Magdeburg

- Das sozialistische Veterinärwesen (aus der Sicht des MfS)
- Zwangsweise Einweisung von Frauen in die geschlossene venerologische Abteilung (am Beispiel der Stationen in Halle und Rostock)
- Die Thekenberge in Langenstein-Zwieberge (das militärische Objekt)
- Die Firmen Link (Sonor) und Trommelwaren (Trowa) in Weißenfels (unter Beobachtung durch das MfS)
- Die Beobachtung Magdeburger Regionalgesellschaft für ärztliche Psychotherapie durch das MfS
- Das Verhältnis der DDR zu Syrien und die Arbeit des MfS
- Die evangelische Studentengemeinde in Rostock (Die Beobachtung durch das MfS)
- Haftschicksale verfolgter Sozialdemokraten im „Roten Ochsen“ Halle von 1945–1953
- SMT-Verurteilungen in Sachsen-Anhalt
- Der Einfluss des MfS auf den Umgang mit subkulturellen, „negativ dekadenten“ Jugendlichen an DDR-Feiertagen unter besonderer Berücksichtigung der Verhaftungen am 07.10.1987 in Halle (Saale)
- DDR-Spionage gegen das Land Niedersachsen
- Die Einflussnahme des MfS auf die Schließung der Kunstgewerbeschule in Magdeburg 1963
- Die Observierung, Inhaftierung und Bearbeitung von Joachim Friedrich Marckstadt durch das MfS und andere Organe des Herrschaftssystems der DDR
- Der Künstlerkreis um Hans Oldenburger (Die Beobachtung durch das MfS)
- Die Verfolgung von NS-Verbrechen durch das MfS im früheren Bezirk Halle am Beispiel der Mitarbeiter der Geheimen Staatspolizei in Dessau und der Wachmannschaft des Konzentrationslagers in Roßlau
- Konspirative Wohnungen des MfS in Halle (Saale)
- Kinder und Jugendsport beim Sportclub Dynamo (Einfluss des MfS – Doping)
- Das Bistum Magdeburg sowie die katholischen Gemeinden St. Peter und St. Paul in Dessau-Rosslau
- Überwachung Ausreisewilliger durch die Kreisdienststelle Haldensleben
- Bibliotheken mit Abteilungen für spezielle Forschungsliteratur
- Kinder und Jugendliche als inoffizielle Mitarbeiter des MfS
- Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee auf die deutsche Zivilbevölkerung in der Provinz Sachsen, dem damaligen Land Sachsen-Anhalt und der ehemaligen DDR unter Berücksichtigung der Auswertung dieser Übergriffe durch das Ministerium für Staatssicherheit und seine Vorläuferorganisation
- Der 17. Juni 1953 in der Stadt Halberstadt und im ehemaligen Kreis Halberstadt. Insbesondere die Aktivitäten in den Betrieben wie im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW), Halberstädter Konserven (Halko), Maschinenbau Halberstadt (MBH) und anderen Betrieben so wie im Bereich des Bahnhofs Halberstadt
- Struktur und Arbeitsweise der Kreisdienststelle des MfS in Köthen

- Der Einfluss des MfS auf die Bereiche der Jugendhilfe (Jugendhilfeausschüsse) in der ehemaligen DDR“:

Im Berichtszeitraum beantragte der Landesbeauftragte beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen auch ein Forschungsprojekt zum Thema Kinderheime und Jugendhilfeausschüsse:

Ein Grund für die Beantragung des Forschungsprojektes war, dass am 13. Mai 2009 das Bundesverfassungsgericht zum Aktenzeichen 2 BvR 718/08 eine (ablehnende) Entscheidung in einem Rehabilitierungsverfahren wegen Einweisung in ein Kinderheim des Oberlandesgerichts Naumburg vom 10. März 2008 – 1 Ws Reh 131/08 – aufgehoben und zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen hat. Seit dieser Entscheidung haben die Landgerichte in hohem Maße Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation registriert (bundesweit schätzungsweise ca. 6.000), denen nicht eine Haft, sondern eine Heimeinweisung zu Grunde liegt.

Ein Forschungsstand in diesem Bereich ist nicht vorhanden.

Aus diesem Grund soll der Einfluss des MfS auf die Jugendämter, Jugendhilfeausschüsse und andere Einrichtungen der Jugendhilfe untersucht und gutachterlich dargestellt werden. Damit soll untersucht werden, ob es letztlich einen Einfluss des MfS auf die Einweisung in Kinderheime der DDR gegeben hat.

Die Akteneinsicht wird Frau Dr. Kerstin Dietzel (Hochschule Magdeburg-Stendal) wahrnehmen. Da die Rechtsprechung für ihre Entscheidung auf entsprechende Forschungsergebnisse angewiesen ist, ist eine gewisse Eilbedürftigkeit gegeben. Eine Veröffentlichung in der Broschürenreihe ist nach Abschluss der Forschungsarbeit vorgesehen. Das Gutachten wurde jetzt abgeschlossen und wurde in diesen Tagen von der Autorin dem Unterzeichner übergeben (siehe oben 3.2.).

- Der Einfluss des MfS auf das Projekt „Entwicklung der Wirbelschichttrocknungsanlage“
- Der Einfluss des MfS auf die Wochenkrippen, Wochenkindergärten und Wochenheime in der ehemaligen DDR“

Die Forschungsprojekte werden vorwiegend von Studentinnen und Studenten bearbeitet, dass erklärt, warum sich die Projekte teilweise über Jahre hinziehen, weil die jungen Wissenschaftler die Arbeiten neben ihrem Studium bewältigen müssen. Der Vorteil liegt auf der Hand, die Arbeiten sind wissenschaftlich fundiert und zum Anderen ist es etwas Besonderes, wenn sich junge Menschen für die Aufarbeitung der SED-Diktatur entscheiden und dazu ihre Bachelor und Masterarbeiten schreiben. Etwas aufwendig ist das Prozedere mit dem Antragstellerwechsel. Die Studentinnen und Studenten beginnen in der Regel mit einem Praktikum in der Behörde. In dem Praktikum kristallisiert sich ein Forschungsprojekt heraus. Wir werden Antragsteller und leiten das Forschungsprojekt bei dem Bundesbeauftragten ein. Dann ergibt sich manchmal die Situation, dass die Studentinnen und Studenten, das Forschungsthema für Ihre Bachelor-Arbeit wählen. Dafür muss ein Antragstellerwechsel erfolgen und die Universität wird Antragsteller bis die Bachelor-Arbeit fertig ist. Sollten dann die Studentinnen oder Studenten weiter mit uns an dem Projekt forschen wollen, ist ein erneuter Antragstellerwechsel bei dem Bundesbeauftragten an uns zurück notwendig. Das geht inzwischen problemlos. Einige der hier aufgeführten Projekte sind keine Projekte bei dem Bundesbeauftragten, bzw. sind dort bereits abgeschlossen, laufen aber bei uns als Projekte weiter, weil noch keine Veröffentlichung erfolgte, bzw. noch andere Archive angefragt und in die Forschung mit einbezogen wurden.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Der Landesbeauftragte ist gesetzlich verpflichtet, über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und deren Folgen in Sachsen-Anhalt zu informieren. So war die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Behörde auch im Jahre 2011 mehr denn je gefordert, um auch alle Bevölkerungsschichten zu erreichen und über die Zeit der DDR-Diktatur aufzuklären. In Zusammenarbeit mit den im Lande ansässigen Bildungsträgern wurden dazu verschiedene Veranstaltungen, Buchveröffentlichungen und Bildungsveranstaltungen durchgeführt (siehe unten 4.4.).

In unserem monatlich erscheinenden Rundbrief wurde die Bevölkerung über aktuelle Veranstaltungen, Ausstellungen, Fernseh- und Radioberichten zum Thema regelmäßig informiert, der einen Verteilerschlüssel von ca. 400 Empfängern hat und großen Zuspruch in der Bevölkerung erfährt.

Auch in diesem Jahr widmeten wir uns verstärkt dem Ziel der Verbesserung der Schulstoffvermittlung über die SED-Diktatur. Viele junge Menschen können sich ein Leben unter diktatorischen Verhältnissen nur noch schwer vorstellen. Wer bisher nur die Demokratie erlebt hat, erkennt nicht mehr selbstverständlich ein totalitäres System als Fehler. Eine Studie zeigte, dass je mehr Schüler über die DDR wissen, umso negativer urteilen sie und je weniger sie wissen, umso positiver fällt ihre Bewertung aus. Daher hat das Ziel der verstärkten Wissensvermittlung an Schüler auch in Zukunft Priorität in unserer Öffentlichkeitsarbeit.

4.1. Broschüren und Info-Blätter

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ wurde aufgegeben. Die Bände 1 bis 20 der Reihe "Betroffene erinnern sich" und die Bände 1 bis 38 der Reihe "Sachbeiträge" gelten als Bände 1 bis 58 der Schriftenreihe des Landesbeauftragten, die Broschüren der Jahre 2006 bis 2009 als Bände 59 bis 67.

Weiterhin werden die Broschüren nur auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Die Broschüren werden – soweit nicht über den Buchhandel erhältlich – nach wie vor (soweit die Nutzungsrechte vorhanden sind) in das Internet eingestellt und, wenn vergriffen, gelegentlich auch auf Wunsch kopiert, da nicht alle Interessenten über einen Internetzugang verfügen.

Im Berichtszeitraum erschienene Druckerzeugnisse:

Informationen der Behörde

- 17. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten (Landtagsdrucksache Sachsen-Anhalt 5/3162)
- Faltblatt „Gedenkstätten, Vereine und Behörden zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Sachsen-Anhalt“ (Neuaufgabe, Stand 29.08.2011)
- Faltblatt „Rehabilitierung von SED-Unrecht“ (Neuaufgabe, Stand 31.08.2011)
- Faltblatt „Publikationsverzeichnis“ (korrigierte Auflage, Stand 02.09.2011)

4.2. Gymnasiumsinitiative unter dem Thema: 50 Jahre Mauerbau – 20 Projekte „DDR-Geschichte in der Schule“

Gedenkjahr 2011 – Betonierung der deutschen Teilung am 13. August 1961

Bildungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte an den Gymnasien und Sekundarschulen des Landes Sachsen-Anhalt

2010 jährte sich der Demokratisierungsprozess der DDR und die deutsch-deutsche Vereinigung zum zwanzigsten Mal. In zahlreichen Veranstaltungen wurde auch in Sachsen-Anhalt dieses Ereignisses gedacht. Allein die Behörde des Landesbeauftragten organisierte 20 Projekttag vorwiegend an Gymnasien zwischen Magdeburg und Zeitz.

Genug erinnert? Ganz sicher nicht. Dabei ist die Tatsache, dass sich das Datum des Mauerbaus im nächsten Jahr rundet, zwar der Anlass, aber nicht der Grund: Wurden doch die Berliner Mauer und der Stacheldrahtzaun an der Westgrenze zum Symbol der Menschen verachtenden Politik der DDR-Staatsführung.

Bereits die Planung der vollkommenen Abschottung der DDR-Bürger begann mit einer Lüge: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“ tönte Walter Ulbricht noch im Juni 1961 vor der internationalen Presse. Nicht einmal zwei Monate später geschah das Unvorstellbare: Berlin wurde unüberwindbar geteilt und der Todeszaun an der Staatsgrenze perfektioniert. Die zweite Lüge folgte unmittelbar, die Bezeichnung dieser Bauwerke: Angeblich war ein „Antifaschistischer Schutzwall“ errichtet worden.

Genau hier lag der pädagogische Ansatz, das Thema „Mauerbau“ in der nächsten Projektreihe aufzugreifen. In einer Zeit des erstarkenden Rechtsextremismus und einer unsäglichen NPD, muss ganz klar sein, was Faschismus und was Antifaschismus ist und heute bedeuten. Dafür reicht der traditionelle Geschichtsunterricht über die Nazizeit nicht aus. Deren Rezeption der zweiten deutschen Diktatur muss in diesem Zusammenhang betrachtet und vermittelt werden.

Deshalb hat die Behörde des Landesbeauftragten auch im Jahr 2011, gemeinsam mit der Regionalen Arbeitsgruppe des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“ eine Reihe von Schulprojekten und Lehrerfortbildungen durchgeführt. Um eine möglichst große Zahl von Jugendlichen zu erreichen und neben der Faktenvermittlung die Jugendlichen auch emotional anzusprechen, haben wir wieder Projektunterricht angeboten. Vorgesehen waren Unterrichtseinheiten mit einem Zeitumfang von zwei bis drei Doppelstunden (10.-12. Klasse entsprechend Rahmenlehrplan). Zusätzlich konnten am jeweiligen Nachmittag eine durch das LISA anerkannte Lehrerfortbildung und ggf. am Abend eine Veranstaltung gemeinsam für Lehrer, Eltern und Schüler organisiert werden.

Bei den Unterrichtsprojekten handelt es sich um didaktisch und methodisch vorbereitete, die Alterstufen ansprechende, Doppelstunden. Das erste Projektmodul wird sich dabei auf jugendbezogene DDR-Geschichte konzentrieren, in diesem Jahr mit dem inhaltlichen Schwerpunkt auf dem Ereignis des Mauerbaus und seinen Folgen. In einem zweiten Modul werden wir Gelegenheit nehmen, in Form von Interviews und moderierten Gruppengesprächen unsere Erfahrungen mit der DDR als „antifaschistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ sowie die Arbeit der Behörde vorzustellen.

Die Projektmodule sind in bewährter Weise vom Landessprecher von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“, Dipl.-Päd. Theol. Lothar Tautz, jugendgemäß medial aufbereitet. In diesem Jahr geschah das unter der organisatorischen und inhaltlichen Leitung einer für das Thema besonders kompetenten Mitstreiterin: Annette Hildebrandt, Leiterin eines Projektbüros für politische Bildung, die als „Mauerkind“ authentisch über ihre Kindheit und Jugend an der Berliner Sektorengrenze berichtet hat. Die Festlegung weiterer thematischer Schwerpunkte erfolgte in Absprache mit den fachlich zuständigen Lehrkräften. Dabei war die breite Gedenkstättenlandschaft Sachsen-Anhalts zu beachten (insbesondere Gedenkstätte Deutsche Teilung, Marienborn und Grenzdenkmal Hötensleben).

Im Jahr 2011 wurden gemeinsam mit der Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 15 Schulprojekte in 9 Schulen (25 Lehrkräfte, 500 Schüler/innen) zum Thema DDR-Geschichte („20 Jahre Herbstrevolution 1989“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“) in Sekundarschulen und Gymnasien des Landes sowie Multiplikatorenschulungen/Lehrerfortbildungen (150 Personen) durchgeführt:

Schulprojekte DDR-Geschichte 2011

Nr.	Termin	Ort	Schule/Institution	Bemerkungen
1	Sa 26.02.	Suhl	Geschichtsmesse	Podiumsgespräch „Teilungsgeschichte im Unterricht“, 200 TN
2/3	Mi 16.03.	Lutherstadt Eisleben	Martin-Luther-Gymnasium	zwei 12. Klassen
4	Fr 25.03.	Magdeburg	LStU	Pressegespräch mit der Volksstimme
5	Di. 5.4.	Hohemölsen	Agricola-Gymnasium	zwei 12. Klassen
6	Do 26.05.	Halle/S.	LISA Halle, FG 24	Medienstellenleiter/innen
8/9	Di. 28.6.	Zeitz	Geschwister-Scholl-Gymnasium	vier 10. Klassen
10	Mo 4.7.	Wittenberg	Lucas-Cranach-Gymnasium	zwei 10. Klassen
11	Mi. 6.7.	Magdeburg	Hegel-Gymnasium	zwei 10. Klassen
12	Do. 7. 7.	Magdeburg	Hegel-Gymnasium	zwei 10. Klassen
13–16	Di 11.10.	Stassfurt	Dr.-Frank-Gymnasium	zwei 10.Klassen 10. u. 12. Klasse zwei 12.Klasse
17	Fr. 11.11.	Magdeburg Roncallihaus	LISA Halle, Herbstkurs Zeitgeschichte	LFB
18	Mo 14.11.	Schulpforta	Landesschule Pforta	Klassenübergreifend
19	Di 15.11.	Wittenberg	Luther-Melanchthon-Gymnasium	zwei 12. Klassen
20	Do 24.11.	Weißenfels	Goethe-Gymnasium	zwei 10. Klassen

Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit dem Landessprecher von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ und dem Projektbüro Hildebrandt der Medienkooper „DDR-Geschichte“ weiterentwickelt, der nochmals bei der Suhler Geschichtsmesse (Februar 2011) vorgestellt werden konnte.

Die Schulprojekte werden im Jahr 2012 fortgesetzt.

4.3. 15. Bundeskongress „Der lange Schatten der Mauer“

Wie schon 2001 in Halle (Saale) und 2006 in Königsutter, war auch die Vorbereitung des 15. Bundeskongresses der in Zuständigkeit des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen von Sachsen-Anhalt stattfand, eine große Herausforderung für die kleine und durch die Vakanz in der Stelle des Landesbeauftragten unterbesetzte Behörde.

Über ein Jahr zieht sich so eine Vorbereitung hin. Von der ersten Kontaktaufnahme mit dem Hotel im Jahre 2009 bis zur Begrüßung der Gäste am Eröffnungsabend ist es ein langer Weg mit logistischen und inhaltlichen Aufgaben. Für die logistischen Aufgaben standen uns zwei hervorragende Fachfrauen zur Verfügung. Frau Annett Woche vom Radison Blu Hotel und Frau Ziemba, Referentin im Büro des Oberbürgermeisters waren unsere kompetenten Ansprechpartner vor Ort und mit den beiden Damen war die Vorbereitung und auch die Durchführung ein sehr gut strukturiertes Ereignis, weil beide auch eine gute Erfahrung mit einbringen konnten, aus ähnlichen Großveranstaltungen in Dessau-Roßlau.

Die inhaltliche Arbeit lief ausschließlich in der Landesbeauftragtenkonferenz in Berlin, in der Dr. Laßleben den Landesbeauftragten vertrat und vertritt. Er brachte von dort die Aufgaben für die Behörde mit und stimmte den anderen Landesbeauftragten die Entwürfe bis zur Druckreife ab.

Dann beginnt die heiße Phase in den Wochen davor. Wenn die Einladungen verschickt und die Anmeldungen eintreffen, gilt es Ruhe zu bewahren und strukturiert zu arbeiten, damit jeder Referent weiß wann er reden muss und jeder Teilnehmer ein Bett hat, wenn er es benötigt.

Die Aufregung steigt ins Unermessliche am Eröffnungsabend, wenn die Ehrengäste, wie der Ministerpräsident, der Oberbürgermeister und der Kirchenpräsident, so wie Landtagsabgeordnete anreisen und zu begrüßen sind.

Lesen Sie hier die Begrüßungsansprache des stellvertretenden Landesbeauftragten

Herzlich willkommen im Radison Blu Fürst Leopold Hotel in Dessau-Roßlau, herzlich willkommen zum 15. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen.

Schön, dass Sie da sind!

Eigentlichen wollten wir uns heute Abend mit Ihnen im Technikmuseum Hugo Junkers treffen und unter den Flügeln der JU 52, der Tante JU, das Buffet einnehmen, aber, wie wir leider erst am Dienstag dieser Woche erfahren haben, findet heute Abend in unmittelbarer Nähe ein Heavy-Metal-Konzert mit erwarteten 8.000 Fans statt und da haben wir kurzfristig – und ich bin an dieser Stelle dem Hotel namentlich Frau Woche, dem Technikverein namentlich Frau Dietrich und dem Büro des Oberbürgermeisters, Frau Ziemba sehr dankbar, dass sie alle vertragsmäßig so entgegenkommend waren, – haben wir kurzfristig alles umgeändert und sind nun hier.

Die Sicherheit und der ungestörte Verlauf dieser Eröffnung des Kongresses hatten für uns oberste Priorität und so bin ich jetzt doch sehr erleichtert, dass wir alles noch so gut hinbekommen haben.

Ich begrüße ganz herzlich den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reiner Haseloff mit seiner Ehefrau. Vielen Dank, dass Sie es einrichten konnten zu kommen, geben Sie doch mit Ihrer Anwesenheit dem Kongress die landesweite und bundespolitische Bedeutung, die dieser Kongress auch verdient.

Neben Ihnen hat Landtagsvizepräsident, Herr Dr. Gerhard Miesterfeldt Platz genommen, er ist zugleich auch hier in Vertretung der Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag Frau Kathrin Budde. Herzlich willkommen.

Ich begrüße weiter den Vorsitzenden der Fraktion die Linke im Landtag, Herrn Wulf Gallert. Herzlichen willkommen in unsere Runde. Außerdem begrüße ich ganz herzlich den Staatssekretär im Justizministerium, Herrn Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer. Sie vertreten heute die Justizministerin, herzlichen Dank für Ihr Kommen und richten Sie Grüße an die Ministerin aus.

Herzlich begrüße ich auch den Abteilungsleiter 3 im Sozialministerium Winfried Reckers, der den Sozialminister vertritt. Ich weiß, Herr Reckers, Sie nehmen am ganzen Kongress teil und es wird bestimmt genug Zeit geben, über die Begutachtung von Haftfolgeschäden und die Auswahl der Gutachter und über die niederschwellige Langzeitberatung und vieles andere zu reden.

Mit Ihnen am Tisch sitzt in Vertretung des Leiters des Landesverwaltungsamtes in Dessau-Roßlau, Herr Wilfried Nickels, er ist zugleich Referatsleiter im Referat 210 und für die Rehabilitierung nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zuständig. Er wird auch alle 3 Tage am Kongress teilnehmen als Tagesgast, er wohnt hier in Dessau. Herzlich willkommen und auch da, denke ich, wird es eine ganze Menge Gespräche geben.

Ganz besonders herzlich begrüße ich den Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, Herrn Klemens Koschig. Ihm verdanken wir den anschließenden Sektempfang und ihm verdanken wir eine sehr gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Kongresses. Herzlichen Dank für den Willkommenssekt und vor allem für Ihr Kommen.

An Ihrer Seite sitzt der Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalt, Herr Joachim Liebig, herzlichen Dank das Sie hier sind und ich freue mich auch schon auf Ihr Grußwort.

Als Mit-Veranstalter begrüße ich am Tisch die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, aus Brandenburg Frau Ulrike Poppe, aus Schwerin Frau Marita Pagels-Heineking, aus Erfurt Frau Hildigund Neubert, aus Berlin Herrn Martin Gutzeit und aus Sachsen vorab schon mal Herrn Lutz Rathenow, der Morgen anreisen wird.

Und dann begrüße ich ganz besonders für die Bundesstiftung Aufarbeitung die Geschäftsführerin Frau Dr. Anna Kaminsky und Ihren Stellvertreter Herrn Dr. Robert Grünbaum.

Das Thema des Kongresses lautet, „Der lange Schatten der Mauer“ und er hebt ab auf den 50. Jahrestag des Mauerbaus, den wir in diesem Jahr begehen. 50 Jahre Mauerbau, dass ist weiß Gott kein Grund zum feiern, aber ganz sicher ein Grund, um sich auf die Suche nach der historischen Wahrheit zu machen.

Manche Historiker geraten dabei geradezu in Verückung und behaupten steif und fest, sie hätten genau die historische Wahrheit gefunden und der größte Feind sei lediglich der Zeitzeuge, der alles viel genauer weiß und davon überzeugt ist, dass alles genauso war, wie er es erlebt hat und beschreibt ohne sich von den Aussagen des Historikers beeinflussen zu lassen.

Dagegen spricht dann der Zeitzeuge von unerlaubten Methoden mit dem die Geschichte analysiert und seziiert wird, gleichsam mit dem Skalpell zerschnitten, wo dann nichts mehr bleibt, woran man sich festhalten oder aufrichten kann. Wo Zahlen und Fakten regieren und die Erlebnisse auf der Strecke bleiben, Leiderfahrung und biografische Umbrüche keine Rolle mehr spielen. Bei solch einem Kongress – und das ist das Spannende – treffen Zeitzeugen und Historiker aufeinander und reden miteinander und das ist das Tolle und mir fiel ein Satz dazu ein:

„Geschichten sind Orte in denen die Wahrheit wohnt“.



- aktualisiertes Programm -

FREITAG | 27. MAI 2011

- 15.00–18.00 Uhr Anreise zum Hotel Fürst Leopold in Dessau – Kaffee und Gebäck werden gereicht
(der Transfer zum Technikmuseum Hugo Junkers entfällt!)
- 19.00 Uhr **Begrüßung: Christoph Koch**, Stellvertreter des Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt
Klemens Koschig, Oberbürgermeister Dessau-Roßlau
Grußworte: Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt
Joachim Liebig, Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts
Empfang durch Oberbürgermeister **Klemens Koschig**
- Eröffnungsvortrag Mauer – Staatsgrenze – »Antifaschistischer Schutzwall«**
Dr. Stefan Wolle, Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin
- 20.00 Uhr Abendessen im Hotel

SAMSTAG | 28. MAI 2011

- 9.00 Uhr **Podium Das Grenzregime der DDR**
Dr. Jürgen Emmrich, Zeitzeuge
Dr. Sascha Möbius, Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
Marie-Luise Tröbs, Zeitzeugin, Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.
Achim Walther, Zeitzeuge
Moderation **Hildigund Neubert**, LStU Thüringen
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr **Podium Flucht und Ausreise**
Volker Heinz, Zeitzeuge
Joachim Heise, Zeitzeuge
Dr. Hans-Hermann Hertle, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Sibylle Schönemann, Zeitzeugin
Moderation **Ulrike Poppe**, LAKD Brandenburg
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr **Grußwort Roland Jahn**, BStU
- 14.15 Uhr **Berichte** aus den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen
Moderation **Marita Pagels-Heineking**, LStU Mecklenburg-Vorpommern
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- ab 16.00 Uhr Stadtrundfahrten, parallel Filmvorführung »Verriegelte Zeit« von Sibylle Schönemann
- 18.00 Uhr Abendessen im Hotel
- ab 19.00 Uhr Transfer zur Marienkirche Dessau (Schlossplatz)
- 20.00 Uhr Theatervorstellung in der Marienkirche Dessau »Das Leben der Anderen«

SONNTAG | 29. MAI 2011

- 9.00 Uhr **Podium Anerkennung gesundheitlicher Schäden politischer Verfolgung**
Winfried Reckers, Abteilungsleiter im Min. für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
Hartmut Richter, Zeitzeuge
Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Beratungsstelle Gegenwind, Berlin
Moderation **Jens Planer-Friedrich**, LStU Berlin
- 10.30 Uhr **Podium Das Urteil über die Mauer. Ist nach 20 Jahren schon alles aufgearbeitet?**
Michael Cramer, MdEP, Projekt Iron Curtain Trail
Prof. Dr. Thomas Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Gerald Praschl, Chefreporter der SUPERillu
Dr. Joachim Riedel, ehem. Zentrale Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität
Moderation **Dr. Jens Hüttmann**, Bundesstiftung Aufarbeitung
- 12.00 Uhr Ausgabe der Lunchpakete
- ab 12.00 Uhr Transfer zur Friedensglocke neben dem Rathaus (Zerbster Str., Parkmöglichkeit Schlossplatz)
- 13.00 Uhr **Gedenkveranstaltung und Andacht** mit Frau Landesbischöfin Ilse Junkermann an der Friedensglocke

Das ist nicht der Anspruch dass an einer erzählten Geschichte alles wahr ist, denn wir sind Menschen, unterliegen Sinnestäuschungen und haben manchmal auch Erinnerungslücken.

Fragen Sie einen Gehirnspezialisten und Psychologen, der wird Ihnen Erstaunliches über Ihr Gehirn erzählen und wie wenig verlässlich es eigentlich ist, wenn es darum geht, sich genau zu erinnern. Andererseits sind Geschichten aber auch keine reinen Erfindungen, in ihnen wohnt Wahrheit nämlich die Wahrheit dessen, der sie erzählt.

Lassen Sie uns in diesen Tagen die Wahrheit in der Vergangenheit gemeinsam suchen und gemeinsam als Zeitzeugen und als Historiker entdecken, wie das war vor 50 Jahren und in der Zeit danach, eingesperrt wie ein Tier im Käfig, unfrei im Reden, Handeln und Reisen.

Ich wünsche uns gute Gespräche, aufschlussreiche Vorträge und ein harmonisches Miteinander an diesem Wochenende und beginnen wollen wir deshalb gleich mit den Grußworten unserer Ehrengäste:

Der Kongress war nach Aussagen der Teilnehmer und der Mitveranstalter ein großer Erfolg und alle sind am Sonntag zufrieden nach Hause gefahren. Einzelheiten zu den Veranstaltungen lesen sie im Tagungsband nach, der Ihnen auf Wunsch von der Behörde zugesandt wird.

Der nächste Kongress wird 11.–13. Mai 2012 in Erkner stattfinden.

4.4. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum konnten wieder zahlreiche Veranstaltungen zusammen mit anderen Kooperationspartnern durchgeführt werden. Zu nennen sind hier folgende:

15.02.2011	Magdeburg	Ausstellungseröffnung in der Gedenkstätte am Moritzplatz „Ästhetik und Politik“ zusammen mit der Gedenkstätte Moritzplatz. Die Ausstellung wurde vom 15.2.-31.3.2011 in der Gedenkstätte präsentiert.
24.–26.02.2011	Suhl	Geschichtsmesse: Vorstellung des Medienkoffers
02.03.2011	Halle	Podiumsveranstaltung mit der Landesbischöfin der evangelischen Kirche Mitteldeutschlands Frau Ilse Junkermann und mit den Vertretern der Opferverbände aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Thema „Versöhnung“, zusammen mit der Thüringer Landesbeauftragten
27.–29.05.2011	Dessau	15. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen in Dessau-Rosslau. Lesen Sie dazu auch den Tagungsband, der in unserer Behörde erhältlich ist.
01.–05.06.2011	Dresden	Gemeinsamer Stand beim Deutschen Evangelischen Kirchentag
17.06.2011	Magdeburg	Kranzniederlegung in der Gedenkstätte am Moritzplatz
24.–26.06.2011	Gardelegen	Gemeinsamer Stand beim Sachsen-Anhalt-Tag

23.08.2011	Halle	Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts
23.–24.09.2011	Halle	Halle-Forum „Roter Ochse“
01.–03.10.2011	Bonn	Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit: Gemeinsame Präsentation der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
02.–03.11.2011	Magdeburg	Tagung Moritzplatz „Stasi-(Untersuchungs-)Haft – Quellen, Forschung und Gedenkstätten“
02.03.2012	Magdeburg	Fachinformationstag für ehem. Heimkinder gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales

Zusätzlich wurden von Mitarbeitern der Behörde des Landesbeauftragten Grußworte in Sachsen-Anhalt auf verschiedenen Veranstaltungen gehalten, u. a.:

11.03.2011	Burg	Ausstellungseröffnung „Die Mauer – Eine Grenze durch Deutschland“
25.03.2011	Bad Bibra	Ausstellungseröffnung „Die Heile Welt der Diktatur – Herrschaft und Alltag in der DDR“
04.06.2011	Halle	Treffen der Workutaner
20.06.2011	Weißenfels	Ausstellungseröffnung „Die Mauer – Eine Grenze durch Deutschland“
12.07.2011	Köthen	Ausstellungseröffnung „Die Mauer – Eine Grenze durch Deutschland“
13.08.2011	Hötensleben	Kranzniederlegung zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer
13.09.2011	Wernigerode	Ausstellungseröffnung „Die Mauer – Eine Grenze durch Deutschland“
31.08.2011	Lu. Wittenberg	Ausstellungseröffnung „Die Heile Welt der Diktatur – Herrschaft und Alltag in der DDR“
04.–06.11.2011	Berlin	geschlossene Fachtagung „Verpflichtet zum aufrechten Gang ...“
12.11.2011	Magdeburg	Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

4.5. Rundbrief

Der Rundbrief wird monatlich erstellt und in Kopie an Multiplikatoren, Einrichtungen der politischen Bildung und mit dem Thema befasste Behörden versandt. Er enthält Hinweise auf Veranstaltungen, welche sich mit totalitärer Herrschaft und den Folgen für die Einzelnen beschäftigen sowie Hinweise auf Ausstellungen und Hörfunk- sowie Fernsehprogramme. Er ist nach wie vor das einzige Informationsblatt dieser Art, welches regelmäßig in Sachsen-Anhalt erscheint. Die Anzahl der Empfänger liegt gegenwärtig bei 269 (Auflage: 693 [7 mal 99, durch eine Funktionseinschränkung des neuen Kopierers], zur Auslage in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere der politischen Bildung, und bei den Beratungstagen). Die Website des Landesbeauftragten enthält eine regelmäßig aktualisierte Fassung.

4.6. Bibliothek

Die Bibliothek enthält Literatur zum Thema Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Dies umfasst wissenschaftliche Arbeiten und Studien, Berichte über persönliche Schicksale sowie Lehr- und Informationswerke, die im weitesten Sinne mit der DDR und anderen sozialistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Verbindung stehen.

Der Bestand beläuft sich zurzeit auf ca. 3.143 Buchtitel, wovon etwa 1.129 zu fortlaufenden Reihen gehören. Dazu kommen 477 Exemplare Originalliteratur aus der ehemaligen DDR sowie Ausgaben von 94 verschiedenen Zeitschriften. 17 Zeitschriften werden nach wie vor regelmäßig bezogen, darunter u. a. das „Deutschland-Archiv“, „Horch und Guck“, „Gerbergasse 18“, „Freiheitsglocke“ und „Der Stacheldraht“. Das Medienangebot besteht aus 98 VHS-Kassetten, 112 Audio-/Multimedia-CDs, 14 Disketten und 137 DVDs. Da inzwischen sowohl durchlaufende Registriernummern als auch eine dazugehörige Datenbank existieren, ist die Verwaltung und der Zugriff auf die Titel problemlos möglich. Nach zweimaligem Umzug aufgrund von Renovierungsarbeiten wird die Bibliothek nun bald wieder an ihrem dauerhaften Standort aufgebaut und somit wieder komplett zugänglich gemacht.

4.7. Internet

Seit Ende 1998 besteht ein Internetangebot des Landesbeauftragten.

Die seither bestehende Internet-Adresse lautet:

<http://www.landesbeauftragte.de>

Die Verwaltung dieser Adresse ist vom Landesinformationszentrum übernommen worden, welches das gesamte Internetangebot des Landes verwaltet.

Außer über die Eingabe einer Seitennummer

<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=5750>

ist das Internetangebot der Behörde im Landesangebot erreichbar unter:

<http://www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de>

Von der alten Internetadresse wird weiterhin zur neuen umgeleitet.

Über E-Mail ist die Behörde weiterhin unter Beibehaltung der Schreibung unter der Adresse info@landesbeauftragte.de sowie zusätzlich unter der am 28.10.2011 neu eingerichteten Adresse Istu@justiz.sachsen-anhalt.de zu erreichen.

Weiterhin werden die erscheinenden Druckwerke zum Download bereitgestellt, womit gegenwärtig 101 Broschüren und Dokumente als PDF zum Abruf verfügbar sind.

5. Zuwendungen der Behörde des Landesbeauftragten (Redakteurin: Frau Rygiel)

Die Verfolgtenverbände sowie die Aufarbeitungsinitiativen leisten in Sachsen-Anhalt durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufarbeitung politisch motivierten Unrechts in der DDR. Das gilt besonders auch für die Arbeit mit Jugendlichen. Zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR haben diese keine eigenen DDR-Erfahrungen. Eltern und Bildungsträger sind in der Pflicht, ihnen ein angemessenes Bild der Verhältnisse zu vermitteln. Diese Aufgaben können durch staatliche Institutionen nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Aus diesem Grund müssen Bund, Länder und Kommunen diese wichtige Arbeit ideell und finanziell langfristig unterstützen. Die Arbeit der Vereine kann durch die Mitgliedsbeiträge nicht finanziert werden.

Das „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“ des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg und das Beratungs- und Begegnungszentrum des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. in Halle wurden seit 2009 überwiegend vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt gefördert.

Folgendes wird zur Arbeit der Einrichtungen berichtet:

Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. (BK) Dokumentationszentrum am Moritzplatz

Mit seiner Dauerausstellung, den zahlreichen Sonderausstellungen, der Bibliothek und der Videothek bietet diese Einrichtung die Möglichkeit zur Information über die Arbeitsweise des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ im Bezirk Magdeburg.

Sachbericht für den Zeitraum 1. Januar 2011 – 31. Dezember 2011

Im Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 wurden durchgeführt:

<i>Ausstellungspräsentation in GD Moritzplatz:</i>	<i>8 (davon 2 eigene)</i>
<i>Studienfahrten:</i>	<i>3</i>
<i>Durchführung von Projekttagen:</i>	<i>41</i>
<i>Verleih von eigenen Ausstellungen:</i>	<i>4</i>
<i>Lesungen/ Work-Shop/ andere Veransth.</i>	<i>6</i>

Öffentliche Veranstaltungen

<i>01.01.–31.01.2011</i>	<i>Ausstellung „Die Todeslager des NKWD“ Eigenproduktion: DZ Besucher: 422</i>
<i>01.02.–31.03.2011</i>	<i>Ausstellung „Vergessenes Magdeburg“ Fotoausstellung von Jutta Rödling Eigenproduktion DZ Besucher: 5163</i>
<i>01.01.–05.02.2011</i>	<i>Ausstellung „Umweltausstellung 89/90“ Neues Forum Merseburg/ Museum Merseburg Mit Originalplakaten von der im Januar 1990 stattfindenden Demonstration zu Umweltfragen in der DDR , wird das Engagement der Menschen und die Ideen der Gestaltung von Transparenten und Plakaten dokumentiert. Ergänzt wird die Ausstellung mit einer Fotodokumentation Veranstalter: DZ Besucher: 461</i>

- 15.02.–31.03.2011 *Ausstellung: „Ästhetik und Politik“
Deutsche Sportfotografie im Kalten Krieg
Sport war in den Zeiten des Kalten Krieges in besonderem Maße ein Mittel der Selbstdarstellung und Systemauseinandersetzung zwischen den beiden Systemen. Eingefangen und festgehalten haben diese Zeit Fotografen, die wie die porträtierten Sportler Meister ihres Fachs waren. Die Fotos belegen das Trennende und Verbindende des Sports besser als jede Abhandlung.
Gleichzeitig fand eine Zeitzeugendiskussion mit Andreas Krieger, der als Heidi Krieger mit 13 Jahren zur Leichtathletik kam und ohne sein Wissen mit Anabolika behandelt wurde, statt. Anhand seines Schicksals wird über die Praxis des DDR-Staatsdopings berichtet und diskutiert.
Zentrum für deutsche Sportgeschichte Berlin/Brandenburg
Veranstalter: Koop.GD/DZ
Besucher: 1007*
- 17.02.2011 *Lesung: Christiane Baumann, Autorin und Zeitzeuge
Ulrich Kasparick
„Kader, Spitzel, Spitzenkandidat – die Karrieren des Manfred „Ibrahim“ Böhme
Veranstalter: BStU, Stadtbibliothek, Robert-Havemann-Gesellschaft, DZ
Besucher: ca. 50*
18. und 19.02.2011 *Tagung: „Trauma, Erinnerung und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen politischer Gewalt“
20 Jahre Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg
DZ/BK Teilnahme
Besucher: ca. 450*
- 12.03.2011 *Kunstgottesdienst „Was ist Wahrheit“
am Kunstwerk Disput von Heinz Israel
Veranstalter: G.u.A.Herbst Theologen/ GD/DZ
Teilnehmer: 130*
- 14.03.2011 *Studienfahrt / Tagesseminar
Berlin Hohenschönhausen/ Deutscher Bundestag
Veranstalter: Zeitzeugencafé/ DZ
Teilnehmer: 60*
- 07.04.–03.06.2011 *Ausstellung „Aufbegehren oder Anpassen? DDR Jugend im Fokus der Stasi-
Der SED-Staat hatte ein Idealbild der DDR-Jugend vor Augen: angepasst, von den Idealen des Sozialismus überzeugt und möglichst vom Hass auf den Klassenfeind erfüllt. Die Ausstellung der BStU-Außenstelle Dresden nähert sich auf 12 Schauplätzen diesem Thema anhand von Dokumenten und Fotos aus den Akten des MfS.
Veranstalter: DZ
Teilnehmer: 1276*

- 13.04.2011 Themenabend: Träume und Illusionen Jennrich Sohn
„Justizunrecht in der DDR nach dem 17. Juni 1953 – Das Beispiel Ernst Jennrich; als 13-jähriger verliert er seinen Vater, der in einem manipulierten Gerichtsverfahren unschuldig zum Tode durch das Fallbeil verurteilt wird. Vorgespielt werden die Tonmitschnitte des Prozesses gegen Jennrich.
 Veranstalter: GD/DZ
 Teilnehmer: 85
- 06.06.2011 Studienfahrt/ Tagesseminar
 Bunkeranlage Machern/ Ferropolis
 Veranstalter: DZ
 Teilnehmer: 60
- 17.06.2011 Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltungen
- 20.06.–05.08.2011 Ausstellung :*“Die heile Welt der Diktatur“ Herrschaft und Alltag in der DDR. Was war die DDR? Diese Frage wird mehr denn je diskutiert. Heute wird der Alltag in der DDR häufig verklärt. Die Ausstellung der Bundesstiftung und des Magazins Stern in der DDR, und die Texte des Stefan Wolle laden zu einer Zeitreise in eine heute immer fremder anmutender Lebenswirklichkeiten ein.*
 Veranstalter: DZ
 Besucher: 1339
- 24.06.–26.06.2011 Sachsen-Anhalt Tag Gardelegen
 Teilnahme mit einem Stand des BK an der Themenstraße Weltoffenes Sachsen-Anhalt
- 20.06.2011 Vortrag: Dr. Mielke
 Teil 17 „Das Gesundheits- und Sozialwesen des Bezirkes Magdeburg – Aspekte seiner Überwachung durch das MfS Das 17. Forschungsheft von Dr. Mielke sollen, wie alle anderen Teile zuvor auch, über Strukturen aufklären und zeigen, wie der Machtmissbrauch im Bereich des Gesundheitswesens funktionierte. Es zeigt jedoch auch die Durchdringung aller Bereiche der Gesellschaft auf. Auch in diesem Band wurden die Klarnamen benannt. Die undifferenzierte, bloße Nennung der Klarnamen würde alle IM in einen Topf schmeißen und die, die weniger belastet sind, mit denen gleichsetzen, die jahrzehntelang Leute verraten haben.
 Veranstalter: DZ
 Kooperation: LStU/ DZ
 Besucher: 150
- 11.08.–31.10.2011 Ausstellung „Entlang der Demarkationslinie“
 Auf 16 Bild- Text-Tafeln wird die Geschichte der innerdeutschen Grenze dargestellt. Stationen auf der Reise sind die Beschlüsse über die Besatzungszonen vom Nov. 1944, Sperrmaßnahmen, Grenzübergänge, der Schießbefehl, die Minen und Selbstschussanlagen und die Mauerkunst auf der „längsten Leinwand“ der Welt.

(zeitgleich)	<p>Ausstellung „Mauer“ 20 großformatige Plakate erzählen die Geschichte sowohl der innerdeutschen Grenze als auch der Berliner Mauer. Die Ausstellung zeigt eindrucksvolle Fotos und Dokumente aus den Archiven der beiden Zeitungen, die teilweise erstmals nach Jahrzehnten wieder gezeigt werden. Stiftung Aufarbeitung Veranstalter: DZ Besucher: 1086</p>
13.08.2010	<p>Hötensleben Gedenkveranstaltung Teilnahme des BK an der Gedenkveranstaltung für die Opfer der innerdeutschen Grenze am Grenzdenkmal Hötensleben</p>
30.08.2011	<p>Lesung: „50 Jahre Mauerbau“ – die DDR im Blick der Stasi – die geheimen Berichte an die SED-Führung zum Mauerbau 1961“ Die Herausgeberin des Buches, Frau Prof. Dr. Munkel, stellt die Publikation vor. Daneben reflektiert der ebenfalls geladene Ex-Oberbürgermeister, Dr. Willi Polte, die damaligen Berliner Ereignisse aus der Sicht eines „Berlinfahrers“, der 1961 gerade ein Studium in Dresden absolvierte. Veranstalter: Stadtbibliothek, BStU;DZ Besucher: 30</p>
23.09.2011	<p>Studienfahrt/Tagesseminar Deutscher Bundestag/ Notaufnahmelager Marienfelde Teilnehmer: 60</p>
02.und 03.11.2011	<p>Teilnahme am Work-Shop „Stasi (U-) Haft – Quellen, Forschung und Gedenkstätten Veranstalter: GD Moritzplatz, Roter Ochse, Zentrum für Historische Forschung Besucher: 120</p>
05.11.2011	<p>Teilnahme am Empfang anl. des 70. Geburtstag von W. Zachhuber</p>

Besucheraufkommen zu den Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Besucher Ausstellungen: 10.754
Besucher Veranstaltungen: 1.195 = 11.949

Beräumung des Bereiches 1. Etage (Gerichtssaal) Übergangsausstellung
Ende November 2011 bis 23. Januar 2012 wurden keine Gruppen zur Führung angenommen. Der Aufbau der neuen Dauerausstellung wurde vorgenommen.

Sonderausstellungen des Bürgerkomitees 2011 im Verleih:
Absprachen mit den jeweiligen Einrichtung, Organisation des Transports, Aufbau vor Ort und eventueller Begleitveranstaltungen sowie Rücktransport. Kontrolle des Zustandes nach der Leihgabe eventuelle Restaurierung der Flächen

29.04.–01.07.2011	<p>Ausstellung „Zeichne, was du siehst“ Theresienstadt Kunst- und Kreativschule Meiningen Besucher: 3500</p>
29.08.2011	<p>Ausstellung „Entrissene Heimat“ Ausstellung „Entlang der Demarkationslinie“ Besucher: 2500</p>

20.04.–25.05.2011 Ausstellung „Lage(bericht) 89
 Zonengrenzmuseum Helmstedt
 Besucher: 860

Gesamtbesucherzahl: 6860

Besucherstatistik:

Für den Zeitraum 01.01.2011–31.12.2011 war ein Besucheraufkommen von:

Gruppen = 306 =

4.896 Personen

plus 6.860 aus den Sonderausstellungen (eigene Ausst. im Verleih)

plus 10.754 Besucher im DZ zu Sonderausstellungen

plus 1.195 Besucher bei Veranstaltungen

Gesamt: 23.705

durchgeführte Führungen:

Einrichtung	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
SEK	78 / 4	102 / 6	41 / 3	180 / 10	32/ 593
Gymnasium	321 / 16	274 / 11	193 / 9	26 / 2	79/1468
IGS	0 / 0	22 / 1	66 / 3	44 / 2	2/48
Jugendgruppen	0 / 0	21 / 1	89 / 8	33 / 2	6/ 76
Projekt- FÜ	399 / 20	419 / 19	389 / 23	283 /16	1490 / 78
Universität	24 / 3	29 / 3	25 / 2	0 / 0	78 / 8
Bundeswehr	0 / 0	0 / 0	7 / 2	0 / 0	7 / 2
pol. Stiftungen	118 / 8	108 / 6	62 / 4	0 / 0	288 / 18
Erwachsene	832 / 51	503 / 36	720 / 49	84 / 7	2139 / 143
BBS	199 / 11	504 / 31	153 / 12	38 / 3	894 / 57
Gesamt- FÜ	1173 / 73	1144 / 76	48/ 730	44/ 729	3406 / 228
P-FÜ + FÜ	1572 / 93	1563 / 95	1356 / 92	405 / 26	4896 / 306

durchgeführte Projektstage:

Einrichtung	1. Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	Gesamt
BBS	0	0	9 / 2	0	9 / 2
Gymnasium	102 /5	92 / 4	60 / 3	26 / 2	280 / 14
Erwachsene	0	40 / 2	0	11 / 1	51 / 3
IGS	0	0	0	44 / 2	44 / 2
Jugendgruppen	0	0	7 / 1	0	7 / 1
SEK	20 / 1	0	0	81 / 4	101 / 5
Pol.Stiftungen	88 / 6	63 / 4	62 / 4	0	213 / 14
Gesamt	210 / 12	195 / 10	138 / 10	162 / 9	705 / 41

Teilnahme und aktive Mitwirkung in den Arbeitskreisen

- AK Ausstellung Moritzplatz
- AK Aufarbeitung
- AK Opferverbände- und Aufarbeitungsinitiativen

Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte

Der Verein teilte für das Jahr 2011 folgendes aus seiner Arbeit mit:

Tätigkeitsbericht 2011

Finanzielle Situation

Durch eine 10%ige Haushaltssperre im Land Sachsen-Anhalt deckte die finanzielle Förderung durch das Ministerium für Inneres und Sport auch 2011 nicht einmal die Personalkosten für die einzige Stelle der Projektleiterin. Das entstandene Defizit musste aus Rücklagen einer Spende der Saalesparkasse, die eigentlich für Projekte vorgesehen war, getilgt werden.

Für 2012/13 ist im Landeshaushalt erstmals eine Förderung in ausreichender Höhe vorgesehen. Das ist das Resultat eines Besuchs von Innenminister Stahlknecht im Begegnungszentrum des Vereins Zeit-Geschichte(n). Der Minister zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt der geleisteten Arbeit und der Tatsache, dass dieser Ort im südlichen Sachsen-Anhalt einzige Anlaufstelle für Geschädigte der SED-Diktatur und damit unverzichtbar ist. Das ist auch der Grund, dass die Stadt Halle trotz eingeschränkter Haushaltsmittel eine Sondergenehmigung zur Förderung der Mietzahlungen erteilte.

Monatliche, öffentlich angekündigte Angebote

Erster Mittwochabend im Monat:

20 Uhr *Freier Themen- und Gesprächsabend*

Erster Donnerstag im Monat:

11–17 Uhr *Sprechstunde des Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Sachsen Anhalt*

Zweiter Donnerstagnachmittag im Monat:

14 Uhr *Treffen der Selbsthilfegruppe „Geschädigte der SED-Diktatur“ und*

16 Uhr *Öffentliche Beratung für Geschädigte der SED-Diktatur und psychosoziale Beratung*

Durch die Kombination der Treffen einer Selbsthilfegruppe mit fachlicher Beratung durch den LStU und einem psychosozialen Angebot zur Linderung verfolgungsbedingter Traumata bot das Begegnungszentrum 2011 ein breites Spektrum für die Anliegen Betroffener und ihrer Angehörigen

2011 NEU - Psychosoziale Beratung

Im 1. Halbjahr 2011 betreute der Diplom-Psychologe Dr. Freihart Regner im Auftrag des Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen die Selbsthilfegruppe „Geschädigte der SED-Diktatur“, führte auf Wunsch einzelne Beratungsgespräche mit den Teilnehmern und weiteren Klienten, die über öffentliche Bekanntmachungen von der psychosozialen Beratung erfuhren. Durch seine kenntnisreiche, einfühlsame und respektvolle Art hat sich Dr. Regner sehr schnell das Vertrauen der Betroffenen erworben. Es gelang ihm, Vorbehalte und Ängste der meist älteren Menschen abzubauen, die noch immer unter den Folgen politischer Haft und damit verbundener Demütigungen leiden, aber fürchten, als „nicht mehr ganz richtig im Kopf“ angesehen zu werden, wenn sie psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen. Positiv wirkten sich auch seine Hinweise aus, die er zum Umgang mit Konflikten gab, die in einer Gruppe traumatisierter Menschen unausweichlich sind. Leider musste die Beratung im 2. Halbjahr wegen fehlender finanzieller Mittel beim LStU eingestellt werden. Es wäre sehr wünschenswert, diese fachliche Begleitung weiterzuführen und wenn möglich auszubauen.

[2010 in Räumen des Caritasverbands für die Stadt und das Dekanat Halle (Saale) e.V.]

2011 NEU - Sprechstunde LStU

Ebenfalls neu war die monatliche Sprechstunde des Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Begegnungszentrum des Vereins Zeit-Geschichte(n). Noch immer kommen politisch Verfolgte, die bisher weder einen Antrag auf Rehabilitierung ge-

stellt noch die ihnen zustehende Opferrente beantragt haben. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Beratung jüngerer Leute, die in der 1980er Jahren im Zuge der Kriminalisierung der Punk-Bewegung kriminalisiert wurden und die für ihre Rehabilitierung den politischen Charakter ihrer Verurteilung nachweisen müssen. Oft wurden ihre Reha-Anträge in den 1990er Jahren abgewiesen. Mit Hilfe neu erschlossener MfS-Akten kann in manchen Fällen eine Wiederaufnahme der Verfahren erreicht werden. [2010 in Räumen des Caritasverbands für die Stadt und das Dekanat Halle (Saale) e.V.]

Bibliothek / Archiv

Bibliothek und Archiv wurden öffentlich genutzt. Ebenso wurde Unterstützung bei Informationsbeschaffungen für Schulen, Medien und Forschende gegeben.

Veröffentlichungen

- Als Band 4 der EDITION Zeit-Geschichten erschien, mit finanzieller Förderung des Landesbeauftragten für Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt, die Biografie von Erika Drees, einer Frau mit freiem Geist und klarem Urteilsvermögen, die sich von keiner Ideologie vereinnahmen ließ, deren mütterliches Verantwortungsgefühl die ganze Welt umfasste, die autoritäre Strukturen in Staat und Kirche, Verletzung von Menschenrechten oder die Existenz von Kriegswaffen und Atomkraftwerken nicht als unabänderlich hinnahm, die handelte, wo andere wegsahen – gewaltfrei, wie es die Bergpredigt empfiehlt. Ein politischer Mensch, der weder Amt noch Macht anstrebte, eine Revolutionärin, die auch nach dem gelungenen Umsturz keine Ruhe gab. Bürgerliche Herkunft, Flucht, Vertreibung, deutsche Teilung, Gefängnis, freiwillige Übersiedlung in die DDR, Opposition, Widerstand und christliche Religion prägten das Leben der Ärztin und dreifachen Mutter, deren Spur in Selbstzeugnissen, Verhörprotokollen, Stasi-Akten und Gesprächen in diesem Buch sichtbar wird:

Edda Ahrberg

Erika Drees, geborene von Winterfeld. Ein politischer Lebensweg 1935 bis 2009.

Hrsg. vom Zeit-Geschichte(n) e.V. / 224 Seiten m. zahlr. Abb. / Hasenverlag : Halle, 2011. ISBN 978-3-939468-67-7

- Mit finanzieller Förderung der Körber-Stiftung wurde durch die Publizistin Uta Franke die Biographie des halleschen, jüdischen Rechtsanwaltes Richard Hesse recherchiert. Hesse wurde, kurz nach seiner Befreiung aus dem Ghetto Theresienstadt, aufgrund einer Verleumdung vom NKWD festgenommen und ins ehemalige KZ Buchenwald, nun Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht, gebracht. Nach Auflösung der Speziallager brachte man ihn nach Waldheim, wo er in einem der berühmtesten „Waldheimer Prozesse“ zu einer langjährigen Strafe verurteilt wurde.
- Mit finanzieller Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde durch den Historiker Dr. Falco Werkentin ein wiss. fundiertes Manuskript über die Besonderheiten des Waldheim-Prozesses gegen den jüdischen Rechtsanwalt Richard Hesse erarbeitet das Teil einer Publikation werden soll, die auch eine Gegenüberstellung der Biografien von Richard Hesse und seinem Denunzianten enthalten soll. Voraussichtlicher Erscheinungstermin ist 2013.

Inzwischen 167 STOLPERSTEINE

Im Oktober wurden, finanziert aus Spenden, 13 neue Gedenksteine für ermordete jüdische Hallenserinnen und Hallenser gelegt. In Halle wird damit derzeit an 167 Opfer nationalsozialistischer Verfolgung erinnert.

Website

Alle 167 Biografien zu den Namen auf den STOLPERSTEINEN sind auf der Website www.zeit-geschichten.de abrufbar. Darüber hinaus wurde unter **TERMINE** ein aktuelles Angebot themenrelevanter Veranstaltungen präsentiert und an Interessenten in **Rundmails** verschickt.

Mitarbeit in anderen Gremien

Stiftungsbeirat Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Heidi B o h l e y wurde 2010 vom Vorsitzenden des Stiftungsrates im Einvernehmen mit dem für Angelegenheiten der Kultur zuständigen Mitglied der Bundesregierung für die Dauer von drei Jahren in den Stiftungsbeirat berufen.

Beirat Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt

Seit August 2007 arbeiten Heidi B o h l e y und Dr. Udo G r a s h o f f als ihr Stellvertreter im Gedenkstättenstiftungsbeirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur als berufene Mitglieder.

Opferverbände und Ausarbeitungsinitiativen

Turnusmäßige Treffen beim Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt

Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Der Verein teilte für das Jahr 2011 folgendes aus seiner Arbeit mit:

Zur Öffentlichkeitsarbeit:

Permanent zu erledigende Aufgaben waren die Erledigung von Anfragen und der übliche Schriftverkehr, sowie die vor allem in der warmen Jahreszeit anfallenden Führungen.

Bei 50 angemeldeten Führungen wurden insgesamt 11.311 Personen unterwiesen. Darunter waren

- 8 Schulklassen (darunter 1 französische und 1 holländische)
- 2 mal die Konrad Adenauer-Stiftung
- 2 mal die Karl-Arnold-Stiftung
- 4 mal die Bundeswehr
- 1 deutsch/polnische Besuchergruppe.
- 2 Klassentreffen
- 3 kirchliche Gruppen

Naturgemäß finden sich aber auch viele Menschen ganz sporadisch und unangemeldet am Grenzdenkmal ein. Auch sie wurden über das Gelände geführt, wenn einer unserer Führungskräfte zufällig vor Ort war. Besonders viel Besucher erschienen auch wieder am 03. Oktober dieses Jahres, was eine ganztägige Betreuung nötig machte.

Behindert wurden die Führungen seit Jahresmitte auch in diesem Berichtszeitraum, weil der besonders wichtige große Beobachtungsturm auf dem Denkmalgelände durch den privaten Eigentümer gesperrt wurde und damit bei Führungen nicht betretbar war.

14. Internationales Workcamp

Der Höhepunkt unserer Aktivitäten ist auch 2011 wieder das Internationale Workcamp des IBG – das bisher 14. – gewesen, das vom 15. Juli bis 06. August 14 Jugendliche am Grenzdenkmal zusammenführte. Sie kamen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Litauen, Serbien, Spanien, Südkorea, der Türkei und der Ukraine. Zweck ihres Hierseins waren aber nicht allein die Arbeiten am Grenzdenkmal (Leitung A. Walther) und bei der Vorbereitung von „Rock am Denkmal“, sondern auch das gegenseitige Kennenlernen über alle Grenzen hinweg, und die Begegnung mit unserem Land und seiner Geschichte durch Exkursionen zu den Tagebauen (mit Fahrrad, geführt durch Wulf Biallas), nach Goslar (dort geführt durch Dirk Nitsche), zur Gedenkstätte Marienborn und zum Bundestag in Berlin.

Lag die Betreuung der Jugendlichen vor allem wieder in den Händen des Grenzdenkmalvereins, so stellte die Gemeinde Hötensleben wie seit Jahren die Unterkunft zur Verfügung – diesmal erstmalig im frisch hergerichteten „Dorfgemeinschaftshaus“ (Rathaus) und richtete die Begrüßungsveranstaltung aus. Auch die Freiwillige Feuerwehr und der Schützenverein Hötensleben sowie die Verkehrswacht Völpke bereicherten das Programm mit geselligen Veranstaltungen und Grillabenden.

Möglich wurden Arbeiten, Verpflegung, Exkursionen usw. aber erst mit der finanziellen Unterstützung durch den Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen von Sachsen-Anhalt, die Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt, die Gemeinde Hötensleben und den Grenzdenkmalverein. Und nicht zu vergessen ist die Hilfsbereitschaft einzelner Bürger bei der Durchführung des Camps.

Am **13. August** 2011 gedachten wir wieder der infolge der Deutschen Teilung ums Leben gekommenen Menschen. Am Grenzdenkmal erinnerte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt im Beisein von Vertretern der Verfolgtenverbände von Sachsen-Anhalt und anderer Besucher an die tragischen Geschehnisse während der Grenzzeit und die große Freude beim Fall von Mauer und Stacheldraht. Am Sigradakreuz gedachten wir anschließend der 27 Grenzgänger, die zwischen 1945 und 1952 in der Gemarkung von Hötensleben den Tod fanden und ganz besonders des 60. Todestages von Schwester Sigrada.

Am **15. Bundeskongress** der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen am 27.-29. Mai in Dessau-Roßlau nahm der 1. Vorsitzende unseres Vereins teil, der bei der abschließenden Diskussion mit auf dem Podium saß.

Als Zeitzeuge und an Hand des in den Büchern „Heringsbahn“ und „Die eisige Naht“ verarbeiteten Materials hielt der 1. Vorsitzende im Berichtszeitraum folgende **Vorträge**:

- Am 26.06.2011 bei der Konferenz „Mauerbau, Grenze und Militarisierung der DDR“ in der Uni Magdeburg.
- Am 18.09.2011 bei der BStU-Veranstaltung mit dem Titel „... wird von der Waffe Gebrauch gemacht“ in Böckwitz.
- Am 22.09.2011 im Rahmen der Helmstedter Schüler-Universitätstage.
- Am 23.09.2011 am Grenzdenkmal Hötensleben im Rahmen der Lehrerfortbildung des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt
- Am 27.10.2011 bei der BStU-Außenstelle Dresden
- Am 02.11.2011 im Rathaus Höt. bei einem Schülerseminar der Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt

Auch in diesem Jahre gilt unser **Dank** auch all den anderen, die unsere Arbeit auf organisatorischem Gebiet tatkräftig unterstützt haben. Es ist ja immer auch viel „Kleinkram“ zu erledigen, über den zu berichten hier zu weit führen würde. Und Dank gilt den großzügigen Spendern, die unsere Arbeit finanziell unterstützten, und Herrn Uwe Lickfett, der den K6-Streifens mehrmals in einen tadellosen Zustand versetzte, so dass dieser besonders zu unseren hohen Anlässen vorzeigbar war!

Sehr hinderlich für unsere **Öffentlichkeitsarbeit** war die Tatsache, dass der BT6 auf der Kippe auch in diesem Jahre bis auf die Workcampzeit nicht zugänglich war, und dass die Multimediatation bereits seit Jahren defekt ist

Positiv zu vermerken ist aber die denkmalgerechte **Instandsetzung** der beiden Grenzsäulen, der Grenzmauer, der Panzerhöcker und der Peitschenlampen auf der bereits der Gedenkstättenstiftung gehörenden Fläche. Für die geplanten Führungen bei Dunkelheit reicht das aber leider noch nicht, weil die Lampen auf der Sichtblendmauer ihrer Reparatur noch harren.

Ein trauriges Ereignis hat uns betroffen gemacht, denn nach schwerer Krankheit ist unser zuverlässiger und gewissenhafter Schatzmeisters **Karlheinz Grzybowski** von uns gegangen.

Für den kommenden Berichtszeitraum wünschen wir uns, dass die restlichen zum Grenzdenkmal gehörenden Flächen endlich durch das Land erworben werden, der Turm wieder zugänglich wird und die fehlenden Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen an der übrigen Denkmalsubstanz durchgeführt werden können.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) e. V.

Der Verein teilte für das Jahr 2011 folgendes aus seiner Arbeit mit:

2011, ein weiteres Jahr „Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR in Sachsen-Anhalt“ ohne Behördenchef.

... nun zu den Ereignissen und Resultaten 2011 in Strichsätzen:

- Die erforderliche Ausweichquartiernutzung für die Geschäftsstellenräume unseres Vereins im Gebäude der Gedenkstättenstiftung (August 2010 bis April 2011) brachte noch erhebliche negative finanzielle Auswirkungen auf die Vereinsfinanzen mit sich, die zwangsläufig aus Spendenmitteln der Mitglieder gegenfinanziert werden mussten. Uns flatterten satte Mietnebenkosten-Nachbelastungen in vierstelliger Höhe ins Haus.
- Auch im Jahr 2011 hat sich die Zahl der von unseren Vereinsmitgliedern geführten Zeitzeugengespräche mit interessierten Gruppen die die Gedenkstätte Moritzplatz besuchten, kontinuierlich weiter erhöht. Daneben gab es weitere Gespräche direkt in Schulen, anderen Gedenkstätten und anderen Orten. Allein von 3 Magdeburger Zeitzeugen wurden insgesamt 38 Gespräche geführt welche mit 2885,- € honoriert wurden und vollständig in die Spendenliste eingingen. Nicht mitgerechnet hierbei eine Vielzahl von Vorführungen des Films über Melanie Kollatzsch „Gesicht zur Wand“ mit anschließendem Gespräch, welche nicht in der zitierten Spendenliste mit aufgeführt sind. Aus den Spendenmitteln finanziert der Verein vordergründig vollständig die derzeit geforderten Mietnebenkosten für sein Betreuungs- und Beratungsbüro in der Gedenkstätte Moritzplatz in Höhe von 1326,48 €/jährlich sowie im Falle des genannten Ausweichquartiers zusätzliche unabwendbare Kostenlasten.
- Aus einem simplen Vergleich der Anzahl der Schulklassen im Lande mit der Anzahl der Zeitzeugengespräche ist allerdings auch klar zu erkennen, dass solche Gespräche eine sehr gern angenommene Bereicherung der Wissensübermittlung darstellt, aber letztendlich, in Bezug auf einen Abbau des Schülerunwissens über die jüngsten Diktaturvergangenheiten einem Tropfen auf den heißen Stein vergleichbar sind. Wir haben deshalb in unserer Gedenkveranstaltung im November 2011 das Thema an den Kultusminister herangetragen, der auch einen Vertreter, Herrn Antefuhr, zur Podiumsdiskussion, die dankenswerterweise vom Stellvertreter des Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Herrn Koch, moderiert wurde, schickte.

Als Fazit aus dem Gespräch wurde die Möglichkeit der Übernahme der in Niedersachsen eingeführten Praxis, das Wissen der Schüler über die Diktaturen in den Abiturprüfungen als Prüffach aufzunehmen, in nähere Erwägung gezogen. Es ist doch zu erwarten, dass durch eine solche Maßnahme eine allzu lasche Behandlung der jüngeren Geschichte durch die Lehrkräfte etwas ausgebremst werden kann. Derzeit schaltet sich in unseren Zeitzeugengesprächen immer mal wieder gern die Lehrkraft ein und entschuldigt das Schülerunwissen mit den sinngemäßen Worten, „wir sind leider wegen der wenigen geplanten Unterrichtsstunden in der jüngeren Geschichte nur bis Stalingrad gekommen“ (Berlin-Blockade/Luftbrückenversor-

gung Westberlins 1948, 17. Juni 1953 Volksaufstand, Mauerbau 1961. Ungarnaufstand und seine Zerschlagung 1956, Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen in die Tschechoslowakei 1968, Solidarność-Aufstände in Polen, massive Repression aller offensichtlich nicht regimekonformen DDR-Bürger durch Verfolgung, Bespitzelung und Verurteilung zu langjährigen Haftstrafen, weitestgehende Ausschaltung privater Initiativen in der Volkswirtschaft durch fast vollständige Betriebsverstaatlichungen Abschaffung des Wirtschaftskontrollfaktors Geld durch Einführung einer nie funktionierenden Planwirtschaft, marode Infrastrukturen auf allen Gebieten, Zerfall der Altbausubstanz die den 2. Weltkrieg unbeschadet überlebte, völlige ökologische Misswirtschaft und vieles andere mehr. Dazu gehören selbstverständlich auch **die viel zu geringe Anzahl „guter Seiten“** dieses Unrechtsregimes und natürlich das grundsätzliche Fehlen von Freiheit in dieser anders als die NS-Diktatur aber dennoch ebenfalls verbrecherisch handelnden Diktatur) Wer aber die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten, ist anfällig für die Einflüsterungsversuche extremistischer Propaganda aller Couleur. Deshalb sollte schnell und dringend in die Köpfe der heranwachsenden Generation investiert werden.

- Die Behörde des Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt war 2011 Austräger der traditionell jedes Jahr in einem anderen Bundesland durchgeführten Bundeskongresses der Landesbeauftragten mit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Der im Austragungsort Dessau durchgeführte Kongress ist den „Machern“ – kurz aber prägnant gesagt – einfach hervorragend gelungen. Dies meinen absolut nicht nur lokalpatriotisch die Vereine aus Sachsen-Anhalt.
- Auch mit der Fortführung 2011 des (2010 „vom federführenden Veranstalter ausgefallen wordenen“) Halle Forums, (seit 15 Jahren traditionell veranstaltet) hat sich die in diesem Jahr erstmalig federführende Behörde des Landesbeauftragten mit vollem Erfolg gewidmet.
Für diese beiden ebenso erfolgreich wie arbeitsaufwändig realisierten Veranstaltungen sagen wir ganz einfach mal DANKE.
- Die gut angelaufene psycho-soziale Betreuung von betroffenen politisch Verfolgten konnte leider – wegen fehlender Finanzmittel – 2011 nicht kontinuierlich fortgeführt werden. Ein Faktum, bei dem für den Stellvertreter des Landesbeauftragten einfach unüberwindliche Kompetenzgrenzen für einen stärkeren Einsatz gesetzt sind.
- Aus den von der LStU-Behörde geförderten Projekten unseres Vereins sind insbesondere zu nennen:
- Edda Ahrberg, Dorothea Harder: „Abgeholt und verschwunden (2)“ („Nichtverurteilte Speziallagerhäftlinge aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen (2011/2. erweiterte Auflage; 165 S., Schutzgebühr 5 €)
Eine Broschüre, deren Erstellung und Druck ebenfalls vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt gefördert wurde, erschien 2009 in 1. Auflage. Daraufhin gab es ebenfalls eine sehr große Resonanz, sodass 2011 eine erweiterte Auflage herausgegeben wurde. Diese wurde um drei Schicksale aus Badersleben, Grieben und Wanzleben von 25 auf 28 Biografien erweitert. Sie bereits wieder vergriffen.
Die Broschüre möchte die Geschichte einzelner Personen aus dem Norden Sachsen-Anhalts in Erinnerung rufen, die unmittelbar nach Kriegsende im Sommer 1945 festgenommen wurden und unverurteilt die menschenverachtenden Haftbedingungen in den sowjetischen Speziallagern nicht überlebten. Ihre Angehörigen erhielten meist erst nach dem Ende von DDR und Sowjetunion Dank des DRK-Suchdienstes genauere Informationen über die Sterbeorte und –ursachen. Einer Frau aus Grieben konnte im Rahmen des Projektes geholfen werden, im Jahr

2010 endlich die Begräbnisstätte ihres Vaters in der Sowjetunion ausfindig zu machen.

Mit der Dokumentation ist die Hoffnung verbunden, dass es gelingt, diese Menschen, die zu denen gehören, die die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg mit ihrem Leben bezahlten, angemessen in die Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur aufzunehmen. Wir möchten alle ermutigen, sich mit den Ereignissen in ihrer Heimat zu beschäftigen und die wenigen noch lebenden Zeitzeugen daraufhin zu befragen.

- Die traditionell seit 1995 durchgeführten Veranstaltungen wurden auch 2011 wieder wie folgt durch Fördermittel des Landesbeauftragten ermöglicht
 - Veranstaltung zur Erinnerung an den Mauerschluss in Berlin vor nunmehr 50 Jahren am Grenzdenkmal Hötensleben, mit der Förderung einer Busfahrt für ca 40 Mitglieder aus Magdeburg und Umgebung zum Grenzdenkmal und zurück.
 - Durchführung einer Busfahrt aller Bezirksgruppen nach Gardelegen zum Besuch der Gedenkstätte Isenschnibbe und auf dem Rückweg Kaffee-Einkehr auf der Hundisburg
 - Durchführung von dezentralen Gedenkveranstaltungen mit Betreuungs- und Beratungsgesprächen in allen Bezirksgruppen
 - Die zentrale Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Moritzplatz wurde 2011 direkt von der LStU-Behörde ausgerichtet. Hier wurde auch der ergreifende Videomitschnitt vom Besuch beider Busbesatzungen in der Gedenkstätte Isenschnibbe vorgeführt und darin hervorgehoben, weshalb wir stets der Opfer **aller** Diktaturen gedenken (weil Diktaturenklassifizierung niemals zu Opferleidensdruck-hirarchisierung.führen darf).

Am Schluss unseres kleinen Resümees möchten wir uns auch in diesem „**2. kopflo-sen Jahr**“ beim Team der Behörde des Landesbeauftragten für die – auch ohne offi-ziellen Leiter – auf allen Ebenen hervorragend kontinuierlich weiter funktionierende Zusammenarbeit bedanken.

Finanzielle Unterstützung der Arbeit von Vereinen ehemaliger politischer Häft-linge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen

Die Behörde des Landesbeauftragten hat im Berichtszeitraum entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Arbeit von Vereinigungen ehemaliger politischer Häftlinge und von Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen wie folgt finanziell unterstützt:

Einzelplan: 11

Kapitel: 1114 Haushalt des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staats-sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Titel: 685 11 Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung

Haushaltsansatz: 2011: 18.400 €

Institution	Projekt	Summe
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.	Die Beteiligung an dem Projekt der Gedenk-stätte „Roter Ochse“ Halle(Saale): Die Häft-lingsgesellschaft im Roten Ochsen im Be-reich der Untersuchungshaftanstalt Halle 1950–1989	2.900,00 €

Institution	Projekt	Summe
Verein Zeitgeschichte(n) e.V.	Manuskripterstellung und Druck der Broschüre „Erika Drees – Ein politischer Lebensweg“	5.322,42 €
Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.	Beteiligung am internationalen Workcamp 2011 in Hötensleben	2.500,00 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Überarbeitung der Dauerausstellung im gesamten Komplex Moritzplatz	5.000,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.	Teilnahme an der Gedenkveranstaltung am 13.08.2011 in Hötensleben	800,00 €
Einsparung 10%		1.840,00 €
Summe		18.362,42 €
Rest		37,58 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Titel: 685 51 Sonstige Zuschüsse

Haushaltsansatz: 2011: 18.400 €

Institution	Projekt	Summe
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.	„Horch & Guck“- Jahresabo für Hochschulen Sachsens-Anhalts	200,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.	Druck einer aktualisierten Ausgabe der Broschüre „Abgeholt und verschwunden“ Teil 1 und Teil 2	3.000,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Gedenkveranstaltungen in Eisleben und Wittenberg und Beratung und Betreuung in den Ortsgruppen	3.000,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Bustagesfahrt mit Opfern der SED-Diktatur zur Mahn- und Gedenkstätte Isenschubber Feldscheune und Gespräche mit Personen des öffentlichen Lebens	4.000,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Unterstützung der Teilnehmer zur Anreise zur bundesweiten Veranstaltung der LStU und der Stiftung vom 27.05.–29.05.2011 in Dessau	1.075,00 €
Caritas Magdeburg, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg	Projekt Psycho-soziale Beratung für SED-Verfolgte	5.280,00 €
Einsparung		1.840,00 €
Summe		18.395,00€
Rest		5,00 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet.

6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

6.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich die Behörde des Landesbeauftragten über den Stand der Rechtsprechung bei Verfahren mit MfS-Bezug.

Auf die Anfrage bei den Arbeitsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Landesarbeitsgericht in Halle keinen Fall in zweiter Instanz; an den Arbeitsgerichten (Magdeburg, Halle, Dessau und Stendal) wurde wieder zwei neue Fälle mit MfS-Bezug anhängig, wovon einer durch Urteil (Beendigung des Arbeitsverhältnisses) entschieden wurde.

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilten das Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg und die Verwaltungsgerichte Halle und Magdeburg mit, sie bearbeiteten keine Fälle mehr. Die erst zum Jahreswechsel in Kraft getretene Änderung des StUG hatte hier naturgemäß noch keine Auswirkung.

6.2. Stand der Rechtsprechung zur Rehabilitierung, zum Persönlichkeitsrecht und zum Vermögensrecht (in Sachsen-Anhalt und bundesweit)

Hier wurde durch die zahlreiche aktuelle Rechtssprechung, bei der auch das OLG Naumburg Entscheidungen mit bundesweiter Reichweite getroffen hat, in den Fällen zu §§ 2 Abs. 1 (neu), 16 Abs. 2 und 17a Abs. 7 (neu) StrRehaG eine grundlegende Neugliederung des Abschnitts erforderlich.

Rehabilitierung allgemein:

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied am 24. März 2010 zum Aktenzeichen 2 Ws Reh 24/10: 1. Wurde der Betroffene wegen einer auch in einem Rechtsstaat strafbaren Tat mit einer nicht unverhältnismäßigen Freiheitsstrafe bestraft, ist die Verurteilung in der Regel mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung vereinbar. 2. Übergriffe insbesondere der Strafvollzugsorgane oder anderer Behörden der DDR sowie berufliche und persönliche Nachteile sind keine im Urteil des DDR-Gerichts angeordnete Rechtsfolgen, so dass es auf sie für die strafrechtliche Rehabilitierung nicht ankommt.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 22. September 2010 zum Aktenzeichen 3 C 40/09: 1. Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz dient dem Ausgleich beruflicher Nachteile und setzt voraus, dass der Nachteil Folge politischer Verfolgung war. Die politische Verfolgung muss aber nicht selbst in der Zufügung gerade eines beruflichen Nachteils bestanden haben. 2. Politisch verfolgt im Sinne des § 1 Abs. 1 BerRehaG ist auch, wer sich in einer Zwangslage sieht, weil er Grund zu der Annahme hat, politisch verfolgt zu werden. Die Annahme einer Zwangslage muss allerdings auf tatsächliche Verfolgungsmaßnahmen zurückzuführen sein. Richten sich diese gegen Dritte im eigenen Umfeld, so ist entscheidend, ob die Maßnahmen geeignet sind, bei jedem Nichtbetroffenen in vergleichbarer Situation den Anschein gegenwärtiger oder drohender eigener Verfolgung zu schaffen. 3. Ein beruflicher Nachteil, den sich der Betroffene selbst zugefügt hat (hier durch Aufgabe einer Beschäftigung), ist gleichwohl Folge einer – tatsächlichen oder angenommenen – Verfolgung, wenn der Betroffene annehmen durfte, den befürchteten Maßnahmen dadurch ausweichen oder zuvorkommen zu können.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entschied am 1. Februar 2011 zum Aktenzeichen 6 K 111/10: § 17a Abs. 2 StrRehaG ist mit höherrangigem Recht, namentlich mit Art. 3 GG vereinbar. Aus den Gründen: Der Kläger hat am 11. Januar 2010 Klage erhoben, zu deren Begründung er ausführt: Soweit § 17a StrRehaG die Gewährung der Opferpension an eine besondere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage des Antragstellers knüpfe und bei der maßgeblichen Einkommensgrenze als Einkommen lediglich das Einkommen von Erwerbstätigen sowie Einkommen aus Zinseinkünften, aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung berücksichtige, während Renten überhaupt nicht zum Einkommen gezählt würden, verstoße die Vorschrift gegen Art. 3 des Grundgesetzes. Dies verneinte das Gericht.

Das Oberlandesgericht Brandenburg entschied am 10. März 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws (Reha) 97/10: Die Beschwerde des Betroffenen gegen den Beschluss der Kammer für Rehabilitierungsverfahren des Landgerichts Frankfurt (Oder) vom 20. Mai 2010 wird als unbegründet verworfen. Aus den Gründen: Der Antragsteller trat am 6. Juli 1970 als Bürger der ehemaligen DDR mit Genehmigung der dortigen Behörden eine „Touristenreise“ nach Bulgarien an. Er wurde am 24. Juli 1970 in Rumänien verhaftet und im August 1970 durch ein Gericht in Turnu Severin/Rumänien zu einer Haftstrafe von vier Monaten wegen Vorbereitung zum illegalen Grenzübertritt verurteilt. Diese Strafe verbüßte er in Rumänien bis zum 24. November 1970. ... Mit dem angefochtenen Beschluss hat das Landgericht den Haftbefehl des Kreisgerichts Fürstenwalde vom 22. September 1970 – As 280/70 – für rechtsstaatswidrig erklärt, den weitergehenden Rehabilitierungsantrag jedoch abgewiesen. Hiergegen wendet sich der Betroffene mit seiner Beschwerde, mit der er die Bewertung der Zeit vom 24. November 1970 bis zum 19. Februar 1971 als Freiheitsentziehung infolge des für rechtsstaatswidrig erklärten Haftbefehls erstrebt. Er habe sich aufgrund des gegen ihn erlassenen Haftbefehls auf der Flucht befunden. ... Die vom Betroffenen vorgelegte Flucht ist vielmehr – worauf die Generalstaatsanwaltschaft zu Recht hinweist – das Gegenteil einer Freiheitsentziehung.

Das Verwaltungsgericht Bayreuth entschied am 26. April 2011 zum Aktenzeichen B 5 K 09/481: Der Gegenstandswert für die sog. „Opferrente“ nach § 17 a StrRehaG ist gemäß § 42 Abs. 2 Satz 1 GKG bei einem Verpflichtungsbegehren auf künftige Zahlung der besonderen monatlichen Zuwendung nach dem 3-fachen Jahresbetrag zu bemessen. (D. h. 9.000,00 €)

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied am 1. Juni 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws (Reh) 112/11: Wurden einzelne natürliche Handlungen aus politischen Gründen strafrechtlich verfolgt, ist das Urteil eines staatlichen Gerichts der ehemaligen DDR insoweit für rechtsstaatswidrig zu erklären und aufzuheben, selbst wenn der Schuldspruch wegen des weiteren, der Verurteilung zugrunde liegenden Tuns Bestand hat. (hier: Verurteilung, soweit sie 1 Jahr übersteigt, rechtsstaatswidrig, aber: Freikauf bereits nach 11 Monaten, daher keine reh. Haftzeit, aber Reha. des Schuldspruchs und anteil. Erstattung der Verfahrenskosten. Neuer Vortrag Unterbringung Psychiatrie in der 2. Instanz ist neuer Antrag, über den zunächst das LG zu entscheiden hat)

Das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschied am 3. November 2011 zum Aktenzeichen OVG 11 N 70/10: Der Antrag der Klägerin auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 30. August 2010 wird abgelehnt. Die Kosten des Zulassungsverfahrens trägt die Klägerin. Der Streitwert wird für die zweite Rechtsstufe auf 3.000,- EUR festgesetzt. Aus den Gründen: Die Klägerin begehrt eine Opferrente nach § 17a StrRehaG. Ihre darauf gerichtete Verpflichtungsklage hat das Verwaltungsgericht durch Urteil vom 30. August 2010 abgewiesen und zur Begründung unter anderem ausgeführt: Die genannte Anspruchs-

norm in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 13. Dezember 2007 [Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften des Sozialen Entschädigungsrechts] setze tatbestandlich voraus, dass die Klägerin eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von mindestens 6 Monaten erlitten habe. Das sei hier nicht der Fall, weil die durch Beschluss des Bezirksgerichts Potsdam vom 12. Mai 1992 festgestellte Dauer der Freiheitsentziehung der Klägerin lediglich 5 Monate und 29 Tage betragen habe. [vermutl. ab 17.02.1962, also bis 14.08. 1979 Tage] ... ist darauf hinzuweisen, dass sie gegenüber dem Bezirksgericht Potsdam im Beschwerdeverfahren ausdrücklich geltend gemacht hatte, auch der Zeitraum vom 14. August 1962 bis zum 26. Januar 1963, während dessen sie sich in der geschlossenen Abteilung der Nervenlinik der C... befunden habe, sei als Haftzeit anzuerkennen. Dies hat das Bezirksgericht Potsdam geprüft und mit der Begründung abgelehnt, § 7 Abs. 1 Rehabilitierungsgesetz setze für die Zuerkennung eines Anspruchs auf soziale Ausgleichsleistungen die Rehabilitierung wegen einer strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahme voraus. Um eine solche Maßnahme handele es sich bei der Unterbringung der Klägerin in der Nervenlinik der C... nicht, weil dem ärztlichen Gutachten vom 14. August 1962 zu entnehmen sei, dass die Unterbringung allein auf einer Erkrankung der Klägerin beruht habe, die ihre Ursache in einem früheren Sportunfall gehabt habe.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschied am 24. November 2011 zum Aktenzeichen OVG 11 N 24/09: 1. Es kommt bei der Überprüfung eines Gesetzes nicht darauf an, ob der Gesetzgeber die zweckmäßigste und gerechteste Lösung gefunden hat, sondern nur, ob er die verfassungsrechtlichen Grenzen seiner Gestaltungsfreiheit eingehalten hat. 2. Der Gesetzgeber hatte sachgerechte Gründe, die besondere Zuwendung für Haftopfer auf Personen zu beschränken, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Aus den Gründen: ... Der Gesetzgeber hatte sachgerechte Gründe, die besondere Zuwendung für Haftopfer auf Personen zu beschränken, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Er hat sich davon leiten lassen, dass eine gesetzliche Regelung über eine regelmäßige monatliche Zuwendung sich in das System der übrigen Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen einpassen müsse, wonach Leistungen nicht als pauschale Abgeltung ohne Beachtung des individuellen Schadens gewährt würden, sondern immer anknüpften an Einzelfallunrecht und in dessen Folge geschädigte Rechtsgüter, wie Freiheit, Leben, Gesundheit und Vermögen. Im Hinblick darauf, dass die Rehabilitierungsgesetze entsprechende Leistungen bereits in Form von Haftentschädigung, rentenrechtlichem Nachteilsausgleich, Unterstützungsleistungen u.a. vorsähen, sei als Kriterium für eine zusätzliche regelmäßige monatliche Leistung zu den sozialen Ausgleichsleistungen der Rehabilitierungsgesetze auf die wirtschaftliche Bedürftigkeit des Berechtigten abzustellen.

Sonderfall Rehabilitierung von Heimkindern (§ 2 Abs. 1 StrRehaG):

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied am 4. August 2010 zum Aktenzeichen 2 ARs 6/10: Für die Wiederaufnahme eines durch die Entscheidung des Rechtsmittelgerichts rechtskräftig abgeschlossenen Rehabilitierungsverfahrens sind die Beschwerdesenate der Oberlandesgerichte zuständig. Aus den Gründen: ... Auf die Beschwerde des Betroffenen änderte das Oberlandesgericht Naumburg diese Entscheidung am 3. Juli 2003 teilweise ab und stellte fest, dass sich der Betroffene in der Zeit vom 29. April 1966 bis zum 9. August 1966 zu Unrecht in Untersuchungshaft befand. Der anschließende Heimaufenthalt blieb dagegen unberücksichtigt. Der Betroffene begehrt nunmehr die Wiederaufnahme des Verfahrens mit der Begründung, es habe sich bei seinem Heimaufenthalt um eine rechtsstaatswidrige Freiheitsentziehung gehandelt, die im Zuge der Rehabilitierungsentscheidung festzustellen gewe-

sen sei. ... Für die gerichtliche Zuständigkeit verweist § 367 Abs. 1 Satz 1 StPO auf die besonderen Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes, mithin § 140a GVG. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass diese Verweisung im Rehabilitierungsverfahren nicht zum Tragen kommt.

Vgl. hierzu die Entscheidung des KG vom 28. Juli 2006 zum Aktenzeichen 5 Ws 557/05 REHA: Aus den Gründen: ... Es ist zwar richtig, daß sich bei der Entscheidung über einen Zweitantrag nicht um ein Wiederaufnahmeverfahren handelt. Daraus folgt hier aber nur, daß – anders als im Wiederaufnahmeverfahren – auch im Beschwerderechtszug noch Tatsachen oder Beweismittel nachgeschoben werden können (vgl. Senat, Beschluß vom 13. April 2005 – 5 Ws 516/04 REHA) und das Formerfordernis des § 366 Abs. 2 StPO nicht besteht. Jedoch beurteilt sich nach den Grundsätzen des Wiederaufnahmeverfahrens (§ 359 Nr. 5 StPO), ob ein neuer Sachverhalt gegeben ist, also neue Tatsachen vorgebracht werden, die die Rechtsstaatswidrigkeit der strafrichterlichen Entscheidung begründen können (vgl. Senat, Beschluß vom 3. Mai 2001 – 5 Ws 219/01 REHA –).

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied am 14. April 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws Reh 96/11: 1. Mit dem Vierten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 2. Dezember 2010 wird der freiheitsentziehende Charakter der Heimerziehung in der ehemaligen DDR unterstellt. Für die Rehabilitation des Untergebrachten kommt es nur noch auf die Feststellung einer politischen Verfolgung oder sonst sachfremder Zwecke an. 2. Ergab sich die Heimerziehung als Konsequenz aus der politisch motivierten Inhaftierung der Eltern, diene sie der politischen Verfolgung. 3. Zur Aufhebung einer mit dem Referat Jugendhilfe der ehemaligen DDR geschlossenen Erziehungsvereinbarung. (Diese wird i.E. einem Einweisungsbeschluss gleichgesetzt.)

Das Oberlandesgericht Jena entschied am 17. Mai 2011 zum Aktenzeichen 1 Ws Reha 7/11: Aufgrund der Änderung des § 2 Abs. 1 Satz 2 StrRehaG zum 9. Dezember [2010] prüft das Gericht bei der Entscheidung über die strafrechtliche Rehabilitation der Unterbringung in einem Kinderheim nicht mehr, ob die Unterbringung im konkreten Fall unter haftähnlichen Bedingungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 StrRehaG stattgefunden hat (Anschluss an OLG Naumburg, Beschluss vom 13. April 2011, 2 Ws Reh 9/11). Die durch die Verfügung des Referats Jugendhilfe der Stadt Erfurt angeordnete Heimerziehung sowie die erfolgte Einweisung in das Kinderheim ... werden für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben. Aus den Gründen: ... Nach dieser jetzt geltenden Gesetzesfassung wird in den Fällen, in denen die Anordnung der Heimerziehung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat, der freiheitsentziehende Charakter einer solchen Heimerziehung gesetzlich unterstellt.

Das Kammergericht entschied am 16. Juni 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws 351/09 REHA: Ist der Betroffene unter Ausschaltung aufnahmebereiter, in der DDR lebender Verwandter in Kinderheimen untergebracht worden, ohne das dafür aner kennenswerte erzieherische Gründe bestanden haben, so indiziert dies die politische Verfolgung.

Das Landgericht Erfurt entschied am 14. Juli 2011 zum Aktenzeichen 1 Reha 181/10: (nachfolgend Thüringer Oberlandesgericht Senat für Rehabilitierungssachen, 17. Januar 2012, Az: 1 Ws Reha 50/11, Beschluss) 1. Der Rehabilitierungsantrag wird als unbegründet zurückgewiesen. 2. Kosten für das Rehabilitierungsverfahren werden nicht erhoben. Ihre Auslagen hat die Antragstellerin selbst zu tragen. Aus den Gründen: Die Antragstellerin begehrt eine Rehabilitation wegen ihrer Unterbringung in verschiedenen Kinderheimen der früheren DDR in der Zeit vom xxx bis xxx. ...

Das Landgericht Erfurt entschied am 14. Juli 2011 zum Aktenzeichen 1 Reha 383/09: 1. Der Rehabilitierungsantrag wird als unbegründet zurückgewiesen. 2. Kosten für

das Rehabilitierungsverfahren werden nicht erhoben. Seine Auslagen hat der Antragsteller selbst zu tragen. Aus den Gründen: Der Antragsteller begehrt eine Rehabilitierung wegen seiner Unterbringung in einem Kinderheim in xxx in der Zeit vom 15.05.1975 bis 23.12.1975. Ausweislich des Beschlusses des Rates des Kreises xxx – Jugendhilfeausschuss – vom 21.07.1975 wurde die Heimerziehung für den damals 9-jährigen Antragsteller und seinen jüngeren Bruder xxx angeordnet, weil beide Eltern am 15.05.1975 in Haft genommen worden waren und andere Unterbringungsmöglichkeiten nicht bestanden. Die Eltern des Antragstellers, xxx, wurden mit Urteil des Bezirksgerichts xxx vom 10.10.1975 (Az.: 1 BS 37/75) wegen staatsfeindlicher Verbindung in Tateinheit mit Vorbereitung eines ungesetzlichen Grenzübertritts im schweren Fall zu Freiheitsstrafen von 2 Jahren und 10 Monaten (Vater) bzw. 2 Jahren (Mutter) verurteilt. Die Mutter wurde am 23.12.1975 aus der Haft entlassen. Mit Beschluss der Kammer vom 24.03.2010 (Az.: 1 Reha 382/09) wurde das Urteil, soweit es die Mutter betraf, für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben, weil es mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sei. Es wurde festgestellt, dass der Mutter in der Zeit vom 15.05.1975 bis 23.12.1975 zu Unrecht die Freiheit entzogen worden war. ... [zur Frage der haftähnlichen Unterbringungsbedingungen:] Dies war vorliegend nicht der Fall. Ausgehend von den Darlegungen des Antragstellers ist das Heim, in dem er untergebracht war, nicht als gefängnisähnlich, seine Lebensumstände nicht als haftähnlich einzuordnen. Der Antragsteller konnte das Heim regelmäßig zum Zwecke des Schulbesuchs verlassen. Dass er keine Familienurlaube hatte und keinen Besuch empfangen konnte, vermag haftähnliche Umstände nicht nahezulegen. Diese Einschränkung war vielmehr dem Umstand geschuldet, dass sich seine Familie im Gefängnis befand.

Das Kammergericht entschied am 30. September 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws 641/10 REHA: Die Einweisung in ein Heim für Kinder oder Jugendliche stellt nach der Änderung des § 2 Abs. 1 Satz 2 StrRehaG durch das Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 2. Dezember 2010 grundsätzlich eine rehabilitierungsfähige Maßnahme dar, ohne dass noch zu prüfen ist, ob die Unterbringung im konkreten Einzelfall freiheitsentziehenden Charakter hatte oder unter haftähnlichen Bedingungen im Sinne des § 2 Abs. 2 StrRehaG vollzogen wurde. Ein Rehabilitierungsanspruch ist jedoch nur gegeben, wenn die Anordnung der Unterbringung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat oder wenn die Einweisungsentscheidung aus sonstigen Gründen mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist, insbesondere weil die angeordnete Unterbringung in grobem Missverhältnis zu ihrem Anlass steht (§§ 2 Abs. 1 Satz 2, 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 StrRehaG). Aus der konkreten Unterbringungssituation lässt sich ein grobes Missverhältnis zwischen dem Anlass der Unterbringung und den angeordneten Rechtsfolgen nicht herleiten; denn Gegenstand der Überprüfung im strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren ist nur die Einweisungsentscheidung als solche, nicht aber deren Folgen. Ein Rehabilitierungsanspruch ist nicht schon dann gegeben, wenn die tatsächlichen Verhältnisse in einem anderen Jugendwerkhof oder in einem Kinderheim denen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau entsprachen oder nahe kamen; denn dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau kam unter den Jugendwerkhöfen eine Sonderstellung als außerordentliches Disziplinierungsmittel zu, bei dem ein stets rechtsstaatswidriges Einweisungsverfahren mit einer gezielt rechtsstaatswidrigen Vollzugspraxis zusammentraf, die durch gewollt besondere Härte und Menschenverachtung der „Erziehung“ sowie völlige rechtliche und tatsächliche Entmündigung des jungen Menschen gekennzeichnet war. Rigorose Erziehungsmethoden, die nach heutigem Verständnis die Menschenwürde verletzen und nicht mehr zu rechtfertigen sind, begründen für sich genommen keinen Rehabilitie-

rungsanspruch; denn der Gesetzgeber wollte nur „Systemunrecht“, nicht aber sämtliche Maßnahmen der Jugendhilfe der ehemaligen DDR, unabhängig von ihrem Anlass und der Ausgestaltung der Unterbringung, einer Rehabilitierung zuzuführen.

Das Kammergericht entschied am 28. Oktober 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws 177/11 REHA: 1. Die Unterbringung in einem Kinder- und Jugendheim (hier: im Durchgangsheim Alt-Stralau und im Jugendwerkhof Crimmitschau) begründet keinen Anspruch auf Rehabilitierung, wenn sie aus Fürsorgegründen erfolgt. 2. Ein strafrechtlicher Rehabilitierungsanspruch für die Unterbringung ist nur gegeben, wenn die Anordnung der Unterbringung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat oder wenn die Einweisungsentscheidung aus sonstigen Gründen mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist, insbesondere weil die angeordnete Unterbringung in grobem Missverhältnis zu ihrem Anlass steht. 3. Gegenstand der Überprüfung im strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren ist bei Betroffenen, die in Heimen für Kinder und Jugendliche (einschließlich Spezialheimen) untergebracht waren, nur die Einweisungsentscheidung als solche, nicht aber deren Folgen. 4. Ein Rehabilitierungsanspruch ist nicht bereits dann gegeben, wenn die tatsächlichen Verhältnisse in einem anderen Jugendwerkhof oder in einem Kinderheim denen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau entsprachen oder nahe kamen.

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied am 2. November 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws (Reh) 276/11: Zur Rehabilitierung von DDR-Heimkindern. Die Beschwerde des Betroffenen gegen den Beschluss der Kammer für Rehabilitierungsverfahren des Landgerichts Magdeburg vom 7. September 2011 wird als unbegründet verworfen. Kosten des Verfahrens werden nicht erhoben und Auslagen nicht erstattet. Aus den Gründen: ... Gegen diese Entscheidung wendet sich der Betroffene mit der Beschwerde. Die Spezialkinderheime der DDR seien Unrecht gewesen und er habe dort nicht hingehört. ... Ob die damalige Sachlage von den staatlichen Organen der DDR zutreffend aufgeklärt war und rechtlich richtig gewürdigt, insbesondere das Ermessen fehlerfrei ausgeübt wurde, haben die Rehabilitierungsgerichte angesichts des § 1 Abs. 1 StrRehaG nicht zu prüfen. Auch in einem Rechtsstaat kommen einfache Fehler in der Rechtsanwendung vor und sind vom Betroffenen außerhalb eines zulässigen Rechtsbehelfs oder Rechtsmittels hinzunehmen. Die Überprüfungen von Entscheidungen der Behörden der DDR setzt erst dort ein, wo entgegen allgemein anerkannter rechtsstaatlicher Grundsätze offensichtlich staatliches Unrecht geschah. ... Sie stand in keinem groben Missverhältnis zu den Anlässen ihrer Anordnung (vgl. BVerfG, Beschluss vom 13. Mai 2009, 2 BvR 718/08, s. u.). Die Jugendhilfe konnte mit guten Gründen eine Gefährdung der Erziehung und Entwicklung des Betroffenen, also des Kindeswohls, annehmen und bis hin zur Freiheitsentziehung einschreiten (vgl. auch §§ 1666 Abs. 1, Abs. 3; 1666a Abs. 1 Satz 1; 1631b BGB u. §§ 27, 34, 42 Abs. 5 SGB VIII). Den Betroffenen als schwererziehbar anzusehen und ihn deshalb der straffen Ordnung und Disziplin eines Spezialheims auszusetzen (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 2 AO über Spezialheime), lag im Rahmen der einzuräumenden Einschätzungsprärogative. Die im Heim vorgefundenen Bedingungen lassen die Entscheidung der Jugendhilfe in keinem anderen Licht erscheinen. Die Erziehungshilfe wird nicht deshalb rechtsstaatswidrig, insbesondere grob unverhältnismäßig, weil es im Spezialheim zu Erziehungsmethoden kam, die tätlichen Übergriffen entsprachen und in anderer Hinsicht Menschenrechte außer Acht ließen. Gemäß § 21 Abs. 4 HeimO/DDR waren die Anwendung körperlicher Züchtigungen oder anderer ehrverletzender Strafen verboten. Hielt man sich im Heim nicht an diese Vorgaben und pflegte eine überkommene Form der Erziehung, haftet dies der zur Heimerziehung führenden Entscheidung, um die es allein geht, nach der ständigen Rechtsprechung

des Senats nicht als Makel an. ... Sonstige, auf einen Verstoß gegen wesentliche Grundsätze einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung hindeutende Umstände sind nicht festzustellen. In der DDR standen die freiheitsentziehenden Maßnahmen der Erziehungssicherung zwar nicht unter dem Richtervorbehalt (vgl. hierzu BVerfG 1 BvR 338/07, s. u.). Deswegen sind sie aber nicht schlechthin rechtsstaatswidrig. Mit dem Jugendhilfeausschuss entschied ein Kollegialorgan (§ 16 Jugendhilfe-VO/DDR), durch dessen Zusammensetzung und das ihm vorgegebene Verfahren (vgl. §§ 36–45 JugendhilfeVO/DDR) Willkür begegnet wurde. Die Beschwerdemöglichkeit, die die Eltern des Betroffenen auch in Anspruch nahmen, ergab sich aus §§ 50 ff. JugendhilfeVO/DDR.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 13. Mai 2009 zum Aktenzeichen 2 BvR 718/08: Aus den Gründen: Nach § 1 Abs. 1 StrRehaG ist neben dem Vorliegen einer strafrechtlichen Verurteilung oder einer sonstigen eine Freiheitsentziehung anordnenden Entscheidung im Sinne des § 2 StrRehaG Voraussetzung für die Rehabilitation, dass die Maßnahme mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist. ... Die Maßnahme kann insbesondere deshalb mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar gewesen sein, weil die Entscheidung politischer Verfolgung gedient hat (Nr. 1) oder weil die angeordneten Rechtsfolgen in grobem Missverhältnis zu der zugrunde liegenden Tat stehen (Nr. 2). ... In diesem Sinne muss es auch Aufgabe des strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahrens sein, das Vorliegen eines Missverhältnisses zwischen dem Anlass für die die Freiheitsentziehung anordnende Entscheidung und den angeordneten Rechtsfolgen zu prüfen.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 14. Juni 2007 zum Aktenzeichen 1 BvR 338/07: ... 5. Hier: Bereits aus formellen Gründen verletzt die fachgerichtliche Anordnung der geschlossenen Unterbringung des Kindes dessen Freiheitsgrundrecht aus Art 2 Abs 2 S 2 GG, da der hierfür erforderliche Antrag auf Erteilung der familienrichterlichen Genehmigung gem § 1631b BGB nicht vom Jugendamt gestellt werden konnte, da die Kindeseltern nach wie vor alleinige Inhaber des Aufenthaltsbestimmungsrechts sind. a. Die Fachgerichte (AG und OLG) hätten daher den Kindeseltern einstweilen das Aufenthaltsbestimmungsrecht entziehen müssen, sowie nach § 1697 BGB iVm § 1909 Abs 1 S 1 BGB eine Ergänzungspflegschaft anordnen und das Jugendamt als Ergänzungspfleger auswählen müssen. b. Ferner ist der Beschluss des AG (bestätigt durch den OLG-Beschluss) formell fehlerhaft, da die Art der Unterbringungsmaßnahme nicht benannt wurde, obwohl der dies fordernde § 70f Abs 1 Nr 2 FGG auch bei einstweiligen Anordnungen gilt. c. Zudem hat es das OLG verabsäumt, die vom AG nicht mündlich angehörten sorgeberechtigten Kindeseltern nach der auch bei einstweiligen Anordnungen einschlägigen Vorschrift des § 70d Abs 1 Nr 2 FGG im Beschwerdeverfahren persönlich anzuhören. d. Nachdem bereits die Verletzung dieser formellen Anforderungen das Freiheitsrecht des Kindes verletzt hat, kann dahinstehen, ob die sonstige Verfahrensgestaltung des OLG den Anforderungen, die das Freiheitsgrundrecht an sie stellt, genügt hat. e. Jedoch dürfte es zweifelhaft sein, ob die im Wege der Rechthilfe durch das Amtsgericht veranlasste Kindesanhörung der Bedeutung des Freiheitsgrundrechts noch ausreichend Rechnung trägt, da in Unterbringungssachen der persönliche Eindruck von hoher Bedeutung für die Sachentscheidung ist. f. Die Grundrechtsverletzung ist besonders gewichtig, da sie – angesichts der dargestellten Rechts- und Verfahrensfehler – auf der Verkennung des durch das Freiheitsgrundrecht gewährten Schutzes beruht (vgl BVerfG, 08.02.1994, 1 BvR 1693/92, BVerfGE 90, 22).

Das Oberlandesgericht Jena entschied am 17. Januar 2012 zum Aktenzeichen 1 Ws Reha 50/11: Aufgrund der Änderung des § 2 Abs. 1 Satz 2 StrRehaG zum 9. De-

zember [2010] prüft das Gericht bei der Entscheidung über die strafrechtliche Rehabilitierung der Unterbringung in einem Kinderheim nicht mehr, ob die Unterbringung im konkreten Fall unter haftähnlichen Bedingungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 StrRehaG stattgefunden hat (Festhalten an Senatsbeschluss vom 17. Mai 2011, 1 Ws Reha 7/11). Aus den Gründen: ... Die Mutter der Betroffenen wurde insoweit politisch verfolgt, als sie mit Urteil des Kreisgerichts Nordhausen vom 20.3.1981 unter anderem wegen versuchter ungesetzlicher Nichtrückkehr in die DDR zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Sie wurde deswegen mit Beschluss des Landgerichts Erfurt vom 24.7.2001 rehabilitiert. Den auf die Verurteilung wegen versuchter ungesetzlicher Nichtrückkehr in die DDR entfallenden Anteil an der auch wegen anderer Straftaten verhängten Freiheitsstrafe von zwei Jahren bemaß das Landgericht auf 14 Monate. Im Hinblick auf die weiteren zehn Monate Haft ist eine politische Verfolgung der Mutter der Betroffenen nicht gegeben. Insoweit lässt sich dann auch nicht feststellen, dass die Anordnung der Unterbringung der Betroffenen in einem Heim für Kinder ihrer politischen Verfolgung gedient hat. Entsprechendes gilt für die weitere Heimunterbringung der Betroffenen nach Haftentlassung der Mutter vom 29.12.1982 bis zum 24.6.1983. Es liegt in der Konsequenz der vom Senat vertretenen opferfreundlichen Rechtsprechung zur mittelbaren politischen Verfolgung von Heimkindern, eine solche nur solange annehmen zu können, wie die Eltern infolge politischer Verfolgung inhaftiert sind. Mit dem Ende der politisch motivierten elterlichen Haft entfällt die Grundlage für die Annahme einer mittelbaren politischen Verfolgung der Kinder. Das schließt es nicht aus, dass eine die politisch motivierte Haft der Eltern übersteigende Heimunterbringung der Kinder ihrerseits Ausfluss einer eigenständigen politischen Verfolgung ist. Ein solcher Nachweis lässt sich vorliegend aber nicht führen.

Sonderfall Auswirkung auf andere Leistungen/Verbindlichkeiten:

Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg entschied am 10. März 2011 zum Aktenzeichen L 13 VE 70/09: 1. Die anspruchsbegründenden Tatbestandsmerkmale des § 21 Abs 1 S 1 StrRehaG müssen nach dem im sozialgerichtlichen Verfahren an die richterliche Beweiswürdigung und Überzeugungsbildung zu stellenden Anforderungen voll bewiesen werden. Dagegen genügt gemäß § 21 Abs 5 S 1 StrRehaG zur Anerkennung einer Gesundheitsstörung als Folge einer Schädigung (sog. haftungsausfüllende Kausalität) die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs. ... (Rückenschäden – Belastung genügt nicht, vgl. Werte der Berufsgenossenschaft)

Das Landessozialgericht Mainz entschied am 3. November 2011 zum Aktenzeichen L 5 KR 203/10: Für die Beitragsbemessung freiwillig versicherter Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung ist die besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) heranzuziehen.

Das Bundesgerichtshof entschied am 10. November 2011 zum Aktenzeichen IX ZA 99/11: Eine einem Insolvenzschuldner wegen rechtsstaatswidriger Strafverurteilung und zu Unrecht in der ehemaligen DDR erlittener Haft gemäß § 17 StrRehaG zuerkannte Entschädigung genießt keinen Pfändungsschutz und ist folglich Bestandteil der Insolvenzmasse.

Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg entschied am 20. Januar 2012 zum Aktenzeichen L 1 VU 47/08: Auf die Berufung des Beklagten wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 5. Februar 2008 abgeändert und wie folgt gefasst: Der Beklagte wird unter Abänderung seines Bescheides vom 20. November 2003 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 24. September 2004 verurteilt, bei dem Kläger ab dem 2. Mai 2000 als Schädigungsfolgen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz im Sinne einer

Verschlimmerung eine depressive Störung, eine soziale Phobie und eine Agoraphobie mit dem Grad einer Minderung der Erwerbsfähigkeit/einem Grad der Schädigungsfolgen von 15 (= 20) (v. H.) festzustellen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen. Aus den Gründen: ... Durch Gerichtsbescheid vom 5. Februar 2008 hat das Sozialgericht den Beklagten unter Abänderung des Bescheides vom 20. November 2003 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 24. September 2004 verurteilt, bei dem Kläger eine soziale Phobie und eine rezidivierende depressive Störung als Schädigungsfolgen nach dem StrRehaG in Verbindung mit dem BVG im Sinne einer Verschlimmerung anzuerkennen mit einem daraus resultierenden Grad einer MdE von 40 v. H. Im Übrigen hat es die Klage abgewiesen. ... Der Senat hat ein psychiatrisches und neurologisches Gutachten bei dem Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie und Facharzt für Neurologie Dr. L vom 15. Juli 2009 eingeholt, das dieser aufgrund zwei ambulanter Untersuchungen erstellt hat und in dem er zu dem Ergebnis gelangt ist, bei dem Kläger lägen eine depressive Störung (Dysthymie, neurotische Depression; bis mittelschwer ausgeprägt, chronifiziert) und eine soziale Phobie, Agoraphobie (leichtere Ausprägung) vor. Anteile der depressiven und der Angststörung seien auf die Haftzeiten zurückzuführen; die Ereignisse der Haft seien annähernd gleichwertige Ursachen für die Entwicklung der Gesundheitsstörungen gewesen. Der Grad einer MdE/GdS sei insgesamt mit 30 v. H. zu bewerten, der schädigungsbedingte Anteil des Grades der MdE betrage nur 15 v. H. ... Nach dem oben Gesagten geht der Senat demnach mit Prof. Dr. S davon aus, dass – wenn man das seelische Leiden des Klägers mit einem GdS von 40 bewerten möchte – bei dem Kläger im Vordergrund eine schädigungsunabhängige Persönlichkeitsstörung steht, die nicht wahrscheinlich auf den Freiheitsentziehungen beruht, sondern bereits vor den Haftzeiten vorhanden gewesen und jedenfalls nicht durch diese verursacht worden ist und die auch schon vor den Haftzeiten mit dysfunktionalem Verhalten im beruflichen wie auch privaten Bereich einhergegangen ist. Das auf den rehabilitierten Freiheitsentziehungen beruhende seelische Leiden ist hingegen – wie dargelegt – nicht mit einem höheren Grad einer MdE/GdS als 15 (v. H.) zu bewerten.

Sonderfall Ausschließungsgründe nach § 16 Abs. 2 StrRehaG:

Das Oberlandesgericht Brandenburg entschied am 31. Mai 2011 zum Aktenzeichen 1 Ws (Reha) 20/11 (OP): 1. Ein die Gewährung von Kapitalentschädigung und Opferrente ausschließender Verstoß gegen die Menschlichkeit im Sinne von § 16 Abs. 2 StrRehaG ist dann anzunehmen, wenn die Achtung der Menschenwürde durch den Berechtigten erheblich beeinträchtigt worden ist. Die staatlich gewollte Bespitzelung von Menschen, die nur der Aufrechterhalten eines Unrechtsregimes dient, ist mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit unvereinbar. 2. Ein Ausschlussgrund kann jedoch nicht angenommen werden, wenn die vom IM an Organe der Staatssicherheit oder Volkspolizeiämter der DDR abgelieferten Berichte verhältnismäßig farblose, nichts sagende oder bedeutungsarme Schilderungen enthielten, die nicht oder jedenfalls kaum wahrscheinlich zu Personenschäden geführt haben. Entscheidend für das Gewicht des Handelns des Betroffenen ist insbesondere, inwieweit dessen Mitarbeit geeignet war, rechtsstaatswidrige Maßnahmen gegen Dritte auszulösen bzw. inwieweit die gelieferten Informationen den Denunzierten ernsthaft in Gefahr staatlicher Verfolgung zu bringen vermochten. 3. Informationen und Hinweise, die allein der Aufdeckung von Straftaten dienten, können zwar Folgen für die jeweils Betroffenen in Form von Strafmaßnahmen gehabt haben; diese wären jedoch nicht als rechtsstaatswidrig zu bewerten. Derartige Informationen dienten nicht der Aufrechterhaltung des Unrechtssystems und waren nicht geeignet, die Täter der Gefahr politischer Verfolgung auszusetzen. 4. Die tatsächlichen Grundlagen eines

Ausschließungsgrundes gemäß § 16 Abs. 2 StrRehaG müssen nachgewiesen sein; bloße Wahrscheinlichkeiten und Vermutungen reichen nicht aus.

Das Verwaltungsgericht Hamburg entschied am 28. Juni 2011 zum Aktenzeichen 10 K 622/10: Keine Rücknahme der Bewilligung einer monatlichen besonderen Zuwendung nach § 25 Abs 2, § 17a StrRehaG, solange eine bestandskräftige Häftlingshilfebesccheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG nicht beseitigt ist.

... Für die Feststellung der Rechtmäßigkeit des Bescheides vom 31.10.2007 ist ohne Belang, ob dem Kläger im Hinblick auf sein Verhalten in der ehemaligen DDR der Vorwurf eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit zu machen ist (§ 16 Abs. 2 StrRehaG). Der Kläger hat nämlich ungeachtet eines solchen Vorwurfs Anspruch auf Leistungen nach §§ 17 bis 19 StrRehaG, weil er über seinen politischen Gewahrsam eine Bescheinigung nach 10 Abs. 4 HHG erhalten hat und über diese noch verfügt (§ 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 StrRehaG). Zwar kann auch eine solche Bescheinigung nur demjenigen erteilt werden, der selbst nicht gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit oder Menschlichkeit verstoßen hat (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 HHG). Indes bindet die Entscheidung über die Ausstellung einer solchen Bescheinigung alle Behörden, die für die Gewährung von Rechten und Vergünstigungen nach diesem oder einem anderen Gesetz zuständig sind, solange sie nicht durch die Ausstellungsbehörde aufgehoben ist (§ 10 Abs. 7 HHG).

Sonderfall § 17a Abs. 7 StrRehaG:

Das Bundesgerichtshof entschied am 14. Juli 2011 zum Aktenzeichen 4 StR 548/10 auf Vorlagebeschluss des OLG Naumburg vom 6. Oktober 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws Reh 92/10: Die für den Anspruch auf Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer erforderliche besondere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage beurteilt sich bei Berechtigten, die sich im Strafvollzug befinden, ausschließlich nach den Voraussetzungen des § 17a Abs. 2 StrRehaG. Aus den Gründen: Mit Beschluss vom 23. Juni 1992 hob das Bezirksgericht Magdeburg die Verurteilung des Betroffenen durch Urteil des Kreisgerichts Wolmirstedt vom 28. August 1970 in der Fassung des Urteils des Bezirksgerichts Magdeburg vom 9. Oktober 1970 auf, rehabilitierte den Betroffenen und stellte fest, dass dem Betroffenen für die vom 6. April 1970 bis 8. Januar 1973 sowie vom 7. März bis 1. Juni 1974 erlittene Freiheitsentziehung ein Anspruch auf soziale Ausgleichsleistungen zusteht. Für den Zeitraum ab Dezember 2007 bezog der Betroffene, der sich nach Widerruf der Reststrafenaussetzung zur Bewährung seit Mai 1999 zur Verbüßung einer im Jahr 1977 verhängten lebenslangen Freiheitsstrafe im Strafvollzug befindet, die monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a StrRehaG. Mit Bescheid vom 9. März 2010 nahm das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt den Bescheid über die Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer vom 2. April 2008 mit Wirkung ab April 2010 zurück, weil der inhaftierte Betroffene auf Grund der umfassenden Versorgung im Vollzug in seiner wirtschaftlichen Lage nicht besonders beeinträchtigt sei. Der gegen den Rücknahmebescheid vom 9. März 2010 gestellte Antrag des Betroffenen auf gerichtliche Entscheidung wurde vom Landgericht Magdeburg mit Beschluss vom 18. Juni 2010 als unbegründet zurückgewiesen. Gegen diesen Beschluss wendet sich der Betroffene mit seiner frist- und formgerecht eingelegten Beschwerde. ... Das Oberlandesgericht Naumburg hat daher mit Beschluss vom 6. Oktober 2010 die Sache gemäß § 121 Abs. 2 GVG i.V.m. § 25 Abs. 1 Satz 4, § 13 Abs. 4 StrRehaG dem Bundesgerichtshof zur Beantwortung folgender Frage vorgelegt: „Fehlt es Berechtigten im Sinne von §§ 17 Abs. 1, 16 Abs. 1, Abs. 3 StrRehaG an einer besonderen Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage nach § 17a Abs. 1 Satz 1 StrRehaG, wenn und solange sie sich im Strafvollzug befinden?“ Der Generalbundesanwalt hat sich

der Rechtsauffassung der Oberlandesgerichte Rostock und Dresden angeschlossen und beantragt zu beschließen: „Dem Berechtigten im Sinne von § 17 Abs. 1, § 16 Abs. 1, Abs. 3 StrRehaG fehlt es an einer besonderen Beeinträchtigung seiner wirtschaftlichen Lage nach § 17a Abs. 1 Satz 1 StrRehaG, wenn und solange er sich im Strafvollzug befindet.“ ... Nach der nun in das Gesetz eingefügten Regelung des § 17a Abs. 7 StrRehaG wird die besondere Zuwendung für Haftopfer Personen nicht gewährt, gegen die eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig verhängt worden ist, sofern die Entscheidung in einer Auskunft aus dem Zentralregister enthalten ist. Diese Bestimmung schließt seit ihrem Inkrafttreten am 9. Dezember 2010 einen Anspruch des Betroffenen, der 1977 u.a. wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, auf Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer bis auf weiteres aus. Für den Zeitraum von April 2010 bis zum Inkrafttreten des § 17a Abs. 7 StrRehaG ist die aufgeworfene Rechtsfrage aber weiterhin für die vom Oberlandesgericht Naumburg zu treffende Beschwerdeentscheidung von entscheidungserheblicher Bedeutung. ... Die Frage, ob die Gewährung der monatlichen besonderen Zuwendung für Haftopfer, die als Dauerleistung der besonderen Würdigung und Anerkennung des Widerstands ehemaliger politischer Häftlinge gegen das SED-Unrechtsregime und der deswegen erlittenen Haft dienen soll (BT-Drucks. 17/1215 S. 2), auch dann angemessen erscheint, wenn sich der Berechtigte – möglicherweise auf Grund einer Verurteilung wegen schwerer Straftaten zu langjähriger Freiheitsstrafe – in Strafhaft befindet, betrifft schließlich nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Zuwendungsanspruchs, sondern berührt Grundsätze der Unwürdigkeit und der Verwirkung, denen der Gesetzgeber durch Einfügung der an eine qualifizierte Verurteilung anknüpfenden Ausschlussnorm des § 17a Abs. 7 StrRehaG in das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz zwischenzeitlich Rechnung getragen hat (vgl. BT-Drucks. 17/1215 S. 2, 8).

Das Verwaltungsgericht München entschied am 15. Juli 2011 zum Aktenzeichen M 4 E 11.1616 zu den Themen Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz; monatliche besondere Zuwendung nach § 17a StrRehaG; kein Anordnungsgrund (nachfolgend VGH München vom 08.09.2011): Aus den Gründen: Dem Antragsteller, dem am 13. April 1977 eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz – HHG – ausgestellt worden ist, wurde mit Bescheid des ... vom Juni 2008 die besondere Zuwendung für Haftopfer gemäß § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG – in Höhe von monatlich 250,- € ab dem 1. September 2007 gewährt. Im Rahmen einer sog. periodischen Überprüfung wurde festgestellt, dass der Antragsteller zum 16. April 2009 nach ... verzogen war, weshalb die Behördenzuständigkeit auf die Regierung von ... überging. Diese stellte bei einer weiteren Überprüfung am 18. Januar 2011 fest, dass der Antragsteller beim Einwohnermeldeamt nach „unbekannt“ abgemeldet worden war, und stellte die Zahlungen ab sofort ein. ... [Auf den Antrag auf einstweilige Anordnung:] Die Regierung ... – ...amt – trat dem Antrag auf einstweilige Anordnung mit Schreiben vom 4. April 2011 entgegen. Der Antragsteller befinde sich derzeit in der Justizvollzugsanstalt ...; während der gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung werde er im Sinne einer umfassenden Daseinsvorsorge angemessen und ausreichend aus Mitteln des Staates alimentiert und versorgt. Nach einer Haftbescheinigung der Justizvollzugsanstalt ... (...) vom 24. März 2011 befindet sich der Antragsteller seit dem 4. Dezember 2010 in Strafhaft. Voraussichtlicher Entlassungstermin sei der 19. Mai 2013, eine Entlassung sei frühestens am 18. Juli 2012 möglich. ... Das mit dem vorliegenden Antrag nach § 123 Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO – verfolgte Ziel ist dahin auszulegen (§§ 122, 88 VwGO), dass der Antragsgegner angewiesen werden soll, die gemäß dem Bescheid vom 17. Juni 2008 zugesprochene monatliche besondere Zuwendung nach § 17a

StrRehaG von jeweils 250,- € über den 1. Februar 2011 hinaus weiterhin zu bezahlen. Im vorliegenden Fall fehlt es an einem Anordnungsgrund. Der Antragsteller hat keine schwerwiegenden Nachteile für den Fall vorgetragen, geschweige denn glaubhaft gemacht, dass er den Ausgang des Hauptsacheverfahrens abwarten muss. Die Sicherung seines Lebensunterhalts ist nicht gefährdet, da er sich derzeit und noch geraume Zeit in Strafhaft in einer Justizvollzugsanstalt befindet. Der Antragsteller ist daher darauf zu verweisen, den Ausgang der bereits erhobenen Hauptsacheklagen (M 4 K 11.1813 und M 4 K 11.2995) abzuwarten, in denen zu klären ist, ob dem Antragsteller nach dem Februar 2011 weiterhin ein Anspruch auf die besondere monatliche Zuwendung nach § 17a StrRehaG zustand bzw. zusteht und diese demnach nachzuzahlen bzw. fortzuzahlen ist und welche Behörde hierfür zuständig ist. Im vorliegenden Verfahren können diese Fragen offenbleiben. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung war daher abzulehnen.

Der Verwaltungsgerichtshof München entschied am 8. September 2011 zum Aktenzeichen 12 CE 11.1888: (vorgehend VG München vom 15.07.2011) Der Antrag des Antragstellers auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwaltes für das Beschwerdeverfahren wird abgelehnt. Die Beschwerde gegen die Versagung vorläufigen Rechtsschutzes wird zurückgewiesen. Der Antragsteller hat die Kosten der Beschwerde im einstweiligen Rechtsschutzverfahren zu tragen. Gerichtskosten werden nicht erhoben. Aus den Gründen: Der Antrag des Antragstellers auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe ist abzulehnen, weil die beabsichtigte Rechtsverfolgung aus den nachfolgend dargestellten Gründen keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet (§ 166 VwGO, § 114 Satz 1 ZPO). Die Beiordnung eines Bevollmächtigten nach § 121 Abs. 1 ZPO kommt deshalb ebenfalls nicht in Betracht. Die Beschwerde gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts München vom 15. Juli 2011 ist statthaft (§ 146 Abs. 1 VwGO) und auch im Übrigen zulässig (§ 146 Abs. 4, § 147 VwGO). Das Vertretungserfordernis nach § 67 Abs. 4 VwGO steht der Zulässigkeit der Beschwerde deshalb nicht entgegen, weil der Antragsteller innerhalb der Beschwerdefrist einen Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe gestellt hat und ihm deswegen nach der ständigen Rechtsprechung des Senats Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Nachholung dieser Säumnis gewährt werden kann. Da die Beschwerde mithin zulässig ist, hat sich der im Schreiben vom 30. August 2011 für den Fall der Unzulässigkeit der Beschwerde erbetene rechtliche Hinweis erübrigt. Die Beschwerde ist jedoch in jeder Hinsicht unbegründet, weil das Verwaltungsgericht im Ergebnis zu Recht den Erlass einer einstweiligen Anordnung gerichtet auf die vorläufige Weitergewährung der Leistungen nach § 17a des Gesetzes über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2664) zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) abgelehnt hat. Dem Antragsteller steht, wie das Verwaltungsgericht in der Sache zutreffend entschieden hat, ersichtlich und ohne dass es auf die Beschwerdebegründung nach § 146 Abs. 4 Satz 6 VwGO ankäme kein Anordnungsgrund zur Seite. Dazu müsste die Sache auch noch zum Zeitpunkt der Entscheidung durch das Beschwerdegericht eilbedürftig sein, denn der vom Antragsteller zitierte Art. 19 Abs. 4 GG verlangt nicht, dass jedwede Rechtssache aus Gründen des effektiven Rechtsschutzes vorläufig im Eilverfahren entschieden wird. Die Rechtssache des Antragstellers ist aber nicht eilbedürftig, wie sich aus den Entscheidungsgründen des Verwaltungsgerichts und auch bereits aus dem eigenen Sachvortrag des Antragstellers ergibt. Der Antragsteller beantragt bei genauer Lesart seines Schriftsatzes vom 27. Juli 2011 im Beschwerdeverfahren die vorläufige Weitergewährung von Leistungen bis zum Zeit-

punkt der Leistungseinstellung am 1. Juni 2011, denn – so seine weitere Begründung – „erst ab dem 1.06.2011 hatte die Ag. den Leistungsanspruch versagt“. Das bedeute, der „zuzuerteilende Leistungsanspruch“ sei „vom 01.1.2011 – zum 30.5.2011 rechtlich begründet zu gewähren“ gewesen. Der Antragsteller begehrt damit Leistungen für einen in der Vergangenheit liegenden abgeschlossenen Zeitraum, wofür eine Dringlichkeit im Sinne des § 123 Abs. 1 VwGO weder dargetan noch sonst zu ersehen ist (so schon BayVGh vom 28.12.1998 Az. 12 CE 96.585). Vielmehr kann eine Eilbedürftigkeit ausgeschlossen werden, weil der Lebensunterhalt des Klägers, der dem Ausgleichsamt zwar noch am 28. Februar 2011 mitgeteilt hatte, keinen festen Wohnsitz zu haben, der jedoch ausweislich einer Haftbescheinigung der Justizvollzugsanstalt ... vom 24. März 2011 seit dem 4. Dezember 2010 eine mehrjähriger Straftat verübt, zumindest zum Zeitpunkt der Entscheidung des Beschwerdegerichts gesichert ist. Er kann deshalb wegen der streitigen Forderungen auf das Hauptsacheverfahren verwiesen werden.

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied am 11. Oktober 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws Reh 92/10 (nach der Vorlageentscheidung des BGH vom 14. Juli 2011, s. o.): Ein vor dem 9. Dezember 2010 erlassener, auf das Fehlen einer besonderen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage des inhaftierten Berechtigten gestützter Rücknahmebescheid der zuständigen Behörde ist mit dem Inkrafttreten des Ausschlussstatbestandes des § 17a Abs. 7 StrRehaG in eine Aufhebungsentscheidung nach § 17 Abs. 6 StrRehaG und §§ 48, 44 Abs 3 SGB X umzudeuten und hat als solche vom 9. Dezember 2010 an teilweise Bestand.

Das Kammergericht entschied am 29. November 2011 zum Aktenzeichen 2 Ws 478/11 REHA: 1. Die für die Gewährung der besonderen Zuwendung gemäß § 17a StrRehaG zuständige Behörde darf vor Eintritt der Bestandskraft des Bescheides, mit dem sie die Gewährung der Leistung aufhebt, die Zahlungen vorläufig einstellen, weil der Antrag auf gerichtliche Entscheidung den Vollzug der angefochtenen Entscheidung nicht hemmt (§§ 25 Abs. 1 Satz 4, 15 StrRehaG, § 307 Abs. 1 StPO) 2. Dem Betroffenen steht dagegen als Rechtsbehelf der Antrag zu Gebote, die Vollziehung der Entscheidung auszusetzen (§ 307 Abs. 2 StPO). Aus den Gründen: ... 2. Nach Anhörung des Betroffenen hob die Behörde mit Bescheid vom 28. April 2011 den Ursprungsbescheid gemäß § 48 Abs. 1 SGB X mit Wirkung für die Zukunft auf und stellte die Zuwendung ab dem 1. Juni 2011 ein. Der Betroffene falle unter den Personenkreis des mit Art. 1 Nr. 4 Buchstabe e) des Vierten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 2. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1744) eingeführten § 17a Abs. 7 StrRehaG. Danach wird die besondere Zuwendung für Haftopfer solchen Personen nicht gewährt, gegen die eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig verhängt worden ist, sofern die Entscheidung in einer Auskunft aus dem Zentralregister enthalten ist. Darunter falle der Betroffene, weil er zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt sei. ... Auch das rechtliche Gehör hat die Behörde dem Betroffenen nicht versagt oder in unzureichender Weise gewährt. Denn als zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteiltem konnte ihm der Inhalt der ihm gewährten Anhörung nicht zweifelhaft sein, obwohl die Behörde das Führungszeugnis nicht beigelegt hatte. Das öffentliche Interesse überwiegt, weil es der Behörde nicht zuzumuten ist, öffentliche Mittel nach Wegfall des Rechtsgrundes zu zahlen, deren Rückforderung sie nach Rechtskraft ihres Bescheides wegen der voraussichtlichen Vermögenslosigkeit des Gefangenen nicht durchsetzen können. Hingegen droht dem Beschwerdeführer kein irreparabler Schaden. Als Strafgefangener ist er zur Bestreitung seines Lebensunterhalts nicht auf den regelmäßigen Eingang der Rente angewiesen, ...

Veröffentlichung Daten (BStU – Mitarbeiter des MfS bzw. Medien):

Das Verwaltungsgericht Berlin entschied am 22. Juli 2011 zum Aktenzeichen 1 K 10/10: Soweit der Kläger die Klage zurückgenommen hat, wird das Verfahren eingestellt. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen. Aus den Gründen: Der Kläger, der am 1... in Leipzig geboren ist und bis zu einer Namensänderung S... hieß, begehrt die Erteilung einer sog. Unbedenklichkeitsbescheinigung durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (nachfolgend: Bundesbeauftragter). Der Kläger beantragte in den Jahren 2004 und 2008 die Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Diese Anträge wurden vom Beklagten mit Schreiben vom 7. Juli 2004 und vom 4. August 2008 abgelehnt. Beide Schreiben enthielten keine Rechtsmittelbelehrung. ... Das Gericht geht nach seinem Eindruck vom Kläger im Erörterungstermin am 19. Juli 2010 davon aus, dass dieser – trotz einer offenbar bestehenden psychischen Erkrankung – jedenfalls bezogen auf den hiesigen Streitgegenstand als (partiell) prozessfähig anzusehen ist (vgl. Urteil der Kammer vom 6. Juli 2006 – VG 1 A 248.04 –, S. 3 des Urteilsabdrucks). Zudem steht er aktuell nicht unter Betreuung. ... Danach ist der Kläger als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS anzusehen, weil sich aus den Unterlagen ergibt, dass er unter seinem früheren Namen S... vom Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei Magdeburg auf einer am 24. Februar 1988 angelegten Karteikarte F 16 (Klarnamenskartei) erfasst worden ist. Der auf dieser Karteikarte vermerkte „Bearbeitungsgrund 103“ steht nach der Richtlinie 1/78 des Ministeriums des Innern für eine Werbung als Inoffizieller Kriminalpolizeilicher Mitarbeiter. Zudem sind in den Unterlagen verschiedene Berichte zu finden, die dem Kläger zuzuordnen sind. Danach lieferte er im Dezember 1984 unter seinem damaligen Namen S... und unter dem Decknamen „N...“ Informationen zu einem Bekannten an das Kommissariat I der Kriminalpolizei Magdeburg, die dessen „Republikfluchtabtsichten“ betrafen. Der „Zusammenfassende Bericht“ des Volkspolizei-Kreisamtes (VPKA) Magdeburg, Kriminalpolizei, vom 20. Dezember 1984 nimmt ausdrücklich auf die freiwillige Vorsprache des S... Bezug und gibt dessen Angaben wieder. Darüber hinaus folgt aus einem Aktenvermerk des VPKA Magdeburg – Kommissariat I – vom 21. Dezember 1984, dass Herr ... unter dem Datum des 17. Dezember 1984 und des 18. Dezember 1984 je einen handschriftlichen Bericht über die Fluchtabtsichten des Bekannten an die Kriminalpolizei übergeben hat, die beide mit „N...“ unterzeichnet sind. Maschinenschriftliche Abschriften dieser Berichte sind dem Vermerk beigelegt. Der Bundesbeauftragte gibt den – in den Unterlagen geschwärzten – Namen des Bekannten mit M... an. Weitere Berichte in diesem Zusammenhang vom 25. April 1985 bzw. 2. Mai 1985, 13. Mai 1985 und 4. November 1985 sind von einem IKMR „S...r“ verfasst oder nehmen auf dessen mündliche Angaben Bezug. Die Identität des IKMR „Schwarzer“ mit S... lässt sich jedenfalls aus dem internen Schreiben der Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei Rostock – Kriminalpolizei Dezernat I – vom 15. Juli 1985 entnehmen. Dort wird unter Ziff. 5 aufgeführt, dass sich der spätere IKM „Schwarzer“ selbst bekannt gemacht habe, was erkennbar auf den Inhalt des vorgenannten „Zusammenfassenden Berichts“ vom 20. Dezember 1984 Bezug nimmt. Außerdem wird M. im weiteren Text ausdrücklich erwähnt.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschied am 28. Oktober 2011 zum Aktenzeichen OVG 10 S 33/11: 1. Umfang des Auskunftsanspruch der Presse bei Hinweisen auf eine frühere Zusammenarbeit von Bediensteten des Landes Brandenburg (13 Richter und ein Staatsanwalt) mit dem (ehemaligen) Ministerium für Staatssicherheit. 2. Der Auskunftsanspruch aus dem Landespressegesetz wird soweit es um Auskunft über Vorgänge geht, die ihren Ursprung in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR haben, von den Vorschriften des Ge-

setzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verdrängt. 3. Es besteht kein verfassungsunmittelbarer Anspruch auf Zugänglichmachung nicht allgemein zugänglicher Quellen. 4. Es gibt keinen Anspruch auf Mitteilung von Namen betroffener Bediensteter. 5. Verweigerung von Auskünften bei überwiegendem schutzwürdigem privatem Interesse hängt von einer umfassenden, zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den entgegenstehenden privaten Interessen zu ermittelnden Abwägung ab. 6. Es besteht kein Anspruch auf Auskunft hinsichtlich der derzeitigen Einsatzorte der Betroffenen mangels hinreichender Möglichkeiten zur Wahrung der Anonymität. 7. Es besteht allerdings ein Anspruch auf Auskunft bezüglich des Einsatzbereiche bzw. Tätigkeitsfelder der betroffenen Richter.

Rückübertragung und Entschädigung:

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 24. November 2011 zum Aktenzeichen 7 C 12/10: 1. Die Mitteilung über die Einleitung eines Eintragungsverfahrens nach dem Kulturgutschutzgesetz stellt keinen Verwaltungsakt i.S.v. § 35 Satz 1 VwVfG dar. 2. Das Kulturgutschutzgesetz findet auch auf solche Vermögensgegenstände Anwendung, die ihren jüdischen Eigentümern in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 durch nationalsozialistische Unrechtsmaßnahmen entzogen und nach der Wiedervereinigung gemäß § 1 Abs. 6 VermG restituiert worden sind.

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Thüringen entschied am 1. Juni 2011 zum Aktenzeichen VerfGH 44/08, VerfGH 47/08, VerfGH 43/08: 1. Zur fehlenden Landeszuständigkeit für eine Rehabilitierungsgesetzgebung aus besatzungshoheitlichen Maßnahmen. 2. Zur Entnazifizierung in der Folge des Zweiten Weltkriegs und einer etwaigen Abschlussgesetzgebung im neu gebildeten Freistaat Thüringen.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 16. August 2011 zum Aktenzeichen 8 B 26/11, 8 B 26/11 (8 C 16/11) identisch mit 8 B 25/11, 8 B 25/11 (8 C 15/11) die Revisionszulassung zur Klärung der Frage, ob § 1 Abs. 7 VermG auch dann anwendbar ist, wenn eine strafrechtliche Rehabilitierungsentscheidung nach § 1 StrRehaG eine durch ein Strafurteil der DDR ausgesprochene Vermögenseinziehung aufgehoben hat, die bereits durch eine Gnadenentscheidung der DDR aufgehoben, aber nicht tatsächlich revidiert worden war, weil der Betroffene bereits zuvor – aber nach der Verurteilung – auf die persönliche Nutzung der eingezogenen Vermögenswerte verzichtet hatte. Aus den Gründen: Die Beschwerde hat Erfolg. Der Rechtssache kommt die von der Klägerin geltend gemachte grundsätzliche Bedeutung zu (§ 132 Abs. 2 Satz 1 VwGO). Das Beschwerdevorbringen führt auf die Frage, ob § 1 Abs. 7 VermG auch dann anwendbar ist, wenn eine strafrechtliche Rehabilitierungsentscheidung nach § 1 StrRehaG eine durch ein Strafurteil der DDR ausgesprochene Vermögenseinziehung aufgehoben hat, die bereits durch eine Gnadenentscheidung der DDR aufgehoben, aber nicht tatsächlich revidiert worden war, weil der Betroffene bereits zuvor – aber nach der Verurteilung – auf die persönliche Nutzung der eingezogenen Vermögenswerte verzichtet hatte. (Die Entscheidung in der Sache selbst ist noch nicht ergangen.)

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 16. August 2011 zum Aktenzeichen 8 B 25/11, 8 B 25/11 (8 C 15/11): identisch mit 8 B 26/11, 8 B 26/11 (8 C 16/11)

6.3. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

Aufgrund der mit Ablauf des 2.10.2000 eingetretenen Verjährung fast aller Straftaten (z. B. Rechtsbeugung; gilt aber auch für Missbrauchsfälle in Kinderheimen), können nur noch sehr wenige Strafverfahren verfolgt werden (Totschlagsdelikte).